

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

*Entwurf*

**Wahlprogramm des SSW**

**zur Bundestagswahl**

**am 23. Februar 2025**

**Deine Stimme für den  
Norden - SSW**

Beschlossen auf der SSW-Hauptausschuss-Sitzung am 03.12.2024 und dem SSW-Landesparteitag am 11.01.2025 in Schleswig

## 42 **Inhalt**

43  
44

### 45 **Einleitung:**

- 46 - **Schleswig-Holstein braucht eine verlässliche Stimme in Berlin**
- 47 - **Wer SSW wählt, wählt Schleswig-Holstein**
- 48 - **Das Land auf Kurs bringen: Regionale Antworten auf die Krisen unserer Zeit**

49

### 50 ***Das wollen wir im Bundestag erreichen:***

51

- 52 - **Gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik**
- 53 - **Kein Sozialabbau, sondern Daseinsvorsorge für alle**
- 54 - **Klimapolitik muss sozial und gerecht für zukünftige Generationen sein**
- 55 - **Schleswig-Holstein kommt zu kurz bei den Investitionen der Verkehrsinfra-**
- 56 **struktur**
- 57 - **Der Küstenschutz in Schleswig-Holstein muss Priorität haben**
- 58 - **Umweltpolitik muss Mensch und Natur konsequent schützen**
- 59 - **Wirtschaftskrise meistern: Starke Unternehmen und gute Arbeit in allen Regio-**
- 60 **nen des Landes**
- 61 - **Regional und Nachhaltig: Wir brauchen eine andere Landwirtschaftspolitik**
- 62 - **Finanzpolitik nicht auf dem Rücken der Schwächsten**
- 63 - **Eine europäische Union, die nationale Minderheiten schützt und fördert**
- 64 - **Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte müssen die**
- 65 **Säulen der deutschen Außenpolitik sein**
- 66 - **Sachlich und bürgerorientierte Innen- und Rechtspolitik**
- 67 - **Humane und realistische Asyl- und Integrationspolitik: Kommunen dürfen nicht**
- 68 **alleine gelassen werden**
- 69 - **Nordisches Demokratieverständnis: Demokratie lebt vom Mitmachen.**
- 70 - **Gleichstellungspolitik nach skandinavischem Vorbild**
- 71 - **Bildungs- und Ausbildungspolitik muss gleiche Chancen für alle schaffen**
- 72 - **Kulturpolitik ist kein Luxus**
- 73 - **Der Bund muss Jugendpolitik stärker in Fokus nehmen**

74

75

76

## 77 **Schleswig-Holstein braucht eine verlässliche Stimme in** 78 **Berlin!**

79 Nach dem unerträglichen Hickhack, das die Regierung in Berlin den Wählerinnen und Wäh-  
80 lern monatelang zugemutet hat, ist es gut und richtig, dass jetzt Neuwahlen kommen. Was  
81 wir brauchen, ist eine Bundesregierung, die das Land gut durch die aktuellen internationalen  
82 Krisen sowie die sozialen Herausforderungen in Deutschland steuert! Ehekrach auf großer  
83 Bühne brauchen wir nicht! Unsere Demokratie ist von innen und außen bedroht wie selten  
84 zuvor. Darauf brauchen wir politische Antworten! Deshalb brauchen wir jetzt eine neue Politik  
85 in Berlin. Eine neue Politik heißt für uns: eine Politik mit Blick in die Zukunft, mit Antworten  
86 auf die Herausforderungen der Zukunft. Wir brauchen neue Impulse für unser Land, Impulse  
87 für Zusammenhalt, für Wirtschaftswachstum, für Energiewende. Politik, die nach vorn blickt,  
88 nicht nach hinten. Und hier bietet der SSW in Schleswig-Holstein einen demokratischen und  
89 sozialen Gegenentwurf für viele Wählerinnen und Wähler.

90  
91 Der Ukraine-Krieg, die Inflation und die Pandemie haben nicht nur den Osten der Republik,  
92 sondern auch den strukturschwachen Norden besonders hart getroffen. Die steigenden Le-  
93 benshaltungskosten haben dazu geführt, dass viele Menschen finanziell mit dem Rücken zur  
94 Wand stehen. Die Ampel-Regierung hat hier leider keine passenden Antworten gefunden,  
95 sondern sich in internen Streitigkeiten verloren. Und den Menschen mehr Angst gemacht als  
96 genommen. Profitiert haben davon nur die politischen Ränder. Insofern ist es nur konse-  
97 quent, dass die Ampel jetzt die Reißleine zieht und den Weg für Neuwahlen frei macht. Darin  
98 liegt aber auch eine große Aufgabe, weil wir die politischen Ränder wieder dahin zurückdrän-  
99 gen müssen, wo sie herkommen: an den Rand. Da stehen alle demokratischen Parteien in  
100 der Pflicht!

101 Die Menschen im Norden verdienen eine politische Vertretung, die ihre Interessen fest im  
102 Blick hat und sie mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein lässt. Wir kämpfen dafür, dass  
103 das Leben für alle Menschen im Norden bezahlbar bleibt. Denn wer nicht weiß, wie er seine  
104 Rechnungen bezahlen soll, hat auch keine Ressourcen, aktiv zur Bewältigung eigener und  
105 gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen. Die Klimaneutralität etwa kann nur  
106 gelingen, wenn alle in der Lage sind mitzumachen. Eine gerechtere Gesellschaft, umfasst  
107 einen nachhaltigen Naturschutz und ist deshalb nicht nur sozial notwendig, - sie ist auch eine  
108 demokratische und ökologische Pflicht.

109  
110 Schleswig-Holstein verdient eine starke, verlässliche Stimme in Berlin, die nicht nur reagiert,  
111 sondern sich aktiv für die Menschen und ihre Bedürfnisse einsetzt. Als Partei zweier Minder-  
112 heiten ist der SSW es gewohnt, sich für jene einzusetzen, die im Alltag oft übersehen wer-  
113 den. Der SSW wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Schleswig-Holstein in  
114 Berlin Gehör findet. Wir sind deine Stimme für den Norden. Dafür werden wir bis zum 23.  
115 Februar mit aller Kraft gemeinsam kämpfen.

116

117 **Christian Dirschauer**

118 **SSW-Landesvorsitzender**

119

120

121

122

## 123 **Wer SSW wählt, wählt Schleswig-Holstein!**

124 Als wir uns vor drei Jahren dazu entschieden hatten nach vielen Jahren erneut bei einer  
 125 Bundestagswahl anzutreten, mussten wir uns vielen Fragen stellen: Warum der SSW? Wa-  
 126 rum sollten wir als Minderheiten- und Regionalpartei uns der Herausforderung stellen, in Ber-  
 127 lin Politik zu machen? Warum sollten wir Kräfte mit den großen Parteien messen?  
 128

129 Die Antwort ist klar: Weil wir gebraucht werden! Weil unsere Region, unser Norden, unsere  
 130 Minderheiten eine Stimme brauchen – eine Stimme, die sich nicht in Berliner Fraktionszwän-  
 131 gen verliert. Wir wussten, dass viele Entscheidungen in Berlin über unsere Köpfe hinweg ge-  
 132 troffen werden, dass wir zu oft vergessen werden. Deshalb haben wir gesagt: Wir bringen die  
 133 Anliegen unserer Heimat auf die große Bühne! Wir kämpfen für eine Politik, die den Norden  
 134 stark macht, die Minderheiten schützt, die dafür sorgt, dass unsere Region lebenswert bleibt.  
 135

136 Heute werde ich auch immer noch gefragt: “Warum sollte ich den SSW zur Bundestagswahl  
 137 wählen? Was könnt Ihr mit dem einen Mandat schon bewegen?” Ich sage dann immer: Eine  
 138 Stimme für den SSW ist mehr Wert als eine Stimme für jede andere Partei. Denn der SSW  
 139 ist die einzige Partei, die sich ausschließlich für Schleswig-Holstein stark macht. Wer SSW  
 140 wählt, wählt Schleswig-Holstein!  
 141

142 Wir erleben gerade eine schwierige Zeit. Die Preise für Lebensmittel und Strom steigen, die  
 143 Menschen haben Ebbe im Portemonnaie und wissen nicht, wie es weitergehen soll. Viele  
 144 sorgen sich um ihre Jobs, denn viele Industriestandorte stehen vor Entlassungen oder sogar  
 145 der Schließung.  
 146

147 Die Menschen wollen, dass ihre Probleme ernst genommen werden:

- 148 • Sie wollen, dass ein Arzt in ihrer Nähe ist.
- 149 • Sie wollen, dass soziale Gerechtigkeit nicht gegen innere Sicherheit ausge-  
 150 spielt wird.
- 151 • An unseren Küsten, an den Förden und an der Schlei erwarten Sie Sicherheit  
 152 und Maßnahmen vor der nächsten Sturmflut und starke Deiche. Darüber hin-  
 153 aus ist auch im Binnenland unsere einzigartige Natur, ihre Biodiversität zu er-  
 154 halten für unsere Kinder und Enkelkinder und für unsere Feriengäste
- 155 • Unsere Pendlerinnen und Pendler erwarten endlich verlässliche Züge und  
 156 bessere Infrastruktur – sei es an der Westküste bei der Marschbahn nach Sylt  
 157 oder die Anbindung in Flensburg.
- 158 • Und sie wollen, dass wir endlich pragmatisch handeln – ohne ausreichend Fi-  
 159 nanzierung und Investitionen mit Bundesmitteln geht das aber nicht.  
 160

161 Das sind Probleme, die wir nicht auf die lange Bank schieben können. Das müssen wir anpa-  
 162 cken. Dafür brauchen wir Lösungen, die der Lebensrealität der Menschen vor Ort entspre-  
 163 chen. Darum ist für uns klar: Wir sind bereit, für unseren Norden weiter in Berlin zu kämpfen.  
 164 Als regional verankerte Minderheitenpartei in Norddeutschland setzen wir uns darum mit den  
 165 Problemen ganz genau auseinander. Dabei sind wir uns darüber im Klaren, dass wir unsere  
 166 politischen Ziele immer noch im politischen Miteinander und mit Mehrheiten umsetzen kön-  
 167 nen. Aber genau dafür wollen wir uns weiter stark machen. Für die vielen Menschen, die täg-  
 168 lich das Land am Laufen halten. Für die vielen Organisationen, sozialen Träger und Ver-  
 169 bände - und auch die Gremien unserer nationalen Minderheiten - die täglich unerlässlich für  
 170 unsere starke Gemeinschaft einsetzen.  
 171

172 Und jetzt stehen wir vor Neuwahlen. Der SSW ist bereit! Das Hickhack der letzten Monate tat  
 173 niemandem gut. Wir brauchen jetzt klare Lösungen, keine neuen leeren Versprechen.

174

175 Unser Norden braucht eine starke Stimme. Eine Stimme, die sich für unsere Region, für un-  
176 sere Minderheiten und für die Menschen an der Küste, im ländlichen Raum und in unseren  
177 Städten einsetzt. Der SSW ist diese Stimme! Wir haben gezeigt, dass wir auch in schweren  
178 Zeiten mit anpacken, zusammenarbeiten und dass wir mit Leidenschaft an unseren Themen  
179 dran sind und dass wir nicht ruhen, bis wir gehört werden.

180

181 **Stefan Seidler**182 **SSW-Spitzenkandidat zur Bundestagswahl**

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

## 204 **Das Land auf Kurs bringen: Regionale Antworten auf die** 205 **Krisen unserer Zeit**

206 Die Lage ist ernst. Für uns alle stehen in den nächsten Wochen und Monaten  
207 richtungsweisende Entscheidungen für die Zukunft an. Für die Welt, für Europa, für  
208 Deutschland, aber letztlich auch für Schleswig-Holstein und jeden von uns. **Deutschland**  
209 **befindet sich in einer wirtschaftlichen und sozialen Krise.** Dazu kommen die Risiken  
210 einer erneuten Präsidentschaft von Trump. Die Wachstumserwartung des Internationalen  
211 Währungsfonds für 2025 sind schlecht, während in 2024 von einem Negativ-Wachstum  
212 ausgegangen wird. Diese Wachstumskrise trifft auch viele schleswig-holsteinische  
213 Unternehmen, einige Branchen verzeichnen bis zu 40 % Umsatzrückgänge. Die Reaktion  
214 darauf: Entlassungen oder Kurzarbeit.

215  
216 Die öffentlichen Haushalte rechnen in den nächsten Jahren mit großen Defiziten und vielen  
217 Ausgabenkürzungen zu Lasten der Menschen. Dies wird insbesondere Auswirkungen auf die  
218 Schwächsten unserer Gesellschaft haben, wenn wir nicht aufpassen. Der Sparkurs der  
219 öffentlichen Hand wird aber die Wirtschaftskrise und soziale Ungleichheiten noch verstärken.  
220 Die Schwächsten in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, ist für uns nicht  
221 hinnehmbar. Über all diesen Krisen schwebt auch noch der Klimawandel, den wir unbedingt  
222 jetzt angehen müssen bevor es zu spät ist. Weder die bisherigen Ampel-Regierung noch die  
223 Opposition im Bundestag haben bisher überzeugende Antworten zu diesen  
224 Herausforderungen geliefert.

225  
226  
227 Alle diese Krisen treffen auch Schleswig-Holstein und seine Bürgerinnen und Bürger massiv.  
228 Der SSW steht für regionale Antworten auf die Krisen unserer Zeit. Wir im SSW machen  
229 Politik für den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen mit unseren politischen Forderungen und  
230 Impulsen dazu beitragen, dass unser Land auf Kurs gebracht wird.

### 231 232 **Deine ZWEITSTIMME für die Minderheiten und für die Region**

233 Der Einzug des SSW in den Bundestag in war ein großer Erfolg – zum ersten Mal seit 1953  
234 bringen wir unsere Themen wieder direkt in die Bundespolitik ein. Als Partei der dänischen  
235 Minderheit und friesischen Volksgruppe setzen wir uns im Bundestag für die Themen ein, die  
236 für unseren Norden wichtig sind. Wir schauen auf das, was vor Ort zählt: sei es für die Re-  
237 gion, für unsere Minderheiten oder für ganz praktische Probleme, die sonst oft in der Haupt-  
238 stadt übersehen werden. Dabei lassen wir uns von den skandinavischen Ländern inspirieren.  
239 Unser Wertekompass zeigt hier wie immer ganz klar in Richtung Norden: sozial, regional,  
240 umweltbewusst und immer nah an den Menschen.

241 Der SSW hat mit seiner ganz eigenen Art dazu beitragen, dass die berechtigten Interessen  
242 der Menschen in Schleswig-Holstein im Bundestag besser berücksichtigt werden. Wir haben  
243 den Vorteil, dass wir nicht davon abhängig sind, was eine Bundespartei in Berlin will oder mit  
244 wem sie gerade koalitiert. Der SSW kann sich voll und ganz darauf konzentrieren, was für die  
245 Menschen in Schleswig-Holstein am besten ist – und genau das tun wir. Der SSW stellt tradi-  
246 tionell nur im nördlichen Landesteil Wahlkreiskandidat\*innen auf. Aber mit der Zweitstimme  
247 können alle Bürger\*innen in Schleswig-Holstein die Landesliste des SSW wählen und dazu  
248 beitragen, dass der SSW wieder stark so stark wie möglich im Bundestag vertreten ist.

249

250 **Im Folgenden haben wir ganz konkrete Vorschlag dazu was wir im wir im Bun-**  
251 **destag für Euch erreichen wollen.**

252

## 253 Gute Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik

254 Der brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat gezeigt wie leicht Minderheiten von  
255 Großmächten und extremen Nationalisten für ihre eigenen Zwecke missbraucht werden kön-  
256 nen. Deshalb ist eine zukunftsfähige und progressive Minderheitenpolitik für die vielen euro-  
257 päischen Minderheiten die Voraussetzung für eine Friedenspolitik in ganz Europa.

258 Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) wurde 1948 als Partei der dänischen Minder-  
259 heit und der nationalen Fries:innen in Schleswig-Holstein gegründet. Der SSW ist als Minder-  
260 heitenpartei fest im Landesteil Schleswig und den dort beheimateten Minderheiten – den  
261 Dän:innen und Fries:innen – verankert.

262 Das Nebeneinander von dänischer, friesischer und deutscher Kultur sowie der Kultur der  
263 Sinti und Roma ist ein Reichtum für das gesamte Bundesland. Die Angehörigen unserer Min-  
264 derheiten leben hier seit Jahrhunderten, sind deutsche Staatsbürger:innen und haben diesel-  
265 ben Pflichten und Rechte wie die Mehrheitsbevölkerung. Für uns als Partei der dänischen  
266 Minderheit und der nationalen Fries:innen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in  
267 Schleswig-Holstein einen unverändert hohen Stellenwert. Der SSW setzt sich daher für alle  
268 Minderheiten in Deutschland ein und ist die starke Stimme der Minderheiten.

269 Ein friedliches und fruchtbares Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung  
270 setzt voraus, dass alle in ihrer Heimat mit der jeweils eigenen Sprache und Kultur leben kön-  
271 nen. Die Sprache ist eine Grundlage von Minderheitenidentität und Kulturträger Nummer  
272 eins. Die Nutzung der eigenen Sprache ist ein Menschenrecht. Pauschale Abschiebungen  
273 und ein völkisch-nationalistischer Staat basierend auf der Errichtung eines autochthonen  
274 deutschen Volkes, wie es von extremistischen Kräften gefordert wird, gefährdet nicht nur  
275 Menschen mit Migrationshintergrund sondern auch angehörige der nationalen Minderheiten  
276 in Deutschland.  
277

278 In Schleswig-Holstein und auch insgesamt in der Bundesrepublik hat es hier in den letzten  
279 Jahren zwar nicht zuletzt auch durch den Einsatz unseres Bundesabgeordneten, der die  
280 Minderheiten auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt hat, einige Fortschritte geben.

281 So gibt es jetzt in Namensrecht die Möglichkeit die traditionellen Formen der Minderheiten-  
282 namen zu benutzen und auch die Förderungen der Minderheitsorganisationen ist verbessert  
283 worden. Dennoch gibt es noch viele Defizite und die Situation der Minderheit der Sinti u.  
284 Roma ist sogar durch den zunehmenden Rassismus und Antiziganismus verschlechtert wor-  
285 den.

286 Wir erwarten daher von einer neuen Bundesregierung einen viel stärkeren Einsatz zur Ver-  
287 besserung der Situation der Minderheiten in Deutschland und in Europa.

- 288 • Wir wollen uns in Berlin für die **Aufnahme** des Schutzes und der Förderung **der Min-**  
289 **derheiten ins Grundgesetz** einsetzen. Dies wäre ein Signal der Toleranz und Aner-  
290 kennung von Minderheiten.
- 291 • Wir wollen, dass die Organisationen der Minderheiten eine **angemessene institutio-**  
292 **nelle Förderung** vom Bund bekommen, anstatt die bisherige Projektförderung. Dies  
293 gilt insbesondere für die friesische Volksgruppe, die große finanzielle Herausforde-  
294 rungen bei ihrer kulturellen Arbeit hat.
- 295 • Wir wollen, dass dänisch und friesisch endlich als **Gerichtssprache** im Siedlungsge-  
296 biet genau wie bei den Sorben anerkannt werden. Dazu muss Paragraph 184 des

- 297 Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend geändert werden. Das spart z.B. Über-  
 298 setzungskosten bei Gerichtsverfahren, wo dänische Dokumente eine Rolle spielen.  
 299 Dazu muss fordern wir, dass es im Siedlungsgebiet der Minderheiten genau wie bei  
 300 den Landesbehörden möglich wird sich mit den Minderheitensprachen Dänisch und  
 301 Friesisch an die Bundesbehörden zu wenden.
- 302 • Wir wollen, dass die **Minderheitensprachen** bei der anstehenden Novellierung des  
 303 Online-Zugangsgesetz berücksichtigt werden.
  - 304 • Wir wollen, dass **politische Stiftungen der nationalen Minderheiten** und ihre Auf-  
 305 klärungsarbeit gleichberechtigt zu anderen politischen Stiftungen mit Bundesmitteln  
 306 gefördert werden.
  - 307 • Wir wollen, dass das Amt des **Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziga-**  
 308 **nismus** und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland weiterhin sowohl fi-  
 309 nanziell als auch strukturell so umfassend ausgestattet ist, dass dieser die Aufgaben,  
 310 welche sich aus dem 2023 beschlossenen überfraktionellen Entschließungsantrag  
 311 des Bundestags zum Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus erfüllen  
 312 kann. Zudem soll sich der Bund weiterhin in der 2024 eingesetzten Bund-Länder-  
 313 Kommission Antiziganismus engagieren und die Melde- und Informationsstelle Anti-  
 314 ziganismus (MIA) finanziell fördern.
  - 315 • Wir wollen, dass der Bund darauf hinwirkt, dass die Länder die Vorgaben der Europä-  
 316 ischen Sprachencharta erfüllen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die **Prä-**  
 317 **sens der dänischen und friesischen Sprache in den Medien** zu erhöhen. Dem öf-  
 318 fentlich-rechtlichen NDR kommt dabei in Radio und Fernsehen eine besondere Ver-  
 319 antwortung. Weder die dänische noch die friesische Sprache kommen im öffentlichen  
 320 Rundfunk wirklich vor.
  - 321 • Wir wollen eine Bundesratsinitiative einbringen mit dem Ziel, ein **Verbandsklage-**  
 322 **recht für nationale Minderheiten und Volksgruppen** auf Bundesebene einzufüh-  
 323 ren. Dadurch können nationale Minderheiten oder Volksgruppen vor Gericht im Na-  
 324 men der Allgemeinheit klagen, ohne in den eigenen Rechten verletzt worden zu sein,  
 325 um kollektive öffentliche Rechtsgüter zu schützen.
  - 326 • Wir wollen die **Vermittlung von Wissen über Dän:innen, Fries:innen, Sinti und**  
 327 **Roma** im regulären Schulunterricht ausweiten. Der Bund muss auf die Kultursminis-  
 328 terkonferenz hinwirken den vorliegenden Vorschlag einer Arbeitsgruppe zur Wissen-  
 329 vermittlung der Minderheiten im Schulunterricht umzusetzen.
  - 330 • Wir wollen, dass Bund die Forderungen der **Minority-SafePack-Initiative** der euro-  
 331 päischen Minderheitenorganisationen in der EU umsetzt. Einzelne bereits auf Bun-  
 332 desebene umsetzbare Punkte soll der Bund schnellstmöglich übernehmen und um-  
 333 setzen.
  - 334 • Wir wollen keinen **Ausverkauf unserer Sprachen**. Der Bund muss sich sowohl in  
 335 der eigenen Gesetzgebung als auch auf EU-Ebene dafür einsetzen, die Regelungen  
 336 im Markenrecht dahingehend zu verschärfen, dass in den jeweiligen Regional- und  
 337 Minderheitensprachen gebräuchliche Begriffe ausgeschlossen werden und kein kom-  
 338 merzieller Markenschutz erlangt werden kann.
  - 339 • Wir wollen, dass Deutschland und Dänemark die **Werte von Verständnis und ei-**  
 340 **nem tiefen Sinn für ein gemeinsames Miteinander** – im Sinne der Bonn-Kopenha-  
 341 gener Erklärungen von 1955 – sowohl im Europarat, in der OSZE als auch in den In-  
 342 stitutionen der EU **als gemeinsame Grundsätze vertreten**. Druck und Gewalt lösen  
 343 keine Minderheitenkonflikte.



- 344 • Wir wollen, dass Organisationen und Gremien unserer nationalen Minderheiten bei  
345 Anhörungen zur **Gesetzesvorlagen**, welche ihre Belange berühren, stärker einge-  
346 bunden sind.
- 347 • Wir wollen, dass Gesetzgebung bereits frühzeitig darauf überprüft wird, ob die Anlie-  
348 gen der nationalen Minderheiten berührt sind, um eine Stärkung und Gleichberechtigung  
349 von **minderheitenrelevanten Belange** in der Ausgestaltung der Bundesgesetz-  
350 gebung zu sichern.
- 351 • Wir wollen, dass die **Beteiligungsmöglichkeiten Abgeordneter** nationaler Minder-  
352 heiten im Bundestag gestärkt wird.

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

## 381 **Kein Sozialabbau, sondern Daseinsvorsorge für alle**

382 Der SSW steht für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Die  
383 starken Schultern sollen größere Lasten tragen, die stärksten Schultern mehr als bisher. Alle  
384 Bürger\*innen sollen über Steuern in die Sozial- und Krankenversicherung einzahlen. Leis-  
385 tungsstarke Gruppen dürfen davon nicht mehr ausgenommen werden. Es ist Aufgabe des  
386 Staates, nicht jene zu vergessen, die keine starke Lobby haben und besonderer Hilfe bedür-  
387 fen.

388  
389 Trotz der vergleichsweisen guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland in den letzten  
390 Jahren stehen viele Menschen am Rand der Gesellschaft. Dies betrifft besonders alleinerzie-  
391 hende Eltern. Alleinerziehende, Kinderreiche, aber auch Rentner\*innen haben nach wie vor  
392 ein erhöhtes Armutsrisiko. Auch die Zahlen von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und  
393 Langzeitarbeitslosen sind weiterhin hoch. Die aktuelle wirtschaftliche Krise darf nicht als Vor-  
394 wand für einen Sozialabbau dienen, sondern muss im Gegenteil dazu führen, dass wir end-  
395 lich eine Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger bekommen.

396  
397 Die Einführung des Bürgergeldes war ein Schritt in die Richtung, der aber nicht ausreichend  
398 ist. Im Folgenden werden wir mit konkreten Forderungen zur Bundestagswahl darlegen, wie  
399 wir uns ein **neues Sozialstaatsmodell** vorstellen.

400  
401

### 402 **Sozialversicherungen: Rentensystem sichern und reformieren**

403 Es ist bereits seit Jahrzehnten bekannt, dass das bisherige System der Solidarversicherung  
404 durch den demografischen Wandel und die Veränderungen im Arbeitsmarkt nicht länger  
405 tragfähig ist. Ein „weiter so“ führt zu einer Überlastung der Beitragszahler und/oder massiven  
406 Einschnitten im Leistungsbereich. Wir sind gegen jede **Renten Kürzung**, sondern treten für  
407 eine **zukunftsfähige Reform der Rente** ein.

408

409 • Wir wollen eine **sozial gerechte Ausgestaltung** der gesetzlichen Rentenversiche-  
410 rung als tragende Säule der Altersvorsorge, um Altersarmut zu verhindern. Die Ein-  
411 führung der Grundrente ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Unser langfristi-  
412 ges Ziel ist ein solidarisches, umlagefinanziertes Versicherungssystem in Form einer  
413 Erwerbstätigenversicherung, die alle Erwerbstätigen und Einkommensarten einbe-  
414 zieht und geschlechtergerecht ausgestaltet ist. So werden die Lasten nicht nur auf  
415 alle Schultern verteilt - die breitesten Schultern tragen auch den größten Anteil. Ne-  
416 ben der Einführung einer Bürgerversicherung wollen wir das zukünftige Finanzei-  
417 rungsproblem und das zu niedrige Rentenniveau angehen. Dazu muss geprüft wer-  
418 den, ob es möglich ist, das **schwedische Rentenmodell** in Deutschland einzuführen.

419 • Wir wollen die **Sozialversicherungen** langfristig von einem Beitragssystem **zu ei-**  
420 **nem steuerbasierten System** nach skandinavischem Vorbild **umstellen**. Sozialver-  
421 sicherungsbeiträge sollen sukzessive sinken, bis sie vollständig entfallen. Wir wollen  
422 eine solidarische Finanzierung aller Sozialversicherungszweige durch paritätische  
423 Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.  
424 Das bedeutet, dass ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen die gleichen Beiträge  
425 zu den Sozialversicherungen zahlen.

426

427 • Wir wollen **keine Erhöhung** des Renteneintrittsalters.  
428 • Wir wollen die **Beitragsbemessungsgrenze abschaffen**, damit alle Einkommen  
429 gleich zur Finanzierung von **Arbeitslosigkeits-, Kranken- und Pflegeversicherun-**  
430 **gen** herangezogen werden

431 • Wir wollen **ehrenamtliche Tätigkeiten mit Rentenpunkten belohnen**. Der große  
432 Zeitaufwand fürs Ehrenamt, das unsere Gesellschaft zusammenhält, soll sich auch in  
der Altersrente niederschlagen.

- 433 • Wir wollen die **Trennung in gesetzliche und private Krankenversicherungen abschaffen**. Von einer Bürger:innenvollversicherung sollen alle Standardleistungen abgedeckt werden; für zusätzliche Leistungen können nach Wunsch individuelle Versicherungslösungen abgeschlossen werden.
- 434
- 435
- 436
- 437

438

### 439 **Armut wirkungsvoll bekämpfen**

440 Über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in  
 441 Schleswig-Holstein sind von Armut bedroht. Dies betrifft vor allem Frauen. Über 20.000  
 442 Rentner\*innen in Schleswig-Holstein sind auf Grundsicherung angewiesen. Über 60.000 Kin-  
 443 der in unserem Bundesland leben in Armut oder müssen es fürchten. Die Einkommen sind  
 444 durchschnittlich zu gering und die Sozialleistungen orientieren sich an diesem Niedrigniveau.  
 445 Der Mindestlohn muss vor Armut schützen, dies muss im Mindestlohngesetz als Ziel definiert  
 446 werden.

447

- 448 • Die bisherigen Erfahrungen mit der Einführung des Bürgergeldes **müssen evaluiert**  
 449 und danach Nachbesserungen umgesetzt werden.
- 450 • Wir wollen einen **Mindestlohn** in Höhe von mindestens **15 Euro** pro Stunde.
- 451 • Wir wollen, dass auch bei Langzeitarbeitslosen, Schüler:innen, Jugendlichen und  
 452 Menschen mit Behinderungen **keine Ausnahmen vom Mindestlohn** mehr gelten.  
 453 Die Arbeit dieser Gruppen ist nicht minderwertig und muss gleich entlohnt werden.
- 454 • Wir wollen, dass **Leiharbeit und Werkverträge** nur noch in Ausnahmefällen zugelas-  
 455 sen werden. Wir wollen eine konsequente gesetzliche Lösung, die Missbrauch vor-  
 456 beugt und diese Instrumente effektiv eindämmt. Dabei wollen wir insbesondere, dass  
 457 der Bund Mindeststandards für Lohn und Arbeitsbedingungen in der Fleischproduk-  
 458 tion einführt. Zudem müssen zur Verfügung gestellte Unterkünfte von Arbeitneh-  
 459 mer\*innen menschenwürdigen Standards entsprechen und einen effektiven Infekti-  
 460 onsschutz gewährleisten.
- 461
- 462 • Wir wollen, dass **geringfügige Beschäftigung** überall dort **abgebaut** wird, wo Ar-  
 463 beits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind oder sie sozialversicherungspflichtige  
 464 Arbeitsplätze verdrängt oder verhindert.
- 465 • Wir wollen eine **sozial gerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversiche-**  
 466 **rung** als tragende Säule der Altersvorsorge, um Altersarmut zu verhindern. Die Ein-  
 467 führung der Grundrente ist ein erster Schritt in diese Richtung. Unser langfristiges Ziel  
 468 ist ein solidarisches, umlagefinanziertes Versicherungssystem in Form einer Erwerbs-  
 469 tätigenversicherung, welche alle Erwerbstätigen und Einkommensarten mit einbezieht  
 470 und geschlechtergerecht ausgestaltet ist. So werden die Lasten nicht nur auf alle  
 471 Schultern verteilt, sondern die breitesten Schultern tragen auch einen größeren An-  
 472 teil.
- 473 • Wir wollen zusätzlich zur Einführung einer Bürger:innenversicherung das zukünftige  
 474 Finanzierungsproblem und **zu niedrige Rentenniveau** anpacken. Hierfür muss ge-  
 475 prüft werden, ob es möglich wäre, das **schwedische Rentenmodell** in Deutschland  
 476 zu **implementieren**.
- 477 • Wir wollen eine **solidarische Finanzierung** aller Sozialversicherungszweige durch  
 478 **paritätische Beiträge** zur gesetzlichen Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflege-  
 479 versicherung. Das bedeutet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer\*innen die gleichen  
 480 Beiträge zu den Sozialversicherungen zahlen.
- 481 • Wir wollen, dass alle **Leistungen und Fördermöglichkeiten**, die Armut und insbe-  
 482 sondere Kinderarmut entgegenwirken, **zusammengefasst** und **bürokratische Hür-**  
 483 **den abgebaut** werden, damit diese Leistungen auch digital beantragt werden kön-  
 484 nen. Für viele Familien sind staatliche Förderungen zu umständlich und kompliziert  
 485 zu beantragen.

- 486 • Wir wollen Kindern einen **kostenlosen Zugang zu Sport- und Kulturangeboten** er-  
 487 möglichen. Mit einer entsprechenden Förderung haben auch Kinder aus geringver-  
 488 dienenden Familien die Möglichkeit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe.
- 489 • Wir wollen ein **Pilotprojekt** zur Einführung **eines bedingungslosen Grundeinkom-**  
 490 **mens** (BGE) für alle starten, um diese mögliche Lösung für die großen sozial- und  
 491 arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu untersuchen.

492

493

#### 494 **Aktive Arbeitsmarktpolitik für Arbeitslose statt nur Kontrolle**

495 Die Politik muss mehr dafür tun, Menschen bei der Arbeitssuche zu unterstützen, statt zu  
 496 viele Ressourcen für die Kontrolle von Erwerbssuchenden zu verbrauchen. Auch und gerade  
 497 für Langzeitarbeitslose muss diese Unterstützung auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten  
 498 sein. Dazu muss die Auswahl an Fördermöglichkeiten und die Vielfalt an Instrumenten er-  
 499 höht werden, um Erwerbslose passgenauer unterstützen zu können. Arbeit stärkt das Selbst-  
 500 bewusstsein und trägt dazu bei, dass wir einen Platz in der Gesellschaft haben. Sie sichert  
 501 Teilnahme und Selbstbestimmung.

502

- 503 • Wir wollen, dass Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit ihren Schwerpunkt  
 504 stärker auf die **aktive Arbeitsmarktpolitik** legen. Menschen ohne Arbeit sollen nicht  
 505 bloß verwaltet, sondern individuell beraten und unterstützt werden.
- 506 • Wir wollen, dass **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** passgenauer auf  
 507 die Bedürfnisse von geringqualifizierten Arbeitnehmer:innen zugeschnitten und An-  
 508 forderungen des technologischen Wandels berücksichtigt werden.
- 509 • Wir wollen eine **inklusive Arbeitswelt** schaffen, damit alle Menschen eine Chance  
 510 auf dem Arbeitsmarkt bekommen.
- 511 • Wir wollen, dass die Kommunen bei der **Arbeitsvermittlung vor Ort** noch besser als  
 512 bisher eingebunden werden, weil sie die lokalen wirtschaftlichen und sozialen  
 513 Verhältnisse kennen und den Arbeitslosen am besten helfen können.
- 514 • Wir wollen einen **erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt** – unter anderem für Al-  
 515 leinerziehende – durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote und flexiblere Arbeits-  
 516 zeitmodelle.

- 517 • Wir wollen die unverzichtbare Arbeit der **Jugendaufbauwerke** bei der Begleitung jun-  
 518 ger Menschen während ihres Einstiegs in das Berufs- und Arbeitsleben langfristig si-  
 519 chern.

- 520 • Wir wollen, dass der Bund eine **bundesweit einheitliche Vergütung** für schulische  
 521 Ausbildungen, insbesondere im sozialen Bereich, einführt. Der Bund soll gesetzliche  
 522 Rahmenbedingungen schaffen, die eine angemessene Mindestvergütung für alle  
 523 schulischen Ausbildungsberufe verbindlich regeln. Berufe mit schulischer Ausbildung,  
 524 wie beispielsweise sozialpädagogische AssistenInnen, sind systemrelevant. Der  
 525 Bund muss Verantwortung übernehmen und eine Finanzierung aus Bundesmitteln  
 526 sicherstellen, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu gewährleisten.“

527

528

#### 529 **Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen**

530 Es gibt ein Menschenrecht auf Wohnen. Dafür braucht es auch eine gerechte Sozialraumpla-  
 531 nung. Wir wollen keine Ghettos, sondern vielfältige Wohnformen wie Mehrgenerationenhäu-  
 532 ser, inklusives, barrierefreies Wohnen und einen bezahlbaren Wohnungsbau nach dem Prin-  
 533 zip der Gemeinwohlökonomie ermöglichen.

534 Die Preise für Einfamilienhäuser und die Mieten für Wohnungen sind auch in Schleswig-Hol-  
 535 stein stark angestiegen. Gerade in den Ballungsräumen des Landes fehlt es häufig an klei-  
 536 neren bezahlbaren Wohnungen. Der Bund muss daher den Kommunen in Schleswig-Hol-  
 537 stein dabei helfen, mehr öffentlichen, sozialen Wohnraum zu schaffen.  
 538

- 539 • Wir wollen, dass das der Bund **mehr Investitionen** für öffentlichen Wohnraum zur  
 540 Verfügung stellt und endlich seine Versprechungen von 400.000 neuen Wohnungen  
 541 pro Jahr umsetzt.
- 542 • Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohn-  
 543 raum unterstützt, indem er die finanziellen **Risiken durch Altlasten** bei der Erschlie-  
 544 ßung von Flächen für den Wohnungsbau mit Fördermitteln absichert.
- 545 • Wir wollen, dass der Bund die **Förderung von Genossenschaftsmodellen und so-**  
 546 **zialen Wohnprojekten** zum Beispiel durch Steuerbegünstigungen erleichtert.
- 547 • Wir wollen, dass der Bund die Gründung von **kommunalen Wohnungsgesellschaf-**  
 548 **ten** fördert.
- 549 • Wir wollen, dass **soziale Wohnprojekte** gefördert werden, damit ein selbst gewähl-  
 550 tes Wohnumfeld in der Mitte der Gesellschaft zur Normalität wird.
- 551 • Wir wollen eine **nationale Strategie zum Ende von Obdachlosigkeit**, angelehnt an  
 552 die Zielsetzung des EU-Parlaments, Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen.
- 553 • Wir wollen **mehr bezahlbaren Wohnraum** schaffen, insbesondere für Menschen mit  
 554 Behinderungen, junge Menschen, Auszubildende und Studierende.
- 555 • Wir wollen Konzepte wie „**Housing First**“ aus Finnland umsetzen, um **Wohnungslo-**  
 556 **sigkeit** gezielt zu **bekämpfen**.
- 557 • Wir wollen, dass der Bund eine **Spekulations-Strafgebühr** bei Leerstand von Ge-  
 558 werbeimmobilien über einen längeren Zeitraum einführt.
- 559 • Wir wollen Entwicklung von **Wohnraum** nach **skandinavischem Vorbild**. Das be-  
 560 deutet, neue Förderprogramme des Bundes zu schaffen, die Kommunen Anreize ge-  
 561 ben, Wohnungsrenovierungen und -Neubauten ganzheitlich, energieeffizient und ge-  
 562 nerationsgerecht zu planen.
- 563 • Wir wollen **alternative Wohnformen** wie Micro-Housing, Tiny Houses,  
 564 Hofgemeinschaften oder Ökodörfer **fördern**.
- 565 • Wir wollen eine **aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand** nach Wiener Vorbild.  
 566 Die Stadt Wien betreibt seit rund 100 Jahren ein aktives Boden- und Grundstücksma-  
 567 nagement und verfügt dadurch über erhebliche bebaubare Flächen, auf denen Woh-  
 568 nungsbauprogramme umgesetzt werden können. - So kann die Entwicklung von  
 569 Wohnraum, ob in privater oder öffentlicher Regie, besser gesteuert werden.
- 570 • Wir wollen, dass der **Bund die Renovierung** bereits bestehender Studentenwohn-  
 571 heime unterstützt sowie die Modernisierung dieser vorantreibt. Dazu müssen neue  
 572 Studentenwohnheime gebaut werden.
- 573 • Wir wollen den Einstieg in ein **Angebot von Wohnheimen für Auszubildende**.

574

575

576 **Gesundheit darf keine Ware sein.**

577 Die Sicherung der Bürger im Bereich der Gesundheit und Pflege darf kein Produkt **des**  
 578 **Marktes sein. Die vergangenen Jahre, nicht zuletzt während der** Coronapandemie, ha-  
 579 ben gezeigt, dass u. a. Fallpauschalen nicht geeignet sind, um den wirtschaftlichen Betrieb  
 580 von Krankenhäusern zu sichern. Gesundheit und Pflege dürfen nicht einem Streben nach  
 581 Gewinnmaximierung untergeordnet werden. Diese elementaren Bereiche der Daseinsvor-  
 582 sorge müssen durch staatliche Kontrolle sichergestellt werden.

583 Derzeit ist das deutsche Gesundheitssystem das teuerste, jedoch nicht das beste europa-  
 584 weit. Wir sehen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, die Not-  
 585 wendigkeit eines Systemwandels vom bisherigen beitragsgestützten System hin zu einem  
 586 steuerbasierten System mit einer staatlich garantierten Grundversorgung.  
 587  
 588

- 589 • Wir wollen eine **Gesundheitspolitik**, in der das **Gemeinwohl** und **nicht der Profit** im  
 590 Mittelpunkt steht.  
 591
- 592 • Wir wollen, dass der Bund den Ländern und Kommunen ausreichende Mittel zur  
 593 Verfügung stellt, damit die gesetzlich festgelegte Länderfinanzierung der  
 594 **Krankenhausinvestitionen** zu 100 % erfüllt werden kann.  
 595 • Wir wollen, dass **Krankenhäuser** langfristig wieder in die **kommunale** und  
 596 **öffentliche Hand** zurückkehren.  
 597 • Wir wollen eine **neue Struktur der Krankenhausfinanzierung**. Das geplante Kran-  
 598 kenhausversorgungsverbesserungsgesetz enthält hierzu einige wichtige Ansätze, ist  
 599 jedoch nicht ausgeglichen genug und benachteiligt den ländlichen Raum.
- 600 • Wir wollen eine **Sicherstellung der stationären Versorgung** in allen Regionen.  
 601 Gleichzeitig ist eine Spezialisierung und Zentralisierung für planbare Eingriffe anzu-  
 602 streben.
- 603 • Wir wollen Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren im **ländlichen**  
 604 **Raum** stärken.
- 605 • Wir wollen eine **wohnnah, menschengerechte Gesundheitsversorgung** –  
 606 auch in der Fläche und auf den Inseln z.B. auf **Helgoland**, wo viele Bürgerinnen und  
 607 Bürger zum Festland müssen um medizinisch versorgt zu werden. In solchen Fällen  
 608 sollte ein Solidarpakt zum tragen kommen, dass die Fahrtkosten von den  
 609 Krankenkassen bezahlt.  
 610
- 611 • Wir wollen, dass der Bund die **kommunalen Gesundheitsämter finanziell** besser  
**unterstützt**.
- 612 • Wir wollen, dass die zunehmende Zahl alter Menschen auch **in Pflegeheimen men-**  
 613 **schenswertig leben kann** und gut versorgt wird. Auch der Bund trägt eine Mitverant-  
 614 wortung hierfür und muss Länder und Kommunen finanziell unterstützen. Eine soziale  
 615 Isolation betagter Heimbewohner\*innen wie in den ersten Monaten der Coronapande-  
 616 mie darf es nicht mehr geben.
- 617 • Wir wollen den Ausbau und die Unterstützung von stationären und teilstationären  
 618 **Hospizen und ambulanten Hospizdiensten** in Deutschland vorantreiben. Auch eine  
 619 gute Weiterentwicklung der flächendeckenden spezialisierten ambulanten Palliativ-  
 620 versorgung (SAPV) ist für uns von zentraler Bedeutung. Lebensbedrohlich Erkrankte,  
 621 insbesondere Kinder und Jugendliche, haben das Recht auf Selbstbestimmung und  
 622 gute palliative ärztliche und pflegerische Versorgung in städtischen wie in ländlichen  
 623 Räumen.
- 624 • Wir wollen, dass der Bund einen staatlichen Haftungsfond nach dänischem Vorbild  
 625 einführt, um die **Prämien der Berufshaftpflichtversicherung für Hebammen**  
 626 erheblich zu **reduzieren**.
- 628 • Wir wollen eine Änderung der **Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe**.  
 629 Individuelle und intensive Betreuung muss leistungsgerecht abgebildet werden und  
 630 Anreize für physiologische Geburten bieten. Zudem müssen Anreize geschaffen  
 631 werden, um mehr Hebammen im ländlichen Raum anzusiedeln.  
 632  
 633

## 634 **Ärztliche und zahnärztliche Versorgung verbessern**

- 635 • Wir wollen die **Sicherstellung der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung** auf  
636 eine Einrichtung der öffentlichen Hand übertragen, welche anders als Berufsstands-  
637 vereinigungen die Interessen aller im Blick hat und ärztliche oder zahnärztliche Nie-  
638 derlassungen aufgrund der regionalen Gegebenheiten und Erforderlichkeiten steuert.
- 639 • Wir wollen allen Menschen eine **hausärztliche und zahnärztliche Grundversor-**  
640 **gung garantieren.** Die jeweiligen Hausärzt:innen und Zahnärzt:innen sollen die ers-  
641 ten Ansprechpartner im Gesundheitssystem sein und ihre Patient:innen an Fach-  
642 ärzt:innen und weitere Akteure weiterüberweisen.
- 643 • Wir wollen eine durch die öffentliche Hand kontrollierte **Maximalwartezeit für**  
644 **fachärztliche Behandlungen.**
- 645 • Wir wollen eine **größere Entscheidungsfreiheit** der weiteren Akteure (Physiothera-  
646 peuten u.a.) im Gesundheitswesen. Die konkrete Beurteilung der erforderlichen und  
647 zielführenden Behandlung soll durch die Therapeuten im vorhandenen Kostenrah-  
648 men erfolgen, um eine bessere und effizientere Behandlung zu erreichen.
- 649 • Wir wollen eine **einfachere Anerkennung alternativer Behandlungsmethoden.**  
650 Hierbei sind Erfahrungswerte aus anderen Ländern zu berücksichtigen.

651  
652

## 653 **Long Covid und ME/CFS Betroffene endlich sichtbar machen**

654 Die Corona-Pandemie ist schon länger her, doch für Menschen mit Long Covid und Myalgi-  
655 scher Enzephalomyelitis/Chronischem Fatigue-Syndrom (ME/CFS) ist sie noch immer prä-  
656 sent. Diese oft unsichtbaren Erkrankungen beeinträchtigen das Leben der Betroffenen mas-  
657 siv. Zudem leiden Betroffene nach wie vor unter Stigmatisierung und Fehlbehandlungen. Der  
658 SSW setzt sich entschieden für diese Menschen ein. Wir streben eine umfassende Verbes-  
659 serung ihrer Situation an - von der telemedizinischen Betreuung über den Ausbau von Kom-  
660 petenzzentren bis hin zur intensivierten Forschung. Dabei ist uns die aktive Einbindung der  
661 Betroffenen in alle Prozesse besonders wichtig. Sie sind es, die ihre eigene Erkrankung am  
662 besten einschätzen können. Unser Ziel ist es, niedrigschwellige Angebote zu schaffen, die  
663 Versorgungslage zu verbessern und gleichzeitig Stigmatisierung durch gezielte Aufklärung  
664 zu bekämpfen. Wir wollen Long Covid und ME/CFS Betroffene aus dem Schatten holen und  
665 ihnen die Unterstützung und Anerkennung zukommen lassen, die sie dringend benötigen.

- 666
- 667 • Wir wollen eine bessere **telemedizinische Betreuung** für ME/CFS und Long Covid  
668 Betroffene. Zudem muss es konkrete Konzepte für die Versorgung von hausgebun-  
669 denen Betroffenen geben. Ein Arztbesuch ist für die erkrankten Menschen oft nicht  
670 oder nur unter großer körperlicher, psychischer und logistischer Anstrengung mög-  
671 lich.
- 672 • Wir wollen, dass Betroffene aktiv in die **Erstellung von Versorgungskonzepten** und  
673 Planung von Studien eingebunden werden. Die an Long Covid und ME/CFS erkrank-  
674 ten Menschen kennen die Lösungswege und Herausforderungen am besten. Ihre  
675 ganz persönliche Expertise muss mit eingebunden werden.
- 676 • Wir wollen, dass die **Versorgungslage generell verbessert** wird. Dafür müssen  
677 Kompetenzzentren und interdisziplinäre Ambulanzen finanziell und strukturell vom  
678 Bund gefördert werden. Zudem muss die Forschung von Long Covid und ME/CFS  
679 weiter ausgebaut und intensiviert werden.
- 680 • Wir wollen, dass **ME/CFS in den Katalog** von § 116 Abs. 1 Nr. 1 SGB V für das Ver-  
681 sorgungsangebot der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung aufgenommen  
682 wird. So wird der Zugang zu Gesundheits- und Sozialsystemen für Betroffene deut-  
683 lich erleichtert

- 684 • Wir wollen, dass eine **Stigmatisierung und Fehlbehandlungen** durch Aufklärungs-  
685 kampagnen in medizinischen Berufen, Schulen, Krankenkassen, Gerichten und wei-  
686 teren Behörden verhindert wird. Die Betroffenen Menschen brauchen Teilhabe und  
687 eine schnelle Diagnose, keine Verurteilung und Stigmatisierung.  
688

689

## 690 **Pflege und Krankenversorgung bedarfsgerecht und zukunftsfest aufstellen**

691 Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die bestmögliche medizinische und pflegerische Versor-  
692 gung aller Menschen. Dabei muss das Gemeinwohl und nicht der Profit im Mittelpunkt ste-  
693 hen. Langfristig müssen unsere Krankenhäuser wieder in die öffentliche Hand zurückkehren.  
694 Um auch in Zukunft eine wohnortnahe medizinische Hilfe in hoher Qualität sicherzustellen,  
695 braucht es konkrete Anreize und mehr personelle und finanzielle Ressourcen. Darum treten  
696 wir für eine solidarische Krankenversicherung, eine angemessene Finanzierung der Kran-  
697 kenhäuser und eine wirksame Personalbemessung ein.

- 698 • Wir wollen, dass nicht nur die zurzeit Sozialversicherungspflichtigen in unser **Ge-**  
699 **sundheitssystem** einzahlen, sondern alle Menschen in Deutschland an einer ge-  
700 rechten, solidarischen Finanzierung mitwirken. Wir wollen die **Bürger:innenversi-**  
701 **cherung**.

- 702 • Wir wollen einen **Systemwechsel in der Pflegeversicherung** hin zu einer gerech-  
703 ten, solidarischen und nachhaltigen **Bürger:innenvollversicherung**, die alle Kosten  
704 der Pflegebedürftigkeit ohne Zuzahlung abdeckt, damit alle Menschen, die pflegebe-  
705 dürftig werden, eine menschenwürdige und passgenaue Pflege erhalten können.

- 706 • Wir wollen, dass der Bund die Kommunen weiterhin tatkräftig bei der **Kliniksanie-**  
707 **rung** und bei **Neubauten** unterstützt und setzen uns für eine deutliche Aufstockung  
708 der Investitionsmittel für Krankenhäuser ein.

- 709 • Wir wollen Arbeitszeiten, die Rücksicht auf die **Bedürfnisse von Pflegekräften** neh-  
710 men.

- 711 • Wir wollen die gegenseitige **Anerkennung von Pflegeausbildungen** innerhalb der  
712 EU.

- 713 • Wir wollen eine **bedarfsgerechte medizinische Versorgung auf dem Land** sichern  
714 – durch stärkere Anreize für die Ansiedlung von Ärzt:innen, die Schaffung durchlässi-  
715 ger Versorgungsstrukturen zwischen ambulantem und stationärem Sektor, erweiterte  
716 Kompetenzen für professionelle Pflegekräfte und den verstärkten Einsatz innovativer  
717 Techniken wie der Telemedizin.

- 718 • Wir wollen die Umsetzung der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterben-  
719 der Menschen“ weiter fördern, damit sich die **Hospiz- und Palliativversorgung** wei-  
720 ter verbessert. Zur palliativen und hospizlichen Versorgungsstruktur gehört der Auf-  
721 bau einer Hospizkultur in der stationären Pflege wie auch in Einrichtungen der Ein-  
722 gliederungshilfe und bei Palliative Care in Krankenhäusern.

- 723 • Wir wollen, dass **pflegende Angehörige** besser **unterstützt** werden. Wir wollen eine  
724 bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, u.a. durch umfassendere Entlastungsan-  
725 gebote, sowie ein „Vereinbarkeitsbudget“ als finanziell und zeitlich flexibel nutzbare  
726 Entgeltersatzleistung wie beim Elterngeld.



- 727 • Wir wollen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verstärkt durch **aufsuchende**  
 728 **Hilfs- und Beratungsangebote** nach dem Modell der Gemeindepfleger:innen entlas-  
 729 ten. Betroffene sollen zu Hause besucht und dort kostenlos und individuell beraten  
 730 werden. Die Beratung soll präventiv ausgerichtet sein, beispielsweise zur sozialen Si-  
 731 tuation, gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Versorgung, Wohnsituation, Mobi-  
 732 lität, Hobbys oder Kontakten. Sie soll auch die Vermittlung von wohnortnahen und gut  
 733 erreichbaren Teilhabeangeboten wie beispielsweise Seniorentreffen, Bewegungsan-  
 734 geboten, Veranstaltungen oder Kursen beinhalten.

735  
 736

### 737 **Gute Pflege ist ein Menschenrecht – bessere Arbeitsbedingungen schaffen**

738 Der Personalmangel in der Alten- und Krankenpflege ist alarmierend. Es ist bezeichnend,  
 739 dass große Krankenkassen die Situation in der Altenpflege als Pflegenotstand darstellen.  
 740 Der Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege ist eine Tatsache, die sich bereits  
 741 heute auf die Versorgung und Pflegequalität für die Betroffenen auswirkt. Bis zum Jahr 2030  
 742 werden bei konservativen Annahmen über 180.000 Pflegekräfte fehlen, auch weil es dann  
 743 mit insgesamt sechs Millionen Pflegebedürftigen über eine Million Betroffene mehr geben  
 744 wird als bisher angenommen. Der akute Mangel an Plätzen in der Kurzzeitpflege ist bereits  
 745 jetzt besorgniserregend. Er stellt für die Betroffenen, deren Angehörige und die Sozialdienste  
 746 der Krankenhäuser ein großes Problem dar. Hier muss schnellstmöglich Entlastung geschaf-  
 747 fen werden. Die Altenpflege in Deutschland steht vor einer tiefgreifenden Krise, die durch  
 748 den Personalmangel, den demografischen Wandel, die Belastung der Pflegekräfte und die  
 749 hohen Kosten für pflegebedürftige Menschen gekennzeichnet ist. Sowohl die ambulante als  
 750 auch die stationäre Pflege geraten zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Diese Herausfor-  
 751 derungen verlangen nach einer umfassenden politischen Reform, um die Pflege zukunftsfä-  
 752 hrig, menschlich und bezahlbar zu gestalten.“  
 753

- 754 • Wir wollen, dass die **Versorgung pflegebedürftiger Menschen** in der Altenpflege in  
 755 die Verantwortung der **öffentlichen Hand** zurückgeführt und von ihr selbst oder  
 756 durch Wohlfahrtsverbände, Kirchen oder Non-Profit-Unternehmen ausgeführt wird,  
 757 um den Konkurrenzkampf über die Entgelte zwischen den Anbietern zu beenden.
- 758 • Wir wollen einen **Systemwechsel in der Pflegeversicherung** hin zu einer  
 759 gerechten, solidarischen und nachhaltigen Bürger\*innenvollversicherung, die alle  
 760 Kosten der Pflegebedürftigkeit ohne Zuzahlung abdeckt, damit sich jeder Mensch,  
 761 der pflegebedürftig wird, eine menschenwürdige und passgenaue Pflege leisten  
 762 kann.
- 763 • Wir wollen, dass Pflegebedürftige in der stationären und ambulanten Altenpflege eine  
 764 **individuelle, selbstbestimmte, passgenaue und aktivierende Pflege** erhalten. Wir  
 765 sehen dies als einen Mindeststandard an. Eine ambulante Pflege im eigenen  
 766 Wohnumfeld ist einer stationären Pflege nach Möglichkeit vorzuziehen.
- 767 • Wir wollen regionale Pflege-Netzwerke **konsequent weiter ausbauen**, um so die Zu-  
 768 sammenarbeit zwischen ambulanten Diensten, Hausärzten und Sozialdiensten zu  
 769 verstärken.
- 770 • Wir wollen den **Ausbau technischer Hilfsmittel, wie Smart-Home-Technologien**  
 771 und **digitale Assistenzsysteme** fördern, so dass sie geeignet sind die ambulante  
 772 Pflege zu entlasten und die Eigenständigkeit der Pflegebedürftigen zu fördern.“
- 773 • Wir wollen, dass ein **bundeseinheitliches** wirksames  
 774 Personalbemessungsinstrument gesetzlich verankert wird, **das den Pflegebedarfen**  
 775 der Menschen **gerecht wird** und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Alten-  
 776 und Krankenpflege vollumfänglich Rechnung trägt, damit die Pflegequalität erhöht  
 777 und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert werden.

- 778 • Wir wollen einen **allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrag** für die Altenpflege  
 779 entsprechend dem Niveau des öffentlichen Dienstes (TVöD), um die Beschäftigten in  
 780 der Altenpflege angemessen zu vergüten und die Attraktivität des Pflegeberufs zu  
 781 erhöhen.
- 782 • Wir wollen eine **Reduzierung der Arbeitsbelastungen** in der Pflege. Nur so können  
 783 z. B. die hygienischen Vorschriften konsequent eingehalten werden.
- 784 • Wir wollen Arbeitszeiten, die Rücksicht auf die **Bedürfnisse von Pflegekräften**  
 785 nehmen.
- 786 • Wir wollen, dass Pflegekräfte mehr **Qualifizierung und Fortbildung** erhalten.
- 787 • Wir wollen eine **Stärkung des Pflegepersonals** im akademischen Bereich und eine  
 788 verbesserte Ausbildung der Pflegeassistentenberufe. Eine Qualitätssteigerung in der  
 789 Berufsausübung führt zu einer verbesserten Patientenversorgung und Pflegeplanung.  
 790 Mehr akademisch ausgebildete Pflegefachkräfte führen zu einer Aufwertung des  
 791 Pflegeberufs. Statt nur auf Anweisung des Arztes zu handeln, könnten Aufgaben  
 792 teamorientiert und ganzheitlich gelöst werden. Weitere Spezialisierungen von  
 793 Pflegefachkräften sollen gefördert werden.
- 794 • Wir wollen die **Arbeitsbedingungen** für die Altenpflege **verbessern**. Eine bessere  
 795 Personalausstattung gemäß dem Personalbemessungsinstrument der Universität  
 796 Bremen für die Altenpflege, ohne Abstriche, ist hier unabdingbar. Einerseits muss die  
 797 Pflege für die Pflegebedürftigen menschenwürdig gestaltet und mit der angemessenen  
 798 Zeit erbracht werden. Zum anderen müssen ausreichend Pflegekräfte mit den  
 799 geeigneten Qualifikationen zur Verfügung stehen, damit z. B. ungeplante Überstunden  
 800 und das Einspringen aus dem Frei – und die damit einhergehenden zusätzlichen  
 801 psychischen Belastungen und physischen Überforderungen – vermieden werden  
 802 können.
- 803 • Wir wollen, dass die **Anzahl der Ausbildungsplätze** in der Altenpflege weiter **erhöht**  
 804 wird. Dafür ist es notwendig, dass die Koordinierungsstelle Netzwerk Pflegeausbildung  
 805 Schleswig-Holstein, die von Bund und Land gefördert wird, ihre erfolgreiche Arbeit  
 806 fortsetzen kann. Die neue generalisierte Pflegeausbildung erfordert ein hohes  
 807 Ausmaß an Beratung und intensiver Vorarbeit bei den Pflegeanbietern in Schleswig-  
 808 Holstein. Nur so kann die Anzahl der Ausbildungsplätze weiterhin gesteigert und damit  
 809 dem Pflegenotstand entgegengewirkt werden.

810  
 811

## 812 **Kontinuierliche Präventionsmaßnahmen**

813 Die Vorteile und Möglichkeiten **kontinuierlicher Präventionsmaßnahmen** für ältere noch  
 814 nicht pflegebedürftige Menschen, analog zum dänischen Modells, bieten erhebliche Vorteile  
 815 vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und haben aus unserer Sicht eine hohe  
 816 Relevanz gerade für Deutschland, vor dem Hintergrund der sich weiter verschlechternden  
 817 dramatischen Pflegesituation. **Prävention ist dabei die Schlüsselstrategie**, um die Selbst-  
 818ständigkeit und Lebensqualität älterer Menschen zu fördern, Pflegebedürftigkeit hinauszuzö-  
 819gern und das Gesundheits- und Pflegesystem zu entlasten.

820 Im dänischen Ansatz werden **regelmäßige Hausbesuche** durch Pflegekräfte oder Gesund-  
 821heitsberater durchgeführt, um frühzeitig gesundheitliche und soziale Bedürfnisse zu erken-  
 822nen. Unterstützungsmaßnahmen wie Bewegungsprogramme, Ernährungsberatung oder  
 823 Sturzprophylaxe tragen dazu bei, die körperliche und geistige Gesundheit zu erhalten und  
 824 das Risiko für Pflegebedürftigkeit zu reduzieren. Auch Anpassungen der Wohnumgebung,  
 825 etwa barrierefreie Umbauten, **ermöglichen längeres selbstständiges Wohnen**.

826 Die Vorteile solcher Präventionsstrategien sind vielfältig: Sie stärken die Selbstständigkeit,  
 827 fördern ein aktives soziales Leben, bekämpfen Einsamkeit und senken langfristig die Kosten  
 828 im Pflege- und Gesundheitssystem. Besonders wichtig wird die Bedeutung sozialer Netz-  
 829werke und die Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Sozialdiensten.

- 830 • Wir wollen für Deutschland **kontinuierliche Präventionsstrategien**, analog zum vor-  
 831 bildhaften dänischen Modell umsetzen. Dazu müssen gesetzlich verankerte Hausbe-  
 832 suche, eine stärkere staatliche Förderung von Präventionsprogrammen, sowie die  
 833 bessere Vernetzung kommunaler Akteure implementiert werden, damit die Herausfor-  
 834 derungen des demografischen Wandels gemeistert werden können. Dabei ist die  
 835 Sensibilisierung und Aufklärung älterer Menschen über Präventionsmöglichkeiten  
 836 sind ebenfalls essenziell, um so eine breite Teilnahme sicherzustellen.

837  
 838

### 839 **Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen**

840 Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Von einer Gesellschaft, in der alle Menschen mit  
 841 ihren individuellen Stärken und Schwächen selbstverständliche Mitglieder sind, sind wir aber  
 842 noch weit entfernt. Menschen mit Behinderungen stoßen in Schule, Arbeitswelt und Freizeit  
 843 noch immer auf viel zu viele Barrieren. Alle staatlichen Ebenen müssen sich klar zu den Zie-  
 844 len der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bekennen und in  
 845 allen Bereichen ihren Verpflichtungen nachkommen.

- 846 • Wir wollen die **Teilhabe aller Menschen** in unserer Gesellschaft. Hierzu bedarf es  
 847 einer konsequenten Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen  
 848 mit Behinderungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Inklusion muss  
 849 umgesetzt und gelebt werden.
- 850 • Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen frei und unabhängig zu ihrem Unter-  
 851 stützungsbedarf an Teilhabeleistungen beraten werden. Wir freuen uns, dass das An-  
 852 gebot der **Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB)** verstetigt wurde.  
 853 Ziel muss es aber weiterhin sein, dass alle Menschen mit Behinderungen, unabhän-  
 854 gig von ihrem Wohnort, Zugang zu dieser Beratung haben. Dazu bedarf es der Mög-  
 855 lichkeit von aufsuchender Tätigkeit durch die EUTB.
- 856 • Wir wollen, dass die Bundesregierung sich bei den Bundesländern dafür einsetzt,  
 857 dass die **Bauvorschriften zur Barrierefreiheit** nicht unter dem Druck einer erhöhten  
 858 Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum unterlaufen werden. Menschen mit Behin-  
 859 derung haben längst erhebliche Probleme, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum  
 860 zu finden.
- 861 • Wir wollen, dass insgesamt deutlich mehr **bezahlbarer Wohnraum für Menschen**  
 862 **mit Behinderungen** geschaffen wird. Die Mittel, die der Bund den Ländern als Aus-  
 863 gleich für den Wegfall früherer Finanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung zahlt,  
 864 müssen erhöht sowie die Länder verpflichtet werden, diese Mittel zweckgebunden für  
 865 den barrierefreien und -reduzierenden Um- und Neubau sowie neue Sozialbindungen  
 866 zu verwenden. Vertreter\*innen von Menschen mit Behinderung sind rechtzeitig zu be-  
 867 teiligen.
- 868 • Wir wollen, dass die Bundesregierung die **Beschäftigungspflicht** endlich konse-  
 869 quent einfordert und durchsetzt. Wir fordern daher eine Erhöhung der Ausgleichsab-  
 870 gabe für die Betriebe, die ihrer Beschäftigungspflicht gar nicht oder nicht ausreichend  
 871 nachkommen.  
 872 Wir wollen, dass der Bund als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht und nicht nur  
 873 mehr Menschen mit schweren Behinderungen einstellt, sondern ihnen auch **flexib-**  
 874 **lere Rahmenbedingungen** bietet. Dazu gehören verschiedene Arbeitszeitmodelle  
 875 (Teilzeit, Sabbatical u. a.), besonderer Kündigungsschutz insbesondere für Men-  
 876 schen mit schweren Behinderungen und begleitende Hilfe im Arbeitsleben.
- 877 • Wir wollen eine Stärkung und verbindlichere Gestaltung des **Betrieblichen Einglie-**  
 878 **derungsmanagements (BEM)**. Wir fordern, dass für Beschäftigte ein individueller  
 879 Rechtsanspruch auf die Durchführung des BEM im SGB IX verankert wird.

- 880 • Wir wollen, dass **Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf nicht** wegen Art und  
881 Schwere ihrer Behinderung(en) von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben **ausge-**  
882 **schlossen** werden. Dieses Recht darf sich nicht auf Leistungen der Werkstätten für  
883 Menschen mit Behinderungen beschränken und muss auch für die berufliche Bildung  
884 gelten.
- 885 • Wir wollen, dass auch **Menschen mit Behinderungen ihre Ärzt:innen frei wählen**  
886 können. Leider bestehen noch immer bauliche, kommunikationsbezogene oder ein-  
887 stellungsbedingte Barrieren, welche die gesundheitliche Versorgung von Menschen  
888 mit Behinderungen beeinträchtigen. Wir fordern, dass Ärzt:innenpraxen und andere  
889 Einrichtungen im Gesundheitsbereich konsequent barrierefrei gestaltet werden. Dies  
890 muss notfalls mit staatlicher Unterstützung sowie mit Sanktionsdruck im Falle der fort-  
891 gesetzten Weigerung der Betreiber:innen geschehen.
- 892 • Wir wollen, dass das Thema Behinderung systematisch in die **Aus-, Fort- und Wei-**  
893 **terbildung aller Gesundheitsberufe** integriert wird. Barrierefreiheit muss zur Zulas-  
894 sungs Voraussetzung von Praxen werden. Außerdem müssen Patient:innen mit Be-  
895 hinderungen umfassend über das Behandlungsgeschehen informiert und in die ärztli-  
896 chen wie therapeutischen Entscheidungsprozesse aktiv eingebunden werden.  
897
- 898 • Wir wollen die **Präventionsarbeit** zum Schutz von Menschen mit Behinderung **vor**  
899 **sexualisierter und anderer Gewalt** in Einrichtungen der Behindertenhilfe dauerhaft  
900 finanziell fördern.
- 901 • Wir wollen, dass Menschen mit hohen Unterstützungsbedarfen stärker in den Blick  
902 genommen und die Möglichkeiten der **Unterstützten Kommunikation** intensiver ge-  
903 nutzt werden. Methoden der Unterstützten Kommunikation sollen in die Ausbildungs-  
904 gänge pädagogischer und medizinisch-therapeutischer Berufe aufgenommen wer-  
905 den.
- 906 • Wir wollen eine **bessere Öffnung des ersten Arbeitsmarkts** für Menschen mit Be-  
907 hinderungen und chronischen Erkrankungen.
- 908 • Wir wollen den **Mindestlohn** auch für Menschen, die in „**Behindertenwerkstätten**“  
909 arbeiten, damit sie ein würdevolles und eigenständiges Leben führen können.

910

### 911 **Bessere Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen**

912 Bessere Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen

913 Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steigt stetig an – ein Problem, das  
914 durch die Coronapandemie und ihre Nachwirkungen noch verstärkt wurde. Gleichzeitig  
915 schaffen weltweite Krisen, Kriege, die wirtschaftliche Lage und die damit einhergehende Un-  
916 sicherheit ein Klima von Zukunftsangst, das viele Menschen zusätzlich belastet. Trotz der im-  
917 menschen Bedeutung von psychischer Gesundheit fehlt es in Deutschland weiterhin an ausrei-  
918 chenden Hilfs- und Therapieangeboten. Viel zu oft sehen sich Betroffene gezwungen, mona-  
919 telang auf einen dringend benötigten Therapieplatz zu warten. Das können wir nicht akzep-  
920 tieren. Wir brauchen mehr Psychotherapieplätze und gezielte Präventionsprogramme, um  
921 den wachsenden Herausforderungen endlich gerecht zu werden.

922 Wir wollen, dass die Bundesregierung ihre Verpflichtung erfüllt und umgehend eine nationale  
923 Strategie zur Suizidprävention vorlegt, die durch einen konkreten Gesetzentwurf untermauert  
924 wird. Hier sollen die Länder gesetzlich verpflichtet werden, ausreichende Kapazitäten in der  
925 Suizidprävention und -beratung vorzuhalten, unterstützt durch klare Finanzierungszusagen  
926 des Bundes.

927

- 928 • Wir wollen, dass die **psychische Gesundheit** denselben Stellenwert in der Gesund-  
929 heitsvorsorge erhält wie die physische Gesundheit.
- 930 • Wir wollen, dass **Präventionsprogramme** in Kitas, Schulen und Betrieben ausge-  
931 baut und gefördert werden.
- 932 • Wir wollen, dass die erhöhte Nachfrage nach **psychotherapeutischen Behandlun-**  
933 **gen** in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird und **mehr Behandlungsplätze** ge-  
934 schaffen werden – auch und gerade für Kinder und Jugendliche.
- 935 • Wir wollen, dass deutlich mehr Therapieplätze geschaffen werden und Wartezeiten  
936 drastisch reduziert sowie mit Beratungsangeboten überbrückt werden.
- 937 • Wir wollen, dass die erhöhte Nachfrage nach psychotherapeutischen Behandlungen  
938 in der Bedarfsplanung berücksichtigt wird und mehr Behandlungsplätze geschaffen  
939 werden.
- 940 • Wir fordern den Ausbau von telemedizinischen Angeboten, wie Online-Beratung und  
941 -Therapie, um schnelle und barrierefreie Hilfe zu gewährleisten.

942

943

#### 944 **Brücke zwischen Behandlung und Prävention verbessern**

945 Die Versorgung psychischer Erkrankungen zu verbessern ist entscheidend, doch alleine  
946 reicht es nicht aus. Der Fokus muss stärker auf Prävention gelegt werden. Ein zentraler An-  
947 satz ist die Förderung von Resilienz – der Fähigkeit, mit Stress und Herausforderungen ge-  
948 stärkt umzugehen. Präventive Maßnahmen, die mentale Widerstandskraft fördern, helfen da-  
949 bei, Erkrankungen vorzubeugen und Menschen frühzeitig zu unterstützen. Dieser präventive  
950 Ansatz ist nicht nur für die Betroffenen von großem Nutzen, sondern entlastet auch nachhal-  
951 tig das Gesundheitssystem.

- 952 • Wir wollen, dass Resilienz Förderung als festen Bestandteil in Bildung, Arbeitswelt  
953 und Gesundheitsvorsorge verankert wird.
- 954 • Wir wollen, dass Präventionsprogramme in Kitas, Schulen und Betrieben ausgebaut  
955 und gefördert werden.
- 956 • Wir wollen verpflichtende Unterstützungsangebote in Schulen, Universitäten und Un-  
957 ternehmen, um frühzeitig psychische Belastungen abzufangen.
- 958 • Wir wollen, dass Bewusstsein für psychische Erkrankungen stärken sowie Vorurteile  
959 abbauen durch bundesweite Kampagnen dadurch sollen Betroffene ermutigt werden,  
960 sich frühzeitig Hilfe zu suchen.
- 961 • Wir wollen, dass bundesweit “Krisenbewältigung Zentren” eingerichtet werden, die  
962 Menschen in akuten Lebenskrisen wie Scheidung, Jobverlust oder familiären Konflik-  
963 ten eine unverbindliche Erstberatung und Orientierung bieten.
- 964 • Wir wollen den Ausbau und die stärkere Förderung von Selbsthilfegruppen als wichti-  
965 gen Bestandteil der psychischen Gesundheitsversorg

966

967

#### 968 **Nationale Demenzstrategie konsequent umsetzen**

969 Die nationale Demenzstrategie „Teamgeist für Menschen mit Demenz“ ist ein wichtiger  
970 Schritt. Die Weiterentwicklung und konsequente Umsetzung der gesetzten Ziele ist ein abso-  
971 lutes Muss für die Betroffenen und deren Angehörige. Demenz war viel zu lange ein  
972 Tabuthema, und es gab nicht ausreichend Aufmerksamkeit für die immer höher werdende  
973 Anzahl an Betroffenen. Demenzerkrankten muss so lange wie möglich ein selbstbestimmtes  
974 Leben ermöglicht werden. Die Pflege im Alter setzt kompetente und spezialisierte Fachkräfte  
975 voraus.

976

- 977 • Wir wollen eine ausreichende Bereitstellung von Mitteln für **Prävention und Aufklä-**
- 978 **rung** über die Krankheit.
- 979 • Wir wollen den **Aufbau von lokalen Allianzen** vorantreiben.
- 980 • Wir wollen, dass Menschen mit Demenz und deren Angehörige in **Beteiligungsver-**
- 981 **fahren** berücksichtigt werden, z. B. bei der Entwicklung von Quartiersmanagement.
- 982 • Wir wollen **digitale Strukturen** schaffen, die eine aufsuchende Beratung fördern und
- 983 Informationsplattformen bereitstellen.
- 984 • Wir wollen, dass mehr **Sensibilisierungsprogramme** mit den öffentlich-rechtlichen
- 985 Medien entwickelt werden.
- 986 • Wir wollen **kulturelle Angebote für Demenzerkrankte** stärken, z. B. in einer besse-
- 987 ren Vernetzung mit Bibliotheken.

988  
989

### Arbeitsmarkt der Zukunft

991 Leistungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit in allen Branchen sind elementare Kriterien für  
992 eine gute Arbeitswelt. Die Integration aller Bürger\*innen in eine gute Arbeitswelt ist unser  
993 zentrales Ziel. Wir müssen plurale Erwerbsformen berücksichtigen und für einen selbstbe-  
994 stimmten beruflichen Lebenslauf werben. Den technologischen Wandel müssen wir nutzen,  
995 um eine bessere Gestaltung von Arbeit voranzubringen. Innovative und demokratische Un-  
996 ternehmen bieten individuelle Formen der Teilhabe von Beschäftigten in Betrieben an. Eine  
997 Kürzung der Mittel für die Qualifizierung und Weiterbildung bei der Arbeitsagentur lehnen wir  
998 ab.

- 999 • Wir wollen eine **Aufstockung der Eingliederungsmitteln** der Jobcenter, um Maß-
- 1000 nahmen von soziale Trägern zur Beschäftigung- und Berufsqualifizierung von lang-
- 1001 zeitarbeitslosen stärker zu fördern.
- 1002 • Wir wollen den Ansatz des lebenslangen Lernens in der Arbeitswelt verankern, daher
- 1003 müssen wir in die **Stärkung von Qualifikationen und bessere Aufstiegschancen**
- 1004 investieren.
- 1005 • Wir wollen ein **Recht auf Weiterbildung**.
- 1006 • Wir wollen eine ressortübergreifende **Innovations-, Forschungs- und Transferstra-**
- 1007 **tegie**.
- 1008 • Wir wollen kleinere und mittlere Unternehmen mit verlässlichen digitalen Strukturen
- 1009 versorgen. **Dezentrale Beratungsangebote** sind wichtig, um Start-Ups und Co-Wor-
- 1010 king-Modelle vor allem in ländlichen Räumen zu sichern.
- 1011 • Wir wollen die **Finanzierung und Fördermöglichkeiten für Kultur- und Kreativ-**
- 1012 **schaffende** ausbauen.
- 1013 • Wir wollen uns verstärkt für das besondere Potenzial der **Software- und Gaming-In-**
- 1014 **dustrie** stark machen.
- 1015 • Wir wollen gute Strukturen für **internationale Vernetzung und den Kreativstandort**
- 1016 **Deutschland** herstellen. Hier gilt es insbesondere die grenzüberschreitende Entwick-
- 1017 lung in den Fokus zu nehmen.
- 1018 • Wir wollen das **Aufstiegs-BAföG** fortlaufend weiterentwickeln, um die Aufstiegsmög-
- 1019 lichkeiten von Beschäftigten in allen Berufen zu fördern.
- 1020 • Wir wollen **Eingliederungsprogramme für Langzeitarbeitslose** und ehemalige
- 1021 ~~1021~~ Strafgefangene weiterentwickeln und verbessern.
- 1022 • Wir wollen **in neuen Berufsbildern** sowie in der Transformation von Berufen und in
- 1023 der IT-Branche das **Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit** verankern. Mädchen
- 1024 und Frauen müssen besonders gefördert werden, damit alle einen gleichberechtigten
- 1025 Zugang zu neuen Berufen erfahren.
- 1026 • Wir wollen, dass neue **Arbeitszeit- und Arbeitsortformen in einen gesetzlichen**
- 1027 **Regelungsrahmen** überführt werden. Dieser Rahmen muss vor Überforderung und
- 1028 Entgrenzung schützen, aber auch genügend Freiraum für die individuelle
- 1029 Ausgestaltung der Arbeit lassen.

- 1030  
1031  
1032  
1033  
1034  
1035  
1036  
1037  
1038  
1039  
1040  
1041  
1042  
1043  
1044  
1045
- Wir wollen eine **Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mitarbeiter\*innen**, wenn neue Technologien und Verfahren eingeführt werden. Die Möglichkeiten müssen praxisorientiert sein und Folgeabschätzungen mit bewerten.
  - Wir wollen eine **flächendeckende Tarifbindung** und **mehr Mitbestimmungsrechte** der Beschäftigten. Um diese Stärke auch in Zeiten des Wandels erhalten zu können, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen vom Gesetzgeber. Für Unternehmen und Beschäftigte sollen Anreize für einen Verbands- bzw. Gewerkschaftsbeitritt geschaffen werden.
  - Wir wollen die Aufnahme **neuer Mitbestimmungsrechte** zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung und KI sowie Internationalisierung in das Betriebsverfassungsgesetz.
  - Wir wollen eine **Erleichterung des Verfahrens** zur **Allgemeinverbindlichkeitserklärung** geltender Tarifverträge sowie die Erstreckung regional allgemeinverbindlicher Tarife auf Entsendefirmen.
  - Wir wollen, dass Gewerkschaftsmitglieder ihren **Gewerkschaftsbeitrag** zusätzlich zum Arbeitnehmer-Pauschbetrag **steuerlich geltend** machen können.

1046

1047

#### 1048 **Kinderarmut bekämpfen**

1049 Ein Grund für Kinderarmut ist meist die Arbeitslosigkeit der Eltern. Alleinerziehende haben  
1050 oft nicht genug Geld, um den Alltag zu bewältigen. Weil es kaum Betreuungsmöglichkeiten  
1051 für das Kind gibt, müssen sie in Teilzeit arbeiten und fallen dann schnell unter die Armuts-  
1052 grenze. Kita nur bis zwölf, Schulschluss um eins – was in Dänemark undenkbar wäre, ist bei  
1053 uns für viele Menschen Alltag. Die Einführung der Kindergrundsicherung war zwar ein Schritt  
1054 in die richtige Richtung. Sie ist aber viel zu bürokratisch ausgestaltet und mit einer zu gering-  
1055 eren Finanzierung ausgestattet.

1056

- 1057  
1058  
1059  
1060  
1061  
1062  
1063  
1064  
1065  
1066  
1067  
1068  
1069  
1070
- Die Finanzierung der **Kindergrundsicherung muss verbessert** und die Verwaltung anders organisiert werden z.B. in dem die Arbeitsagentur dies übernimmt.
  - Wir wollen kostenlose **Betreuungsmöglichkeiten** für Kinder schaffen, damit Eltern das Familienleben besser planen können.
  - Wir wollen Kindern einen **kostenlosen Zugang zu Schwimmbädern und Theatern** ermöglichen. Mit einer entsprechenden Bundesförderung hätten auch Kinder aus einkommensschwachen Familien Zugang zu Sport, Spaß und Kultur, statt sich gesellschaftlich ausgegrenzt zu fühlen.
  - Wir wollen einen niedrigschwelligen **Zugang zu einer Ombudsstelle für alle Kinder**.
  - Wir wollen einen **kostenlosen Zugang zu Sport- und Kulturangeboten** für Kinder. Mit einer entsprechenden Förderung haben auch Kinder aus geringverdienenden Familien die Möglichkeit umfassender gesellschaftlicher Teilhabe.
  - Wir wollen, dass **jedes Kind einen Kitaplatz** bekommt und die Kosten der Kitabetreuung in Gänze vom Staat übernommen werden.

1071

1072

1073

1074

1075

1076

1077

1078

## 1079 **Klimaschutzpolitik muss sozial und gerecht für zukünftige** 1080 **Generationen sein**

1081 Nichts ist so teuer wie kein Klimaschutz. Die Kosten der Klimaschäden durch extreme Wette-  
1082 rereignisse steigen unaufhörlich. Hitzeperioden, Jahrhundertfluten und Dürrekatastrophen  
1083 sind bereits Realität und verdeutlichen, dass wir handeln müssen. Schleswig-Holstein, als  
1084 Land zwischen den Meeren, ist besonders anfällig für die Folgen des Klimawandeln. Stei-  
1085 gende Meeresspiegel, häufigere Sturmfluten und Küstenerosion stellen eine direkte Bedro-  
1086 hung für unsere Küstenregionen und die dort lebenden Menschen dar. Um diese Herausfor-  
1087 derungen zu meistern, bedarf es einer nationalen Kraftanstrengung.

1088  
1089 Ohne umfassende Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen werden die finanziellen und  
1090 menschlichen Kosten weiter ansteigen. Wir müssen jetzt konsequent handeln, um die Frei-  
1091 heit und Lebensqualität zukünftiger Generationen zu sichern. Das Jahr 2023 markierte mit  
1092 seinen extremen Temperaturen das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen, und auch  
1093 das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ist gefährdet. Jede Erwärmung um ein  
1094 Zehntelgrad bringt uns näher an die Kippunkte unseres Klimasystems. Das Überschreiten  
1095 dieser Kippunkte würde gravierende Konsequenzen für alle Lebensbereiche mit sich brin-  
1096 gen. Eine Aufweichung von Klimaschutzgesetzen ist daher fahrlässig und gefährdet die Zu-  
1097 kunft unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Kinder, die heute geboren werden,  
1098 werden im Laufe ihres Lebens deutlich mehr extreme Wetterereignisse erleben als frühere  
1099 Generationen. Wir als SSW stehen für das globale Denken und regionale Handeln, um die  
1100 Herausforderungen des Klimawandels meistern zu können.

1101  
1102 Zudem zeigt sich, dass der Klimawandel ein zunehmend wichtiger Faktor für Migration wird,  
1103 weil er Gebiete mit für Menschen bewohnbaren Durchschnittstemperaturen schrumpfen  
1104 lässt. Dies erschwert die Besiedlung in manchen Regionen oder macht sie gar unmöglich.  
1105 So leiden Bevölkerungsgruppen im globalen Süden, die am wenigsten zum Klimawandel bei-  
1106 tragen, oft am stärksten unter seinen Folgen.

1107 In diesem Zusammenhang ist es auch unumstritten, dass der Klimawandel die Gesundheit  
1108 belastet. Dabei gefährdet Hitze vor allem chronisch Kranke, Kleinkinder, alleinstehende und  
1109 ältere Menschen.

1110  
1111 Für uns steht fest: Unser Energiesystem muss auf erneuerbaren Energien wie Sonne und  
1112 Wind basieren, anstatt auf fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas. Gleichzeitig müssen  
1113 wir unsere Bau- und Sanierungspolitik grundlegend neu ausrichten, um die großen Ressour-  
1114 cenverbräuche im Gebäudesektor zu reduzieren. Nachhaltiges Bauen und Sanieren bedeu-  
1115 tet nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch, dass klimafreundliches Wohnen  
1116 für alle zugänglich bleibt.

1117  
1118 Dabei müssen die Kosten des Klimaschutzes gerecht verteilt werden. Die stärkeren Schul-  
1119 tern müssen die schwerste Last tragen, während wir sicherstellen, dass Menschen mit gerin-  
1120 gem Einkommen nicht überproportional belastet werden. Statistisch betrachtet verursachen  
1121 insbesondere Menschen, die über Vermögen oder hohes Einkommen verfügen, mehr Treib-  
1122 hausgasemissionen. **Soziale Klimaschutzpolitik ist ein zentraler Bestandteil und die Vo-  
1123 raussetzung, dass unserer Klimaschutzpolitik umgesetzt werden kann.** Niemand darf  
1124 zurückgelassen werden; jeder muss an der Transformation teilhaben können. Unsere Politik  
1125 für den Klimaschutz stellt sicher, dass niemand zurückgelassen wird.

1126  
1127

## 1128 **Klimaschutz endlich ernstnehmen - Global denken, regional Handeln**

- 1129 • Wir wollen, dass der Bund sich zum Pariser Klimaabkommen von 2015 bekennt und  
1130 die notwendigen Maßnahmen umsetzt, um die Ziele des Abkommens einzuhalten.  
1131 Das **1.5-Grad-Ziel** darf nicht überschritten werden!
- 1132 • Wir wollen, dass Deutschland bereits **deutlich vor 2045 klimaneutral** wird. Idealer-  
1133 weise schon möglichst bis 2035, wenn technisch und sozialverträglich möglich ist.



- 1134 • Wir wollen, dass der Kohleausstieg sozialverträglich und schneller als bisher beab-
- 1135 sichtigt umgesetzt wird, idealerweise bis 2030.
- 1136 • Wir wollen, dass kein neues **Gasfeld vor Borkum erschlossen** wird. Dieses Vorha-
- 1137 ben gefährdet nicht nur das UNESCO-Welterbe Wattenmeer, sondern ebnet auch
- 1138 den Weg für weitere fossile Investitionen.
- 1139 • Wir wollen **nationale und flächendeckende Hitzeschutzpläne**, Schaffung von
- 1140 Grünflächen in Städten zur Reduzierung der Hitzebelastung und die Entwicklung hit-
- 1141 zeresistenter Infrastruktur fördern.
- 1142 • Wir wollen, dass das **deutsche Lieferkettengesetz** weiterhin so unbürokratisch wie
- 1143 möglich gestalten. Deutsche Unternehmen tragen auch in ihren Zulieferbetrieben im
- 1144 Ausland Verantwortung für die Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrech-
- 1145 ten.
- 1146 • Wir wollen, dass die **Forschung und Innovation** in den Bereichen der Klimaneutrali-
- 1147 tät, Kreislaufwirtschaft und klimagerechtes Wirtschaften stärker gefördert werden.
- 1148
- 1149

### Ein sozialverträglicher Klimaschutz ist möglich

1150 Das Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit gewinnt zunehmend  
 1151 an Bedeutung. Oft werden sie gegeneinander ausgespielt. Teilhabe und die soziale Gestal-  
 1152 tung sind zentrale Bestandteile einer guten Klimaschutzpolitik. Sie sind unabdingbar für die  
 1153 Akzeptanz des notwendigen Transformationsprozesses und den Zusammenhalt der Gesell-  
 1154 schaft. Die Kosten des Klimaschutzes und die Folgen des Klimawandels dürfen Menschen  
 1155 mit geringem Einkommen nicht zusätzlich belasten. Für den SSW ist klar: ein sozialverträgli-  
 1156 cher Klimaschutz ist möglich und der einzige Weg hinzu einer sozialen und klimaneutralen  
 1157 Gesellschaft.  
 1158

- 1159
- 1160 • Wir wollen, dass die steigende CO<sub>2</sub>-Steuer sozialverträglich ausgestaltet wird. Ein
- 1161 **Pro-Kopf-Klimageld** entlastet private Haushalte und belohnt umweltbewusstes Ver-
- 1162 halten. Dieses Modell sieht vor, dass die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung direkt
- 1163 an die Bürger zurückgegeben werden. Der Klimabonus nach österreichischem Vor-
- 1164 bild könnte hier als Lösungsansatz dienen.
- 1165 • Wir wollen eine gerechte Finanzierung des Klimaschutzes, die Unternehmen, die be-
- 1166 sonders hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen, stärker in die Verantwortung nimmt.
- 1167 Diese Einnahmen sollen gezielt in soziale und ökologische Maßnahmen investiert
- 1168 werden.
- 1169 • Wir wollen, dass überflüssige klimaschädliche Subventionen beendet werden. Die
- 1170 Subventionen setzen nicht nur die falschen Anreize, sie verstärken zusätzlich häufig
- 1171 die bereits bestehenden Einkommensunterschiede.
- 1172 • Wir wollen, dass Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften in die sozial-ökolo-
- 1173 gische Transformation unseres Wirtschaftssystems beteiligt werden. Sie wissen am
- 1174 besten, wie die Transformation gelingen kann.
- 1175 • Wir wollen stärkere Investitionen in Aus- und Weiterbildungsprogramme, um Beschäf-
- 1176 tigte für die Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft zu qualifizieren.
- 1177
- 1178

### Nachhaltig Bauen und Sanieren: Ressourcen schonen und Klimaneutralität er- reichen

1181 Der Gebäudesektor ist einer der größten Ressourcenverbraucher und trägt erheblich zur  
 1182 Emission von Treibhausgasen bei. Daher müssen wir unsere Bau- und Sanierungspolitik  
 1183 grundlegend neu ausrichten, um den Klimazielen gerecht zu werden und die Umwelt zu  
 1184 schonen. Unsere Vision ist eine nachhaltige Baupolitik, die auf Effizienz, Langlebigkeit,  
 1185 Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität setzt.  
 1186 Dabei ist es uns wichtig, dass die Lasten der Transformation hin zu einer klimagerechten und  
 1187 ressourcenschonenden Bauweise nicht allein von den Bürgerinnen und Bürgern getragen  
 1188 werden. Eine gerechte Verteilung der Kosten und eine verlässliche staatliche Förderung sind

1189 notwendig, um sicherzustellen, dass der Übergang für alle gesellschaftlichen Gruppen trag-  
 1190 bar ist. So gestalten wir eine Baupolitik, die nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtig-  
 1191 keit vereint.

- 1192  
 1193 • Wir wollen eine **massive Steigerung der energetischen Sanierungsrate** für Ge-  
 1194 bäude. Dafür muss es eine bessere finanzielle Förderung und eine aktive Fachkräfte-  
 1195 gewinnung geben.  
 1196 • Wir wollen eine **optimale Verzahnung** von Fördermaßnahmen mit der entsprechen-  
 1197 den Wärmenetzplanung. Hierbei wollen wir, dass die Fördermaßnahmen für grüne  
 1198 Nah- und Fernwärmenetze Vorrang haben.

- 1199 • Wir wollen, dass der **Bund die notwendigen Fördermittel** bereitstellt, um Betreiber  
 1200 von Wärmenetzen und deren Kunden Planungssicherheit zu geben.

- 1201 • Wir wollen, dass die **Sanierung von Gebäuden über Neubauten** steht. Langfristig  
 1202 verursachen Neubauten durch ‚graue Emissionen‘ mehr Emissionen als Sanierun-  
 1203 gen.  
 1204 • Wir wollen gezielte Förderprogramme für energieeffiziente Gebäudesanierungen, die  
 1205 insbesondere Mieterinnen und Mieter sowie Menschen mit geringem Einkommen un-  
 1206 terstützen. So sorgen wir dafür, dass klimafreundliches Wohnen nicht zum Luxusgut  
 1207 wird, sondern für alle zugänglich bleibt.  
 1208 • Wir wollen das **Abfallaufkommen im Bausektor verringern**. Eine Kreislaufwirt-  
 1209 schaft fördert die effiziente Nutzung von Ressourcen und kann die Emissionen lang-  
 1210 fristig reduzieren.  
 1211 • Wir wollen, dass die **Nutzung von nachhaltigeren Baustoffen** vermehrt erforscht  
 1212 und gefördert wird.  
 1213 • Wir wollen, dass bei der Beantragung von Fördermitteln für Neubau und Sanierung  
 1214 als zusätzliches Kriterium für die Förderfähigkeit eine **Betrachtung des Lebenszyk-**  
 1215 **lus** eines Bauwerkes mitgedacht wird.

1216

1217

## 1218 **Konsequente Umsetzung der Energiewende**

1219 Unser Ziel muss es sein, entstehende CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Verbrennung von fossi-  
 1220 len Energieträgern so konsequent wie möglich zu vermeiden. In Schleswig-Holstein sind wir  
 1221 mit der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien schon weit gekommen. Leider finan-  
 1222 zieren die Schleswig-Holsteiner dies alleine. Wir müssen aber auch im Blick behalten, dass  
 1223 die Energiewende nicht nur eine Stromwende ist, sondern wir auch weitere CO<sub>2</sub>-neutrale  
 1224 Energieträger, wie Biomethan oder grünen Wasserstoff in ausreichender Menge benötigen.

1225

- 1226 • Wir wollen, dass die **noch übrigen Kohlekraftwerke** konsequent abgeschaltet wer-  
 1227 den, wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energiegewinnung voranschreitet.  
 1228 • Wir wollen, nach **dänischem Vorbild**, viel stärker auf Biomethan als Erdgasersatz  
 1229 setzen, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Hierfür brauchen wir leistungsfähige Bio-  
 1230 gasanlagen und eine Flexibilisierung der Gesetzgebung, um den Einsatz nachwach-  
 1231 sender Rohstoffe zu Gunsten von Abfallstoffen zu reduzieren. So wird Biogas noch  
 1232 nachhaltiger und wirtschaftlicher.  
 1233 • Wir wollen Planungssicherheit für die Biogasbauern im Land, wie es nach dem Aus-  
 1234 laufen der EEG-Förderung für sie weitergehen kann. Dafür muss das Biogas als fle-  
 1235 xible Energiequelle auch Berücksichtigung in Planungen des Bundes, wie dem Kraft-  
 1236 werkssicherungsgesetz finden.

- 1237 • Wir wollen erneuerbare Energien da, wo sie Sinn machen. **Große Freiflächen-PV-**  
 1238 **Anlagen** dürfen nicht in Konkurrenz treten zur landwirtschaftlichen Nutzung wertvol-  
 1239 ler Flächen. Hier erwarten wir eine stärkere Regulierung, den Ausbau dürfen wir nicht  
 1240 unkontrolliert dem Markt überlassen.
- 1241 • Wir wollen die **Produktion von grünem Wasserstoff** aus überschüssigem Strom vo-  
 1242 ranbringen. Dafür muss der Strom bis mindestens 2028 netzentgeltfrei bleiben, um  
 1243 den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu fördern. Nur mit ausreichend grünem  
 1244 Wasserstoff kann es uns gelingen, Industrie und Verkehr zu dekarbonisieren.  
 1245

1246

### 1247 **Schnelleren Netzausbau und Netzentgelte senken:**

- 1248 • Wir wollen eine **Aufteilung des Strommarktes** in verschiedene und die Einrichtung  
 1249 von Strompreiszonen nach skandinavischem Vorbild. Das würde die Stromkosten der  
 1250 Schleswig-Holsteiner massiv verringern.
- 1251 • Wir wollen, dass die Netzentgelte weiter vereinheitlicht werden, um auch den Süden  
 1252 angemessen an den **Kosten der Energiewende** zu beteiligen. Es kann nicht sein,  
 1253 dass die Stromkosten da am höchsten sind, wo der günstigste Strom produziert wird.
- 1254 • Wir wollen das **Stromleitungsnetz ausbauen**. Dies soll nicht nur dem Transport un-  
 1255 serer erneuerbaren Energie in andere Regionen Deutschlands dienen, sondern ist  
 1256 vor allem eine unabdingbare Voraussetzung dafür, Schleswig-Holstein attraktiv für  
 1257 neue Industrieansiedlungen zu machen, die auf erneuerbare Energie angewiesen  
 1258 sind. Dabei muss ein direkter Anschluss von Industriekunden wie beispielsweise  
 1259 Northvolt] bedacht werden. Mit dem Ausbau wollen wir Abregelungen von Grünstrom-  
 1260 anlagen verringern.
- 1261 • Wir wollen einen **konsequenten Einspeisevorrang** für Strom aus erneuerbaren  
 1262 Energien.
- 1263 • Wir wollen die **Sektorenkopplung** weiter ausbauen. Die dafür benötigten Technolo-  
 1264 gien müssen gefördert werden, Forschung und Entwicklung müssen vorangebracht  
 1265 werden. Hier muss der Bund durch entsprechende Förderprogramme Anreize schaf-  
 1266 fen.
- 1267 • Wir wollen **attraktive Rahmenbedingungen** schaffen für Aufstellung und Betrieb von  
 1268 Batteriegroßspeichern, vor allem an Standorten mit vorhandener Strom-Infrastruktur.
- 1269 • Wir wollen, dass attraktive Rahmenbedingungen für **Bürger\*innenenergieparks** ge-  
 1270 schaffen werden, um die Akzeptanz der Energiewende vor Ort zu erhöhen.

1271

1272

### 1273 **Ladeinfrastruktur ausbauen**

1274 Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität muss als gesellschaftliche und staatliche  
 1275 Aufgabe begriffen werden.

1276

- 1277 • Wir wollen einen **konsequenten weiteren Ausbau von E-Schnellladern** für PKW  
 1278 und LKW. Den begonnenen Ausbau an den Autobahnen muss der Bund weiter voran-  
 1279 treiben. Der Ausbau muss dabei schneller sein als die Bedarfe steigen, um Anreize  
 1280 für die Elektromobilität zu schaffen.
- 1281 • Um einen schnellen **Umstieg auf die E-Mobilität** zu fördern, soll der Bund gewähr-  
 1282 leisten, dass die Ladeinfrastruktur bis 2035 so weit ausgebaut ist, dass der Betrieb

1283 von E-Kraftfahrzeugen überall in Deutschland problemlos möglich ist. Dazu muss  
 1284 sich der Bund auch als Auftraggeber für den Aufbau der Infrastruktur einbringen und  
 1285 entsprechende Aufträge vergeben.

- 1286 • Der Bund muss ein Förderprogramm auflegen, um Anreize zu schaffen, damit der  
 1287 Ausbau auch in den **Städten zügig vorangeht**.
- 1288 • Wir wollen, den **Bau von Ladesäulen an Mehrfamilienhäusern** steuerlich fördern.

1289  
 1290

### **Bürgerinnen und Bürger bei der Wärmewende nicht alleine lassen.**

1292 Um einen schnellen Umstieg auf das CO<sub>2</sub>-freie Heizen von Wohnungen zu fördern, soll der  
 1293 Bund gewährleisten, dass Wärmenetze dort (aus-)gebaut werden, wo sie ökologisch sinnvoll  
 1294 sind. Dazu muss sich der Bund auch als Auftraggeber für den Auf- beziehungsweise Ausbau  
 1295 der Wärmenetze einbringen und entsprechende Aufträge vergeben. Der Aufbau der dazu  
 1296 notwendigen Strukturen und erste Baumaßnahmen sollen in der kommenden Wahlperiode  
 1297 erfolgen. Es müssen Lösungen entwickelt werden, anstatt nur Daten vorzugeben, wann und  
 1298 wie die Menschen ihre Wärmeversorgung auf klimaneutral umstellen müssen. Es ist wichtig,  
 1299 dass wir die Bürgerinnen und Bürger bei der zukünftigen Wärmeversorgung nicht alleine las-  
 1300 sen. Zudem muss auch dort, wo eine Fernwärmeversorgung sichergestellt werden kann, bei  
 1301 den Preisen eine soziale Komponente eingeplant werden. Das Wohnen muss bezahlbar  
 1302 sein; da gehört das Heizen mit dazu.

1303

- 1304 • Wir wollen, dass der **Ausbau der Wärmenetze** als gesellschaftliche und staatliche  
 1305 Aufgabe betrachtet wird.
- 1306 • Wir wollen, dass alle **Neubauten des Bundes zwingend mit PV-Anlagen** ausgestat-  
 1307 tet werden sollen. Bei Sanierungen im Immobilienbestand des Bundes ist der Einbau  
 1308 von PV-Anlagen zwingend zu prüfen.

- 1309 • Wir wollen, dass der **Bund ein Kompetenzzentrum** aufbaut, welches Gemeinden  
 1310 bei der Ausarbeitung von Wärmekonzepten berät.

- 1311 • Wir wollen, dass der Bund die **Preisentwicklung von Fernwärme stärker über-**  
 1312 **wacht** als bisher.

- 1313 • Wir wollen, dass der **Bund/Staat mit gutem Beispiel vorangeht** und den Einsatz  
 1314 von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf Dächern von öffentlichen Gebäuden for-  
 1315 ciert.

1316

1317

1318

1319

1320

1321

1322

1323

1324

1325

1326

1327

1328

1329

1330

1331

1332

## 1333 **Schleswig-Holstein kommt zu kurz bei den Investitionen in** 1334 **der Verkehrsinfrastruktur**

1335 Schleswig-Holstein braucht eine moderne Infrastruktur, um die gesellschaftliche Transforma-  
1336 tion zum klimaneutralen Industrieland zu bewältigen und die Klimaziele zu erreichen. Dafür  
1337 sind erhebliche Investitionen des Bundes nötig. Eben diese Investitionen sind in den letzten  
1338 Jahrzehnten in Schleswig-Holstein nicht erfolgt. Das Ergebnis ist eine marode Infrastruktur  
1339 des Bundes im Norden. Sowohl bei der Straße, Schiene und Wasserstraße sind die ver-  
1340 säumten Investitionen für die Menschen jeden Tag sichtbar.

1341 Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen zur  
1342 Arbeit kommen, sich versorgen und soziale Kontakte pflegen können. Sie ist unerlässlich,  
1343 wenn es darum geht, Unternehmen und Betriebe mit Arbeitsmitteln zu beliefern und deren  
1344 Produkte zu den Märkten zu bringen. Sie ist ebenfalls eine Lebensader für den Tourismus  
1345 im Land; gerade der öffentliche Verkehr spielt hier eine herausragende Rolle.

1346  
1347 Klar ist auch, damit wir unsere Klimaziele erreichen, muss auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Ver-  
1348 kehrssektor konsequent gesenkt werden. Nur eine konsequente Verkehrswende kann erfolg-  
1349 reich sein. Dies kann durch Verkehrsverlagerung und -vermeidung, Effizienzsteigerung bei  
1350 allen Verkehrsträgern und stärkeren Einsatz von Elektromobilität erreicht werden. Dafür müs-  
1351 sen wir die Modernisierung und Ausbau der Bahn weiter vorantreiben. Sicher ist: Die Bahn  
1352 wird erst dann eine echte Alternative zum Individualverkehr werden, wenn sie funktioniert  
1353 und attraktiv für die Menschen in der Stadt und auf dem Land ist. Besonders auf dem Land  
1354 müssen wir jedoch weiterdenken. Nicht jedes Dorf hat einen Bahnanschluss und wird ihn  
1355 auch nicht bekommen. Auch diese Menschen müssen wir im Blick behalten und ihnen Mobi-  
1356 litätsangebote machen. Für uns steht fest: Mobilität ist ein öffentliches Gut. Sie muss zu-  
1357 gänglich und bezahlbar für die Menschen sein. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein einen  
1358 öffentlichen Verkehr bekommt, der diesem Anspruch gerecht wird. Unser Anspruch ist, dass  
1359 der Bund seiner Rolle bei Verkehrswende erfüllt.

1360  
1361

### 1362 **Mehr Investitionen des Bundes in den öffentlichen Verkehr**

1363 Der öffentliche Verkehr Teil der Daseinsvorsorge. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Men-  
1364 schen im Land, denn sie ermöglicht die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, an  
1365 Kommunikation, Bildung und am Arbeitsleben. Mobilität ist für viele Menschen die Vorausset-  
1366 zung für ihre Existenzsicherung. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Schie-  
1367 nenpersonennahverkehr (SPNV) müssen deshalb auch in Zukunft für alle bezahlbar sein,  
1368 und es muss ein dichtes Netz von ÖPNV-Verbindungen geknüpft werden. Dabei muss die  
1369 Bahn eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden, denn sie ist das  
1370 umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Wir wollen dafür die Förderung von leistungsfähigen und  
1371 nachhaltigen Lösungen im ÖPNV ausbauen, dazu gehören besonders schienengebundene  
1372 und autonome Systeme.

1373  
1374  
1375  
1376  
1377  
1378  
1379  
1380  
1381  
1382  
1383  
1384

- Wir wollen, dass der Bund deutlich **mehr Geld für Infrastruktur** bereitstellt. Das be-  
trifft sowohl den Erhalt bei Straße, Schiene und Wasserstraße sowie den unumgäng-  
lichen Aus- und Neubau bei der Schiene.
- Wir brauchen mehr **Verlässlichkeit bei der Finanzierung** unserer Infrastruktur. Wir  
fordern deshalb die Einrichtung eines überjährigen Infrastrukturfonds für Sanierung  
und den Aus- und Neubau.
- Wir fordern, dass die Ergebnisse der Verkehrsprognose 2040 für Schleswig-Holstein  
in die Erstellung des kommenden **Bundesverkehrswegeplan** einfließen.
- Wir wollen, dass der Bund die Bundesmittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsge-  
setz bedarfsgerecht auch über dem bisher geplanten Aufwuchs weiterentwickelt, um  
die **Verkehrswende** zu unterstützen. Wir streben an, dass der Bund perspektivisch

- 1385 den Ausbau der Stadtbahn Kiel über die Brücken im Bereich Kiel-Holtenau in den  
 1386 Kieler Norden und den Dänischen Wohld fördert.
- 1387 ● Wir stehen hinter dem **Deutschlandtakt** und fordern seine konsequente Umsetzung.  
 1388 Dazu zählen für uns auch Neubaustrecken, wie zwischen Hamburg und Hannover.
  - 1389 ● Wir wollen, dass das **Bahnnetz in Schleswig-Holstein verlässlicher** und resilienter  
 1390 wird. Deshalb fordern wir den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Stre-  
 1391 cke Neumünster-Bad Oldesloe sowie den Bau einer nördlichen Verbindungskurve der  
 1392 Strecke Husum-Jübek auf die Strecke Hamburg-Flensburg. Wir wollen, dass der  
 1393 Bund Resilienz bei der Kosten-Nutzen-Analyse von Verkehrsprojekten berücksichtigt.
  - 1394 ● Angesichts der veränderten verkehrlichen Entwicklung beim Personen- und Güterver-  
 1395 kehr fordern wir eine Überarbeitung der **Ausbaupläne für den Bahnknoten Ham-  
 1396 burg**. Die Ausbaupläne müssen noch mehr die Bedürfnisse von Regionen außerhalb  
 1397 der unmittelbaren Metropolregion widerspiegeln.
  - 1398 ● Wir wollen, dass bei der **Generalsanierung der Strecke Hamburg-Flensburg** die  
 1399 Beseitigung von Bahnübergängen und die Geschwindigkeitserhöhung der Strecke  
 1400 geprüft werden.
  - 1401 ● Wir wollen, dass der Bund in der kommenden Wahlperiode des Bundestages eine  
 1402 Machbarkeitsstudie für den Ersatzneubau der **Rendsburger Hochbrücke** in Auftrag  
 1403 gibt.
  - 1404 ● Wir begrüßen die Machbarkeitsstudie von DB, BMDV und dem Land Schleswig-Hol-  
 1405 stein zur **Eisenbahnhochbrücke Hochdonn** und wollen einen bedarfsgerechten  
 1406 Ausbau der Marschbahn, der auch die veränderten Güterverkehrsbedürfnisse an der  
 1407 Westküste Rechnung trägt. Klar ist für uns, dass der Ausbau für den Güterverkehr die  
 1408 Qualität des SPNV auf der Marschbahn nicht beeinträchtigen darf.
  - 1409 ● Wir wollen, dass der **zweigleisige Ausbau der Marschbahn** zwischen Niebüll und  
 1410 Westerland sicher in den Bau geht und der Bund die dafür nötigen Finanzmittel be-  
 1411 reitstellt. Nach jahrzehntelangem Zögern und Verschieben muss der Bund diesen  
 1412 überlasteten Schienenweg, die Lebensader der Insel Sylt, endlich ausbauen. Wir set-  
 1413 zen uns deshalb dafür ein, dass die Strecke bei etwaigen Priorisierungen von Aus-  
 1414 und Neubauprojekten des Bundes zu den priorisierten Projekten gehört.
  - 1415 ● Wir wollen, dass zwischen **Niebüll und Westerland** mehr SPNV verkehrt als heute.  
 1416 Dabei wollen wir insbesondere mehr Kapazitäten für den Personennahverkehr schaf-  
 1417 fen.
  - 1418 ● Wir wollen, dass die DB Fernverkehr AG auch in Zukunft **verlässlichen Verkehr** zu  
 1419 touristischen Destinationen anbietet. Als Eigentümer der DB AG hat der Bund dafür  
 1420 Sorge zu tragen, dass dies bei künftigen Beschaffungen von Zügen beachtet wird.  
 1421 Wir wollen insbesondere, dass Dagebüll und damit die Fähren nach Föhr und Amrum  
 1422 auch weiterhin an den Fernverkehr der Bahn angebunden sind.
  - 1423 ● Wir wollen das **Deutschlandticket** verstetigen. Wir erwarten, dass der Bund sich in  
 1424 einem angemessenen Maße an der Finanzierung beteiligt, um Preissteigerungen  
 1425 möglichst zu vermeiden. Das Deutschlandticket muss bezahlbar bleiben.
  - 1426 ● Wir wollen, dass das Deutschlandticket bundesweit um ein **Familienticket** er-  
 1427 gänzt wird. Ein solches Ticket soll Familien eine bezahlbare Möglichkeit bieten,  
 1428 gemeinsam zu reisen, und damit soziale Teilhabe fördern. Aktuell sind die Kosten  
 1429 für mehrere Personen oft eine Hürde, die spontane Mobilität und gemeinsame  
 1430 Unternehmungen erschwert. Ein Familienticket wäre ein wichtiger Schritt hin zu  
 1431 mehr Gerechtigkeit und Klimafreundlichkeit im öffentlichen Nahverkehr.

- 1432 ● Wir wollen, dass der Bund den **Zugang zum ÖPNV** für Berufspendler\*innen, Studie-  
 1433 rende, Auszubildende und Menschen in besonderen Lebenslagen gezielt gemeinsam  
 1434 mit den Ländern fördert.
- 1435 ● Wir wollen die **Schiff-Schiene-Kombinationen** ausbauen. Dazu muss eine effizien-  
 1436 te Entwicklung der Umschlagtechnologien mit guter Schienenanbindung unse-  
 1437 rer Häfen unterstützt werden.
- 1438 ● Wir wollen eine rasche **Sanierung und Modernisierung des Nord-Ostsee-Ka-**  
 1439 **nals**. Dies gilt für den Ausbau, die Schleusen, die Fähren sowie deren Anlege-  
 1440 stellen. Auch das Personal des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes muss auf-  
 1441 gestockt werden.

1442

1443

#### 1444 **Grenzüberschreitenden Verkehr entwickeln**

- 1445 ● Wir wollen, dass die Bundesregierung sich in stärker in die **Gestaltung** des grenz-  
 1446 überschreitenden Verkehrs zwischen Deutschland und Dänemark einbringt. Wir for-  
 1447 dern eine Teilnahme eines Vertreters des BMDVs an allen Sitzungen der Deutsch-  
 1448 Dänischen Verkehrskommission.
- 1449 ● Wir wollen den sogenannten **Jütlandkorridor** in seiner Gänze durch politische Ver-  
 1450 einbarungen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße stärken. Wir wol-  
 1451 len, dass die Bundesregierung die Entwicklung des Jütlandkorridors zusammen mit  
 1452 dem Land Schleswig-Holstein und Dänemark konstruktiv begleitet.
- 1453 ● Wir wollen, dass die Bundesregierung **die Strecke Flensburg-Maschen** bis 2030  
 1454 durchgängig mit dem Europäischen Zugsicherungssystem ERTMS ausstattet. Wir  
 1455 fordern, dass die Bundesregierung auf eine Doppelausrüstung der Strecke Hamburg-  
 1456 Flensburg verzichtet.
- 1457 ● Wir wollen, dass der Bund die Aufrüstung von **Bestandsfahrzeuge** mit ETCS-On-  
 1458 Board-Units fördert.
- 1459 ● Wir setzen uns für die Einrichtung eines neuen **deutsch-dänischen Grenzbahnhof**  
 1460 für den Personenverkehr in Flensburg-Weiche ein. Der Systemhalt an der deutsch-  
 1461 dänischen Grenze sollte möglichst vielen Passagieren zugutekommen.
- 1462 ● Wir wollen, dass der Bund sich aktiv für den **Ausbau des Nachtzugangebotes** in  
 1463 Europa einsetzt und eine Trassenpreisförderung für Nachtzüge insbesondere nach  
 1464 Skandinavien einführt.

1465

#### 1466 **Straßen erhalten und zielgerichtet ausbauen**

1467 Die Verkehrsinfrastruktur ist eine der Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Ent-  
 1468 wicklung. Doch wir wissen, dass unsere Verkehrsinfrastruktur in großen Teilen saniert wer-  
 1469 den muss. Dies muss dringend in den kommenden Jahren passieren, denn wir müssen  
 1470 uns auf wachsende Verkehrsströme einstellen. Der Nord-Süd-Verkehr wird weiter wach-  
 1471 sen. Wir wollen den „**Jütlandkorridor**“ von Hamburg bis Skagen durch politische Verein-  
 1472 barungen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße **stärken**.

- 1473 ● Wir wollen, dass dem **Erhalt, Sanierung und Ausbau** bestehender Straßen all-  
 1474 gemein **Vorrang** vor dem Bau neuer Strecken zu geben ist.
- 1475 ● Wir wollen, dass die **A20** mit westlicher Elbquerung bei Glückstadt konsequent  
 1476 **weitergebaut** wird. Damit entlasten wir das Nadelöhr Hamburg und stärken die  
 1477 Westküste.
- 1478 ● Wir wollen den **Ausbau der Westküstenmagistrale** – A23 und B5 – weiter vo-  
 1479 ranbringen. Dieser Verbindung muss mehr Bedeutung zugemessen werden,  
 1480 denn sie dient sowohl der wirtschaftlichen Erschließung der Westküste als auch

- 1481 der mittel- und langfristigen Entlastung der A7.
- 1482 ● Wir wollen ein **Überholverbot für LKW** zwischen dem Bordscholmer Dreieck
- 1483 und der dänischen Grenze ein.
- 1484 ● Wir wollen die **Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung** samt der
- 1485 **Fehmarnsundquerung** zügig und **umweltverträglich** umsetzen. Hierbei muss
- 1486 der Schall- und Erschütterungsschutz gewährleistet sein.
- 1487 ● Wir wollen die **Verkehrssicherheit** in den Städten **verbessern**, indem die Nach-
- 1488 rüstung mit **Abbiegeassistenten** für LKW und Busse vorgeschrieben wird.
- 1489 ● Wir lehnen Lang-LKW ab und setzen uns für ein Ende der Ausnahme-Verordnung
- 1490 des BMDV ein. Wir fordern bessere Absprachen mit Dänemark und eine effektive
- 1491 Verzahnung der jeweiligen nationalen Güterverkehrskonzepte.

1492  
1493

### Planung beschleunigen und Kapazitäten ausbauen

1495 *Um den Ausbau von Straßen- und Schieneninfrastruktur schneller voranbringen zu können,*

1496 *bedarf es eines schlankeren Planungsrechts. Die Planungszeiträume müssen kürzer und*

1497 *effektiver sein. Gleichzeitig darf das Beteiligungs- und Klagerecht nicht eingeschränkt wer-*

1498 *den.*

1499 *Der Umweltschutz und die individuellen Rechte Betroffener müssen gewährt bleiben. Viel*

1500 *mehr sollen digitale Hilfsmittel besser genutzt werden und beteiligte Behörden enger zu-*

1501 *sammenarbeiten. Außerdem brauchen die zuständigen Planungsbehörden ausreichend*

1502 *Personal.*

- 1503
- 1504 ● Wir wollen, dass **Infrastrukturprojekte** schneller und effizienter geplant und umge-
- 1505 setzt werden können. Planungsverfahren müssen dafür digitaler werden.
- 1506 ● Wir wollen, dass **Bürger:innen früh in Planungen** für Infrastrukturprojekte eingebun-
- 1507 den werden. Das stärkt die Akzeptanz in der Bevölkerung.

- 1508 ● Wir wollen eine **Ausweitung der Maßnahmengesetzgebung** nach dänischem Vorbild,
- 1509 bei welcher der Bundestag die Planung durch Gesetz beschließt. Auch hierbei muss wei-
- 1510 terhin eine Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben sein. **Die Verkehrswende muss kommen**
- 1511 Damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrssektor gesenkt werden kann, brauchen wir eine kon-
- 1512 sequente Verkehrswende. Dies kann durch Verkehrsverlagerung und -vermeidung, Effi-
- 1513 zienzsteigerung bei allen Verkehrsträgern und stärkeren Einsatz von Elektromobilität er-
- 1514 reicht werden. Ziel muss es sein, die Modernisierung der Bahn (inklusive des Rollmateri-
- 1515 als) voranzutreiben. Es gibt einen Bedarf für einen verlässlichen Deutschlandtakt (positi-
- 1516 ves Beispiel ist die Schweiz), damit das Reisen mit der Bahn komfortabler und attraktiver
- 1517 wird. Dazu gehört der Ausbau von Verbindungen ebenso wie preiswerte Tickets. Nur
- 1518 durch eine Kombination beider Ansätze werden die Passagierzahlen kontinuierlich stei-
- 1519 gen.

- 1520 ● Wir wollen **ausreichende Investitionen** in den Ausbau der **Schieneinfrastruktur**.
- 1521 Vor allem Güterverkehre müssen konsequent auf die Schiene verlagert werden.
- 1522 Insbesondere Multimodal-Transport bietet hier enorme Potenziale und sollte vom
- 1523 Bund aktiv gefördert werden. Nur so können wir den Verkehrssektor dekarbonisie-
- 1524 ren.
- 1525 ● Wir wollen, dass **Sanierung und Ausbau von Schienenstrecken** im Nahverkehr
- 1526 weiter vorangetrieben werden. Bei der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken
- 1527 muss differenziert vorgegangen werden.



- 1528 ● Wir wollen, dass der Bund das Trassenpreissystem für die Schiene zügig reformiert,  
 1529 um Fehlanreize und Verkehrsverlagerungen bei Fern- und Nah- und Güterverkehr zu  
 1530 vermeiden.
- 1531 ● Wir wollen, dass der Bund die Attraktivität von Bahnhöfen und Haltestellen fördert.
- 1532 ● Wir wollen, dass Bund und Länder die gesetzliche Grundlage für die Regionalisie-  
 1533 rungsmittel neu regeln. Ein guter öffentlicher Verkehr braucht eine verlässliche Finan-  
 1534 zierungsgrundlage. Das betrifft sowohl den ÖPNV als auch den SPNV. Die alljährli-  
 1535 chen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind dabei nicht zielführend. Be-  
 1536 sonders Flächenländer wie Schleswig-Holstein stehen beim Ausbau von ÖPNV und  
 1537 SPNV vor besonderen Herausforderungen, die bisher nicht genügend bei der Mittel-  
 1538 verteilung berücksichtigt werden.
- 1539 ● Wir wollen die Innenstädte vom Autoverkehr entlasten. Dafür brauchen wir eine bes-  
 1540 sere Verzahnung unterschiedlicher Mobilitätsformen, bei der die Verknüpfung von  
 1541 Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr durch Mobilitätsstationen gestärkt wird.
- 1542 ● Wir wollen, dass der Bund die Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern  
 1543 durch entsprechende Förderprogramme zielgerichtet vorantreibt. Wir setzen uns für  
 1544 die Realisierung des Innenstadtbahnhofs in Flensburg ein und wollen uns für eine  
 1545 Bundesförderung einsetzen.
- 1546 ● Wir wollen, dass der Bund die Verkehrswende auf dem Land stärker und zielgerichtet  
 1547 fördert. Wir wollen, dass Projekte wie SMILE24 durch eine langfristige Förderung ver-  
 1548 stetigt werden. Erst durch langfristige und verlässliche finanzierte Angebote werden  
 1549 sich Mobilitätsbedürfnisse ändern.
- 1550 ● Wir wollen ein **generelles Tempolimit von 130 km/h** auf den Autobahnen. Die  
 1551 Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen kostet nichts, ist sofort umsetzbar,  
 1552 erhöht die Verkehrssicherheit und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz.
- 1553 ● **Wir wollen**, dass Deutschland sich auch in Europa zu für den Verkehrssektor ver-  
 1554 bindlichen Flottengrenzwerten bekennt. Nur so kann die Wende hin zur Elektromob-  
 1555 ilität gelingen.
- 1556 ● Wir wollen, dass der Bund **innovative Verkehrskonzepte** im ländlichen Raum stär-  
 1557 ker und dauerhaft fördert und den Menschen echte Alternativen zum Individualver-  
 1558 kehr bietet. Perspektivisch muss es überall im ländlichen Raum neben den Linien-  
 1559 bussen auch Anrufbusse und Carsharing-Angebote geben, damit die Menschen  
 1560 wirklich die Möglichkeit haben, das eigene Auto stehen zu lassen.
- 1561 ● **Wir wollen** ein gesetzliches Tempolimit von 130 km/h für Kraftfahrzeuge. Die Ein-  
 1562 führung eines Tempolimits auf Autobahnen kostet nichts, ist schnell umsetzbar und  
 1563 senkt den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Verkehrs deutlich.
- 1564 ● Wir wollen die Dekarbonisierung bei der Mobilität vorantreiben. Wir wollen, dass un-  
 1565 sere Züge in Schleswig-Holstein mit den hier produzierten erneuerbaren Energie un-  
 1566 terwegs sein können. Deshalb setzen wir uns für die Einspeisung von Windenergie in  
 1567 das Bahnstromnetz etwa in Niebüll ein. Wir wollen, dass auch im ländlichen Raum  
 1568 genügend Ladesäulen für E-Autos entstehen.
- 1569 ● Wir wollen einen konsequenten weiteren Ausbau von E-Schnellladern für PKW und  
 1570 LKW. Den begonnenen Ausbau, insbesondere an den Autobahnen, muss der Bund  
 1571 weiter vorantreiben. Der Ausbau muss dabei schneller sein als die Bedarfe steigen,  
 1572 um Anreize für die Elektromobilität zu schaffen.
- 1573 ● Wir wollen, dass Projekte mit grünem Wasserstoff als Antriebstechnologie für  
 1574 Schiffe, Flugzeuge und Schwerlastverkehr vorangebracht werden.
- 1575

1576  
1577  
1578  
1579  
1580  
1581  
1582  
1583  
1584  
1585  
1586  
1587  
1588  
1589  
1590  
1591  
1592  
1593  
1594  
1595  
1596  
1597  
1598

### Maritime Infrastruktur fördern

- Wir wollen, dass der Bund auch in einem erheblich größeren Umfang an der Finanzierung unserer Häfen in Schleswig-Holstein beteiligt. Unsere Erwartung ist, dass Bund und Land die Entwicklung gemeinsam vorantreiben.
- Wir wollen, dass vor allem Häfen in Schleswig-Holstein beim Ausbau von Hafenhinterlandanbindungen stärker in den Blick genommen werden. Insbesondere fordern wir eine bessere Anbindung des Hafens in Brunsbüttel.
- Wir wollen eine rasche Sanierung und Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals. Dies gilt für den Ausbau, die Schleusen, die Fähren sowie deren Anlegestellen. Auch das Personal des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes muss aufgestockt werden.
- Wir wollen die **Emissionen in der Schifffahrt** auf Grenzwerte, die denen an Land entsprechen, indem wir alternative Antriebssysteme fördern. Hier sind insbesondere grüner Wasserstoff, Methanol und Biodiesel in den Fokus zu nehmen. Vor allem für den Nord-Ostsee-Kanal wollen wir strenge Grenzwerte einführen. Wir wollen, dass der Bund dafür seine Forschungs- und Umrüstungsförderung weiter ausbaut.
- Wir wollen, dass Landstromverbindungen in den Häfen verstärkt ausgebaut werden, um Luftschadstoff- und Lärmemissionen während der Liegezeiten zu verringern. Wir fordern, dass dabei auch die kleinen Häfen an der Westküste in den Blick genommen werden.

### Fahrradinfrastruktur modernisieren und Radverkehr fördern

1600 Das Fahrrad, ob mit oder ohne elektrischen Hilfsantrieb, ist ein emissionsfreies, umwelt-  
1601 freundliches und dennoch schnelles und günstiges Verkehrsmittel, das sehr viel zur Ver-  
1602 kehrsverlagerung beitragen kann – wenn die Infrastruktur stimmt. Hier sind unsere Nach-  
1603 barn in Dänemark und den Niederlanden uns weit voraus. Wir sollten uns an diesen Vorbil-  
1604 dern orientieren, moderne Radwege und ausreichende Abstellmöglichkeiten errichten sowie  
1605 die Sicherheit von Radfahrenden höher priorisieren. Insbesondere auf kürzeren Strecken bis  
1606 5 oder 10 km kann das Fahrrad am ehesten das Auto ersetzen. Lademöglichkeiten für E-  
1607 Bikes und abschließbare Unterstände für Räder inklusive Gepäck (Tourismus, Einkaufspen-  
1608 deln) steigern die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel noch weiter.

- Wir wollen eine **bessere Fahrradinfrastruktur nach dänischem und niederländischem Vorbild**.
- Wir wollen bessere Bike-and-Ride-Angebote. Dafür soll der Ausbau von **Abstell- und Lademöglichkeiten** für Fahrräder, E-Bikes und Lastenrädern insbesondere in kleineren Orten gefördert werden.
- Wir wollen, dass der Bund Ladestationen in Dorfzentren (z.B. vor Supermärkten im ländlichen Raum) durch ein entsprechendes Förderprogramm unterstützt.
- Wir wollen **die Sicherheit von Radfahrenden** und anderen Verkehrsteilnehmern **erhöhen**, z.B. durch ein innerörtliches Tempolimit von 30 km/h auf Straßen, die nicht vorrangig dem Durchgangsverkehr dienen.

1619  
1620  
1621  
1622  
1623

## 1624 **Der Küstenschutz in Schleswig-Holstein muss Priorität ha-** 1625 **ben**

1626 Als Land zwischen den Meeren ist Schleswig-Holstein mit seiner Nord- und Ostseeküste  
1627 besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Steigende Meeresspiegel, häufigere  
1628 Sturmfluten und Küstenerosion bedrohen nicht nur die Natur, sondern auch die Lebens-  
1629 grundlage der Menschen in der Region. Ein wirksamer Küstenschutz ist deshalb unverzicht-  
1630 bar und muss über Ländergrenzen hinweg als nationale und internationale Aufgabe verstan-  
1631 den werden. Nur mit einer entschlossenen Unterstützung durch den Bund können wir die  
1632 Deiche und Schutzanlagen nachhaltig sichern und an zukünftige Herausforderungen anpas-  
1633 sen.

- 1634 • Wir wollen einen **Beauftragten der Bundesregierung für den Küstenschutz**, um  
1635 die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu verbessern.
- 1636 • Wir wollen, dass der Bund sich auch an **internationalen Formaten** und dem Aus-  
1637 tausch mit Nachbarländern wie Dänemark im Bereich des Küstenschutzes beteiligt.  
1638 Sturmfluten kennen keine Landesgrenzen, deshalb muss der Küstenschutz grenz-  
1639 überschreitend gedacht und koordiniert werden.
- 1640 • Wir wollen, dass der **Küstenschutz konsequent** in Klimaanpassungskonzepten des  
1641 Bundes mitgedacht werden.
- 1642 • Wir wollen in Zusammenarbeit mit der **Insel- und Halligkonferenz** die Sichtbarkeit  
1643 für die besonderen Bedürfnisse der Inseln und Halligen in Schleswig-Holstein im  
1644 Bund stärken.
- 1645 • Wir wollen, dass die Bundesregierung regelmäßig über die **Situation an den Küsten**  
1646 und die Küstenschutzeinrichtungen informiert, Vergleichbarkeit schafft, Nachholbe-  
1647 darf offenlegt und so eine Grundlage für nachhaltige Investitionen des Bundes zur Si-  
1648 cherung der deutschen Küsten schafft.
- 1649

1650

## 1651 **Nationale Verantwortung im Küstenschutz und gezielte Investitionen**

1652 Klimawandel, steigende Meeresspiegel, mehr Extremwetterlagen und zunehmende Sturmflu-  
1653 ten sind Gefahren für unsere Küsten und erfordern entschlossenes Handeln sowie Investitio-  
1654 nen in den Küstenschutz. Der Küstenschutz ist Bevölkerungsschutz und damit eine gesamt-  
1655 staatliche Aufgabe. Angesichts der Dimension der Herausforderungen, die mit der Sicherung  
1656 und Ertüchtigung von Deichen, Dämmen und Abwassersystemen nötig sind, muss der Bund  
1657 sich in einem umfassenderen Maße als bisher in den Schutz unserer Küsten einbringen.

- 1658 • Wir wollen einen **regelmäßigen Küstenschutzbericht** des Bundes einführen,  
1659 der das Schutzniveau an den deutschen Küsten dokumentiert, den Zustand  
1660 der Küstenschutzeinrichtungen überwacht und die Grundlage für nachhaltige  
1661 und zielgerichtete Investitionen des Bundes schaffen soll.
- 1662 • Wir wollen, dass der Bund **ausreichend Haushaltsmittel** zur langfristigen Si-  
1663 cherung des Küstenschutzes bereitstellt. Dabei ist es unerlässlich, dass der  
1664 Bund in Absprache mit den Küstenländern auch Ersatzneubauten und den  
1665 Unterhalt bestehender Küstenschutzanlagen und wasserwirtschaftlicher Bau-  
1666 werke fördern kann.
- 1667 • Wir wollen, dass unsere **Wasser- und Bodenverbände** gestärkt werden.
- 1668 • Wir wollen einen **Bürokratieabbau beim Küstenschutz**, der es den kommuna-  
1669 len Behörden und Wasser- und Bodenverbänden ermöglicht, Küstenschutz-  
1670 projekte zielgerichteter, schneller und mit weniger Verwaltungsaufwand umzu-  
1671 setzen.
- 1672 • Wir wollen, dass **Küstenschutz und Umweltschutz** in Einklang gebracht  
1673 werden.
- 1674 •

## 1675 **Verpflichtende Elementarschadenversicherung und Vorsorge im Katastrophen-** 1676 **fall**

1677 Extreme Wetterlagen und Naturkatastrophen verursachen bereits heute verheerende Schä-  
1678 den. Viele Menschen stehen nach solchen Ereignissen vor dem Ruin und oft ohne Versiche-  
1679 rungsschutz. Ein verpflichtendes Versicherungssystem, das auf Solidarität basiert, würde  
1680 Menschen besser absichern und gleichzeitig die Vorsorge verbessern. Es ist daher dringend  
1681 notwendig, bundesweit Standards und Unterstützung für den Katastrophenfall zu schaffen.

- 1682
- 1683 • Wir wollen eine **Elementarschadenversicherung** einführen, die die gesamte
- 1684 Bandbreite der Naturgefahren in Deutschland abdeckt. Dazu gehören zwin-
- 1685 gend auch Sturmfluten an unseren Küsten. Wir wollen, dass die Elementar-
- 1686 schadenversicherung ein verpflichtender Bestandteil der Gebäudeversiche-
- 1687 rungen wird. Wer eine Gebäudeversicherung abschließt, muss in Zukunft
- 1688 auch über eine Elementarschadenversicherung verfügen. Die Gebäudeversi-
- 1689 cherung selbst ist jedoch nicht verpflichtend.
- 1690 • Wir wollen, dass der Schutz vor Naturkatastrophen auf eine solidarische
- 1691 Grundlage gestellt wird. Um extreme Schadensereignisse aufzufangen, wol-
- 1692 len wir einen solidarischen, nationalen Naturkatastrophenfonds nach däni-
- 1693 schem Vorbild aufbauen, der sich aus Beiträgen der Versicherer aus Versi-
- 1694 cherungspolice speist und durch staatliche Garantien abgesichert ist.“
- 1695 • Wir wollen eine **Finanzierung des Katastrophenschutzes** durch einen Soli-
- 1696 daritätsfonds sicherstellen, der auf einer gemeinsamen, staatlich abgesicher-
- 1697 ten Basis steht und Regionen mit hohem Schadensrisiko unterstützt.
- 1698 • Wir wollen den Fonds anteilig für **Präventivmaßnahmen und Klimaanpas-**
- 1699 **sungen** einsetzen, um Risiken für die Bevölkerung zu minimieren und die Wi-
- 1700 derstandsfähigkeit betroffener Gebiete zu erhöhen.
- 1701
- 1702

## 1703 **Stärkung des Bevölkerungsschutzes unter dem Druck zunehmender Bedro-** 1704 **hungen.**

1705 Unsere Anstrengungen für präventive Maßnahmen und akutes Notfallmanagement müssen  
1706 besser zusammengedacht werden. Einerseits müssen wir uns bestmöglich auf Schadenser-  
1707 eignisse vorbereiten. Andererseits müssen wir dazu in der Lage sein, im Katastrophenfall  
1708 schnell und koordiniert einzugreifen. Spätestens mit dem Beginn des Ukraine-Krieges ist  
1709 klar, dass sich die vielfältigen Bedrohungen, vor denen unser Land steht, sich verschärft ha-  
1710 ben. Die hybride Bedrohungslage im gesamten Ostseeraum und in der Nordsee fordert un-  
1711 ser Handeln. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere kritische Infrastruktur, ob an Land  
1712 oder auf See, geschützt ist. Auch die Zunahme von Extremwetterereignissen durch die Fol-  
1713 gen des Klimawandels erfordern einen modernen und resilienten Bevölkerungsschutz in  
1714 Deutschland. Die Sicherheit unserer Bevölkerung, insbesondere in gefährdeten Küstenregio-  
1715 nen, und der Schutz vor Naturkatastrophen müssen zur Priorität werden. Dabei sehen wir  
1716 eine engere, überregionale Zusammenarbeit als zentrale Grundlage für eine robuste und zu-  
1717 kunftsfähige Gefahrenabwehr. Es gilt, sowohl die personellen als auch die technischen Ka-  
1718 pazitäten unserer Einsatzkräfte auszubauen und regionalen Bedürfnissen gerecht zu wer-  
1719 den. Der Schutz der Bevölkerung, unserer Küsten und unserer kritischen Infrastruktur ist  
1720 eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die jetzt nachhaltige Investi-  
1721 tionen und eine zielgerichtete Zusammenarbeit erfordert. Wir brauchen jetzt die Bereitschaft,  
1722 die Dinge anzupacken.

- 1723 • Wir wollen eine grundlegende Überarbeitung des **Katastrophenhilfeabkom-**
- 1724 **mens mit Dänemark**, um eine wirksamere, grenzüberschreitende Zusam-
- 1725 menarbeit im Bevölkerungsschutz zu fördern. Gerade in Grenzregionen im
- 1726 Ostseeraum muss einheitliches Handeln in Krisen gewährleistet sein.
- 1727 • Wir wollen eine **bessere Ausstattung** und die gezielte Förderung der Ehren-
- 1728 amtsstrukturen sicherstellen. Einsatzkräfte sollen mit moderner und Ausrüs-

- 1729  
1730  
1731  
1732  
1733  
1734  
1735  
1736  
1737  
1738  
1739  
1740  
1741  
1742  
1743  
1744  
1745  
1746  
1747  
1748  
1749  
1750  
1751  
1752  
1753  
1754  
1755  
1756  
1757  
1758  
1759  
1760  
1761  
1762  
1763  
1764  
1765  
1766  
1767
- tung, Schutzmaterial, digitalen Kommunikations- und Einsatzplattformen arbeiten können. Dazu gehört auch eine Stärkung der Einsatzausbildung und verbesserte Möglichkeiten zur Fortbildung.
- Wir wollen, dass die **Ausstattung von Katastrophenschutzorganisationen** den besonderen Anforderungen in küstennahen Gebieten gerecht wird, um die bestmöglichen Bedingungen für ihre Aufgabenwahrnehmung zu schaffen.
  - Wir wollen schnellere und zentralisierte **Lageerfassungsstrukturen**, damit kommunale Behörden und Einsatzkräfte zentralen Zugriff auf eine einheitliche aktuelle Datenbasis haben, um zeitnah auf Katastrophen reagieren zu können.
  - Wir wollen die **Warnstrukturen** weiter stärken und modernisieren und an erfolgreiche Modelle wie das Sirenenförderprogramm des Bundes anknüpfen.
  - Wir wollen, dass Warnmeldungen in grenznahen Gebieten auf beiden Seiten der Grenze gleich sind. Beim Aufbau der neuen Warn-Plattformen des Deutschen Wetterdienstes und des dänischen Meteorologischen Institut muss dies berücksichtigt werden.
  - Wir wollen **zivile Schutzeinrichtungen** wieder einsatzfähig machen und fordern ein neues Schutzraumkonzept.
  - Wir wollen den **Schutz kritischer Infrastruktur** nach dem All-Gefahren-Ansatz vorantreiben und vor dem Hintergrund der hybriden Gefahrenlage eine verbesserte Abstimmung von Maßnahmen zur Stärkung der physischen Sicherheit und Cybersicherheit. Bei der Umsetzung benötigen wir eine effiziente Informationsteilung zwischen Betreibern von kritischer Infrastruktur und unseren Behörden. Dabei ist es uns wichtig, dass die Betreiber nicht von unnötiger Bürokratie erdrückt werden.
  - Wir wollen den ständigen Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu Anliegen unseres **Bevölkerungsschutzes** weiter stärken.
  - Wir wollen ein **Seesicherheitsgesetz**, das die maritimen Kompetenzen des Bundes bündelt und die im Ernstfall geltenden Zuständigkeiten in deutschen Gewässern regelt. Wir müssen im Ernstfall schnell und koordiniert mit unseren Nachbarländern eingreifen können. Darum wollen wir, dass die Befugnisse der Bundespolizei auf See erweitert werden, um sie der Bedrohungslage anzupassen.
  - Wir wollen eine angemessene finanzielle Ausrüstung des **Havariekommandos** in Cuxhaven sicherstellen, um die Kapazitäten und den Austausch zwischen Bund und Ländern für ein ganzheitliches maritimes Notfallmanagement in sowohl Ost- als auch Nordsee weiter zu fördern

### **Attraktivität und Modernisierung der ehrenamtlichen Strukturen im Bevölkerungsschutz vorantreiben**

1768  
1769  
1770  
1771  
1772  
1773  
1774  
1775  
1776  
1777

Die Einsatzbereitschaft und Handlungsfähigkeit unserer Einsatz- und Katastrophenschutzorganisationen beruhen zu einem großen Teil auf dem Engagement ehrenamtlicher Kräfte. Um die flächendeckende Einsatzfähigkeit zu gewährleisten und Nachwuchskräfte zu gewinnen, braucht es eine kontinuierliche Unterstützung und Anerkennung dieser unverzichtbaren Dienste. Der Bevölkerungsschutz benötigt ein modernes und integratives Ehrenamt, das die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Organisation erfüllt und Ehrenamtlichen Perspektiven und Sicherheit bietet.

- Wir wollen eine **verbesserte Vereinbarkeit von Beruf, Familie** und Ehrenamt schaffen, indem wir ehrenamtlichen Einsatzkräften flexiblere Freistellungsregelungen und zivil anwendbare Ausbildungen anbieten.
  - Wir wollen die **finanzielle Basis** unserer Einsatz- und Katastrophenschutzorganisationen durch eine langfristige, auskömmliche Finanzplanung sicherstellen, um Ersatzbeschaffungen und einen strukturellen Ausbau verlässlich zu finanzieren.
- 1778  
1781  
1782  
1783

## 1784 **Umweltpolitik muss Mensch und Natur konsequent schützen** 1785

1786 Das Konzept der planetaren Grenzen beschreibt neun kritische Umweltgrenzen, innerhalb  
1787 derer die Menschheit sicher und nachhaltig leben kann. Diese Grenzen definieren einen "si-  
1788 cheren Handlungsraum" für die menschliche Entwicklung auf der Erde. Studien zeigen, dass  
1789 bereits sechs dieser neun Grenzen überschritten sind: Klimawandel, Biosphärenintegrität,  
1790 Biodiversitätsverlust, Landnutzungsänderungen, biogeochemische Flüsse, Süßwasserver-  
1791 brauch, neuartige Substanzen.

1792 Auch wenn der Klimawandel dramatische Formen annimmt und schon heute überall auf der  
1793 Welt spürbar ist und eine entsprechende mediale Aufmerksamkeit erfährt, gibt es noch wei-  
1794 tere, teils drängendere Herausforderungen für die menschliche Zivilisation. Die größte von  
1795 Ihnen ist der Verlust der Artenvielfalt. Dieser hat weitreichende und schwerwiegende Folgen  
1796 für Ökosysteme, Wirtschaft, Gesellschaft und das globale Klima.

1797 **Ökologisch** führt er zur Störung von Nahrungsketten und verringert die Widerstandsfähigkeit  
1798 von Ökosystemen. **Wirtschaftlich** reduziert er die landwirtschaftliche Produktivität, gefährdet  
1799 Arbeitsplätze und erhöht Kosten für Naturkatastrophen. **Global** verstärkt er den Klimawan-  
1800 del, erhöht das Risiko abrupter Ökosystemveränderungen und gefährdet Lebensgrundlagen,  
1801 besonders in Entwicklungsländern. Insgesamt bedroht der Artenverlust die Stabilität ganzer  
1802 Ökosysteme und damit die Grundlagen menschlichen Wohlstands und Überlebens.

1803 Die Zeit des Zauderns und Zögerns muss bei diesen beängstigenden Aussichten endgültig  
1804 der Vergangenheit angehören. Die Transformation hin zu einer klimagerechten Welt, die im-  
1805 mer auch den Erhalt der Artenvielfalt im Blick hat, kann nur gelingen, wenn wir jetzt gegen-  
1806 steuern!

1807 Über Erfolg oder Misserfolg entscheiden dabei weniger die technischen Grenzen, sondern  
1808 der gesellschaftliche und politische Wille zur Veränderung. Mit unserer Umweltpolitik möch-  
1809 ten wir die Einhaltung ökologischer Belastungsgrenzen sicherstellen.

1810 Natürlich gilt es in diesem Zusammenhang auch die relevanten Nachhaltigkeitsziele (SDGs)  
1811 der Vereinten Nationen zu berücksichtigen und zu verfolgen.

1812

1813

## 1814 **Mehr Umwelt- und Naturschutz**

1815 Das Artensterben und die Zerstörung von Natur und Landschaft sowie wichtiger Lebens-  
1816 räume setzen sich fort. Die biologische Vielfalt nimmt ab. Das Artensterben und der Rück-  
1817 gang von Arten kann immer wieder darauf zurückgeführt werden, dass Lebensräume und  
1818 Lebensgrundlagen vernichtet werden oder gefährdet sind. Diese Entwicklung darf sich nicht  
1819 länger fortsetzen, der Flächenfraß muss gestoppt werden. Naturschutzfachlich bedeutsame  
1820 Lebensräume müssen besser geschützt werden.

1821 Naturschutzpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur eine Aufgabe der  
1822 Landwirtschaft. Bürger:innen, Firmen, Kommunen, Vereine und Stiftungen sind in diesem  
1823 Bereich aktiv oder möchten aktiv werden, da sie sich verpflichtet fühlen, einen Beitrag zum  
1824 Erhalt der Natur zu leisten.

1825

- 1826 • Wir wollen, dass die Strategie zur **Verringerung des Flächenverbrauchs** im Land effektiv  
1827 umgesetzt wird.
- 1828 • Wir wollen auf Bundesebene den § 13b im Baugesetzbuch novellieren. Hier muss ein grö-  
1829 ßerer Schwerpunkt auf der **Umweltprüfung** liegen, um den Flächenfraß einzudämmen,  
1830 denn Boden ist nicht unendlich.
- 1831 • Wir wollen, dass der **Moorschutz** sowie der Schutz der Niederungsbereiche und des Grün-  
1832 landes verstärkt werden. Entsprechende Programme müssen auf ihren Erfolg hin evaluiert  
1833 und gegebenenfalls verbessert werden.
- 1834 • Wir wollen den **Schutz der Wälder** weiter verbessern. Es darf künftig keine illegalen Ro-  
1835 dungen von Waldflächen geben.
- 1836 • Wir wollen, dass unsere Wälder den **Herausforderungen des Klimawandels** und den  
1837 Wetterextremen standhalten. Dafür müssen wir sie auf entsprechende Baumarten und Al-  
1838 tersstrukturen umstellen.
- 1839 • Wir wollen einen **biologischen Klimaschutz** als Landschaftspflegemaßnahme in Feucht-  
1840 wiesen und Mooren ohne landwirtschaftliche Nutzung ermöglichen.
- 1841 • Wir wollen den Einsatz für **regionalen Naturschutz** stärken und entsprechende Initiativen  
1842 unterstützen. Der freiwillige Einsatz, beispielsweise für das Anlegen oder Renaturieren von  
1843 Moor-, Wald- oder Trockenrasenbiotopen, muss gestärkt werden.
- 1844 • Wir wollen das 2024 getroffene sogenannte **dänische Grøn Trepert-Abkommen** als Inspi-  
1845 ration für die CO<sup>2</sup>-Reduktion in der deutschen Landwirtschaft nutzen. Des Weiteren wollen  
1846 wir, dass Deutschland mit Dänemark gemeinsam an einer Reduzierung der Stickstoffemissi-  
1847 onen in der Ostsee arbeitet.  
1848  
1849
- 1850 **Müll reduzieren und Ressourcen schonen**
- 1851 Der sogenannte „Earth Overshoot Day“, der Welt-Erschöpfungstag, macht jedes Jahr deut-  
1852 lich, wann das globale Ressourcenbudget für das jeweilige Jahr aufgebraucht ist. Dieser Je-  
1853 des Jahr ist dieser Tag früher. Inzwischen bräuchten wir rund 1,6 Erden, damit sich die Öko-  
1854 systeme regenerieren können, darum müssen wir Müll reduzieren und Ressourcen schonen.
- 1855 • Wir wollen, dass die **Mehrweg- und Pfandsysteme** weiter ausgebaut werden. Der Ge-  
1856 brauch von Einwegplastik muss der Vergangenheit angehören. Dabei wollen wir auch, dass  
1857 die Bundesregierung sich im Sinne der neuen EU-Verpackungsverordnung für grenzüber-  
1858 schreitende Pfandsysteme einsetzt, die es dem Grenzhandel in der strukturschwachen  
1859 deutsch-dänischen Grenzregion ermöglicht, dass in Deutschland gekaufte Dosenpfand in  
1860 Dänemark zurückgegeben werden kann.  
1861
- 1862 • Wir wollen, dass der **Nachhaltigkeitsgedanke** auch in der Bauwirtschaft stärker Berück-  
1863 sichtigung findet, um unsere Deponien zu entlasten.
- 1864 • Wir wollen, dass **recycelte Baustoffe und Abbruchabfälle** aus der Bauwirtschaft wieder  
1865 genutzt und verwertet werden. Das Recyclingpotenzial von Baustoffen muss genutzt werden.
- 1866 • Wir wollen einen **Ressourcenschutz** bei der Nutzung der endlichen Sand- und Kiesvor-  
1867 kommen.

- 1868 • Wir wollen die Wirtschaft darin unterstützen, nachhaltige und innovative **Produktionsket-**  
1869 **ten und -wege für Baumaterial** zu finden.
- 1870 • Wir wollen, dass Biomüll und Kompost **frei von Fremdstoffen**, z. B. Plastik, sind – es darf  
1871 dafür keine Mindestmengenregelung geben.
- 1872
- 1873
- 1874 **Kein CO2-Endlager in der Nordsee oder eine CO2-Pipeline durch Schleswig-**  
1875 **Holstein oder Ausbau der LNG-Infrastruktur**
- 1876 Der Kampf gegen ein CO2-Endlager in Schleswig-Holstein war eigentlich längst vom Tisch.  
1877 Sowohl in Bund als auch im Land sind aber die Regierungen gekippt und haben eine Kehrt-  
1878 wende eingeleitet. Demnach seien für unvermeidbare Restemissionen weitere Maßnahmen  
1879 wie CCS und CCU erforderlich, um die Klimaziele zu erreichen. Wir stehen zu den Klimazie-  
1880 len. Es ist aber die Frage, welchen Weg wir dabei einschlagen wollen. Wir haben uns immer  
1881 dafür ausgesprochen die regenerativen Energien auszubauen. Wir wollen weg von den fossi-  
1882 len Energieträgern, die Energieeffizienz muss erhöht werden und die Energieeinsparungen  
1883 müssen vorangetrieben werden. Genau bei diesem Punkt springt die Kette ab. Denn die  
1884 Etablierung der CCS-Technologie ist nicht nur teuer, das Abscheiden, der Transport und das  
1885 Speichern von CO2 ist auch energieintensiv. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass  
1886 der Einsatz der CCS-Technologie den Verbrauch der fossilen Rohstoffe um bis zu 40 Pro-  
1887 zent erhöht.
- 1888 Wir bleiben dabei: CCS ist eine klimapolitische Sackgasse. Genau wie LNG verlängert diese  
1889 Technologie lediglich die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und ist damit ein Sargna-  
1890 gel für die Energiewende. Zudem gehen damit neue Risiken für Mensch und Umwelt einher,  
1891 die niemand dauerhaft ausschließen kann.
- 1892 Während viele Möglichkeiten der CO2-Vermeidung ungenutzt bleiben, soll der Dreck schon  
1893 wieder einfach unter den Teppich gekehrt werden. Dabei wissen wir bis heute nicht, was wir  
1894 mit dem ganzen Atommüll anstellen soll - eine Technologie, die auch einst als harmlos be-  
1895 worben wurde.
- 1896 Auch Flüssiggas ist als Brückentechnologie ungeeignet, weil in der gesamten Prozesskette  
1897 erhebliche Mengen Methan entweichen können, die das Klima stärker belasten als bisherige  
1898 Energieträger. Zudem lässt sich nicht wirksam ausschließen, dass in den LNG-Terminals  
1899 auch durch Fracking gewonnenes Gas gelagert wird. Flüssiggas wird derzeit verstärkt in der  
1900 Seefahrt verwendet, um Schadstoffemissionen zu reduzieren.
- 1901 • Wir wollen **kein CO-2 Endlager** in der Nordsee und auch **keine CO2-Pipeline** durch  
1902 Schleswig-Holstein.
- 1903 • Wir wollen **keinen Ausbau der LNG-Infrastruktur** in Deutschland. Dazu wollen wir die Ab-  
1904 lösung von LNG in der Seefahrt durch saubere Kraftstoffe und moderne Technologien forcie-  
1905 ren.
- 1906
- 1907 **Gewässer, Meere und Boden schützen**
- 1908 Wasser ist eine lebenswichtige Ressource, die es zu schützen gilt. Unser Wasser ist durch  
1909 mittelbare oder unmittelbare Einflüsse in unterschiedlichem Maße beeinträchtigt. Arzneimit-  
1910 telrückstände, Abwasser, Pflanzenschutzmittel, Phosphat, Nitrat, Mikro- und Nanoplastik fin-  
1911 den sich in allen Gewässern. In vielen Regionen des Landes verzeichnen wir zunehmende



- 1912 Umweltschäden, sowohl im Grundwasser als auch in den Oberflächengewässern und Mee-  
 1913 ren. Die Einträge haben unterschiedlichste Verursacher, die den Wasserkörper belasten.  
 1914 Trotz schärferer Umweltauflagen erleben wir in weiten Teilen Verschlechterungen bei der  
 1915 Wasserqualität. Wasserwerker weisen seit Jahren darauf hin, dass die Gewinnung von Trink-  
 1916 wasser problematisch wird, wenn die Belastungen nicht zurückgehen.
- 1917 • Wir wollen unser **Grundwasser schützen** und fordern deshalb ein bundesweites Fracking-  
 1918 verbot. Niemand kann ausschließen, dass Fracking Auswirkungen auf das Grundwasser hat.
- 1919 • Wir wollen **keine Plastikeinträge** in unsere Gewässer. Hierfür benötigen unsere Kläranla-  
 1920 gen entsprechende Filtersysteme und Reinigungsstufen, die auch Mikroplastik herausfiltern  
 1921 können und so Plastikeinträge verhindern. Auch das Einleiten von Arzneimittlrückständen in  
 1922 die Gewässer kann so verhindert werden.
- 1923 • Wir wollen eine **konsequente Umsetzung** der „Strategie für das Wattenmeer 2100“. Es  
 1924 geht uns um den Erhalt des einmaligen Naturraums Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer  
 1925 und der Inseln und Halligen als wesentliche Strukturen im Nationalpark Wattenmeer. Der  
 1926 Schutz und die Lebensqualität der Insel- und Halligbewohner:innen müssen gesichert wer-  
 1927 den.
- 1928 • Wir wollen, dass die **Ölförderung im Wattenmeer beendet** wird. Es ist absurd, dass in ei-  
 1929 nem solch sensiblen Lebensraum überhaupt nach Öl gebohrt werden darf. Es darf keine wei-  
 1930 tere Verlängerung der Laufzeit geben.
- 1931 • Wir wollen, dass die **Weltkriegsmunition aus Nord- und Ostsee** geborgen und sicher ent-  
 1932 sorgt wird. Wir wollen, dass der Bund sich zügig für eine langfristige und gemeinsame Finan-  
 1933 zierung mit den Ländern einsetzt, die eine nachhaltige Bergung von Munitionsaltlasten auch  
 1934 nach Abschluss des Pilotprojektes sicherstellt. Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird  
 1935 die Bergung der Munition.
- 1936 • Wir wollen einen **umfassenden Schutz der Meere** nach dem Vorsorgeprinzip und lehnen  
 1937 daher eine weitere Verklappung des Hamburger Hafenschlicks in der Nordsee ab. Die Mee-  
 1938 resstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) verbietet dies eigentlich schon jetzt. Sie muss auch in  
 1939 der Nordsee konsequent angewendet werden.
- 1940 • Wir wollen die **Düngeinträge ins Grundwasser minimieren**. Jahrelanges Blockieren ent-  
 1941 sprechender Maßnahmen und das Aussitzen der EU-Nitratrichtlinie haben der Landwirtschaft  
 1942 einen Bärendienst erwiesen. Wir wollen eine moderne Düngeverordnung und Untersu-  
 1943 chungsmethoden sowie Warnstufen, die frühzeitig anschlagen.
- 1944 • Wir wollen einen **flächendeckenden Gewässerschutz** ermöglichen, indem wir den Eintrag  
 1945 aus Nährstoffen und Pestiziden weitestgehend verringern. Wir brauchen Gewässerrandstrei-  
 1946 fenprogramme des Bundes, die Gewässer effektiv vor Einträgen schützen.
- 1947 • Wir wollen eine **konsequente Umsetzung der „Strategie für das Wattenmeer 2100“**. Es  
 1948 geht uns um den Erhalt des einmaligen Naturraums Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer  
 1949 und der Inseln und Halligen als wesentliche Strukturen im Nationalpark Wattenmeer, Teil des  
 1950 trilateralen Weltnaturerbe Wattenmeer. Der Schutz und die Lebensqualität der Insel- und  
 1951 Halligbewohner:innen u.a. im Biosphärenreservat müssen gesichert werden.
- 1952 • Wir wollen den **Gebrauch von Einwegplastik** durch ein Bundesgesetz deutlich reduzieren.  
 1953 Das Mehrweg- und Pfandsystem muss verstärkt und ausgebaut werden. Coffee to go soll  
 1954 nur noch in Mehrwegbechern ausgeschenkt werden.
- 1955 • Wir wollen, dass der **lokale Naturschutz in Biosphärenreservaten** eine höhere Bedeu-  
 1956 tung bekommt. Der Bund muss mehr Mittel zur Verfügung stellen, um Tourismus mit dem  
 1957 Naturschutz vereinbar zu machen. Die Nationalparkverwaltung Schleswig-Holsteinisches

- 1958 Wattenmeer verwaltet mit 443.100 Hektar das größte UNESCO-Biosphärenreservat in  
 1959 Deutschland. Wir wollen auf Bundesebene dafür sorgen, dass mehr Personal eingesetzt  
 1960 wird, um in touristischen Belangen mehr für den Naturschutz sensibilisieren.
- 1961 • Wir wollen den Kreis Schleswig-Flensburg in seiner Auseinandersetzung mit dem Bund be-  
 1962 züglich der Altlastsanierung des **Wikingecks** weiter unterstützen
- 1963
- 1964
- 1965 **Der Atomausstieg war richtig**
- 1966 Die radioaktiven Hinterlassenschaften der Atomenergie beschäftigen uns seit Jahrzehnten  
 1967 und werden das auch noch lange tun. Es war daher richtig, endlich aus der Atomenergie  
 1968 auszusteigen. Wir stehen in der Verantwortung, den radioaktiven Müll sicher zu entsorgen.  
 1969 Das jahrzehntelange Gezerre um den Standort Gorleben als Endlager ohne die erforderliche  
 1970 Beteiligung der Bürger\*innen und Transparenz hat zu einem bundesweiten Widerstand und  
 1971 großer Skepsis gegenüber der Einlagerung radioaktiver Abfälle geführt.
- 1972 Wir begrüßen den begonnenen offenen und transparenten Endlager-Suchprozess von Sei-  
 1973 ten der eigens dafür gegründeten Bundesgesellschaft für Endlagerung. Dieser muss auch  
 1974 weiterhin frei von politischen Einflussnahmen bleiben und möglichst zügig durchgeführt wer-  
 1975 den. Wir werden den gesamtgesellschaftlichen Prozess der Endlagersuche konstruktiv be-  
 1976 gleiten, denn nur gemeinsam können wir das Problem lösen.
- 1977 • Wir wollen, dass die **Endlagersuche** auf wissenschaftlichen Untersuchungen basiert  
 1978 und nur Standorte in Betracht gezogen werden, die entsprechend geeignete geologi-  
 1979 sche Voraussetzungen bieten.
- 1980 • Wir wollen, dass neben **geologischen Voraussetzungen** auch andere Kriterien be-  
 1981 rücksichtigt werden, die einen solchen Standort über Jahrhunderte als sicher gelten  
 1982 lassen (z. B. Erdbeben, Vulkane und Überschwemmungen).
- 1983 • Wir wollen, dass die **Verfahren und Untersuchungen transparent** und nachvoll-  
 1984 ziehbar sind. Hierzu gehört eine umfassende Bürgerinformation und -beteiligung.
- 1985 • Wir wollen, dass eine Rückholung des Atomabfalls auch in ferner Zukunft gewährleis-  
 1986 tet bleibt.
- 1987
- 1988
- 1989
- 1990
- 1991
- 1992
- 1993
- 1994

## 1995 **Wirtschaftskrise meistern: Starke Unternehmen und gute** 1996 **Arbeit in allen Regionen des Landes**

1997 Unsere Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Die digitale Transformation verän-  
1998 dert die Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend. Auch der konsequente Schutz des Klimas  
1999 verlangt gravierende Veränderungen. Gleichzeitig erschwert der demographische Wandel  
2000 die Gewinnung von Fachkräften und fordert die sozialen Sicherungssysteme. Darum setzen  
2001 wir uns für gute Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte ein, in denen alle  
2002 Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können.

2003 Eine verlässliche Wirtschaftspolitik ist entscheidend für ein stabiles wirtschaftliches Umfeld,  
2004 das Sicherheit für Unternehmen und Bürger bietet. Angesichts des Klimawandels ist es uner-  
2005 lässlich, dass die Wirtschaftspolitik proaktiv und nachhaltig gestaltet wird, um ökologische,  
2006 soziale und ökonomische Ziele zu verbinden. Nur durch eine konsequente Ausrichtung auf  
2007 Nachhaltigkeit können wir eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen, die den Bedürfnissen  
2008 heutiger und zukünftiger Generationen gerecht wird. Dies erfordert Mut zur Veränderung und  
2009 die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure.

2010  
2011 Die Politik muss dazu klare, langfristige Ziele setzen, die über Wahlzyklen hinausgehen. Dies  
2012 umfasst verbindliche Klimaziele und Investitionen in nachhaltige Technologien. Politische  
2013 Entscheidungen sollten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und nicht von kurz-  
2014 fristigen politischen Interessen beeinflusst werden. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit  
2015 zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

2016  
2017 Einen möglichen Handlungsrahmen für eine nachhaltige Wirtschaftstransformation kann das  
2018 wertorientierte Modell der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) bieten. Hier stehen ethische  
2019 Werte wie *Menschenwürde, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit*  
2020 *sowie Transparenz und Mitbestimmung* im Mittelpunkt des Wirtschaftens, die weit über klas-  
2021 sische Nachhaltigkeits-Standards hinausgehen.

2022 Die schleswig-holsteinische Wirtschaft ist geprägt von ihren kleinen und mittleren Unterneh-  
2023 men. Dies sehen wir als Stärke an, denn diese Unternehmen sind besonders flexibel, inno-  
2024 vativ und spezialisiert und damit oft krisenfester als Großunternehmen. Darin wollen wir sie  
2025 weiter unterstützen. In den erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft, der modernen  
2026 Medizintechnik und der Gesundheitswirtschaft, aber auch in der Ernährungswirtschaft und im  
2027 Tourismus liegen die Stärken des Landes. Wir wollen in diesen Bereichen noch bessere  
2028 Rahmenbedingungen schaffen und die Unternehmen und Betriebe tatkräftig unterstützen.

2029 Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein hat großes Potenzial: Die geografische Nähe zur  
2030 Metropole Hamburg und die Verbindungen in den Nord- und Ostseeraum bieten hervor-  
2031 ragende Möglichkeiten. Unser Land ist Dreh- und Angelpunkt für wirtschaftliche Verbindungen  
2032 in alle Himmelsrichtungen. Wir wollen die gute Nachbarschaft zu den nordischen Ländern  
2033 vertiefen. Gerade in Bereichen, die beim Klimaschutz eine Rolle spielen – Produktion erneu-  
2034 erbarer Energien, Energiespeicherung, Energieeffizienz, regionale Lebensmittelproduktion  
2035 oder Ökolandwirtschaft – bieten sich viele Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenar-  
2036 beit.

2037

- 2038 - Wir wollen, dass die **Wirtschaftspolitik wieder zuverlässig** wird. Die Entscheidungen  
2039 müssen verlässlich sein, Förderregelungen grundsätzlich längerfristig angelegt  
2040 sein.
- 2041 - •Wir wollen mehr **Transparenz in Politik und Verwaltung**. Insbesondere bei Be-  
2042 schaffungen, Subventionen und Förderungen muss das staatliche Handeln für den  
2043 Bürger nachvollziehbar sein und verständlich dargestellt werden.
- 2044 - Wir wollen, dass bei **Änderungen von Besteuerungen und Förderungen** ein Nach-  
2045 lauf eingerichtet wird, der verhindert, dass Unternehmer oder auch Privatpersonen,  
2046 die im Vertrauen auf Zusagen des Staates investiert haben, einen finanziellen Nach-  
2047 teil erleiden.
- 2048 - Wir wollen, dass die Besteuerung von „**Sonderzonen**“ (zum Beispiel Hebesätze in  
2049 interkommunalen Gewerbegebieten) flexibler gehandhabt werden kann.
- 2050 - Wir wollen die Umsatzsteuer für **Gastronomie auf 7%** senken.
- 2051 - Wir wollen **Freibeträge** für Unternehmensgründer.
- 2052 - Wir wollen, dass bei der **Vergabe von Subventionen auch soziale Komponenten**,  
2053 soziale Leistungen der Unternehmen betrachtet werden. Unternehmen, die die Ein-  
2054 richtung von Betriebsräten bekämpfen oder behindern, kommen für Subventionen  
2055 nicht in Betracht.
- 2056 - Wir wollen **Mitnahmeeffekte bei Förderungen** verringern. Förderregeln, die dafür  
2057 sorgen, dass die Fördergelder bei denen landen, die ohnehin finanziell gut ausgestat-  
2058 tet sind, wollen wir verändern oder abschaffen.
- 2059 - Wir wollen den **Bürokratieabbau** endlich voranbringen. Dazu wollen wir eine Aufga-  
2060 benkritik der Verwaltung und eine Überprüfung der Auflagen, Nachweispflichten, An-  
2061 tragsvoraussetzungen für Betriebe, Unternehmer, aber auch für die ganze Zivilgesell-  
2062 schaft durchführen.
- 2063 - Wir wollen eine **Vereinheitlichung der Bauvorschriften**, soweit der Föderalismus  
2064 dies zulässt.

2065  
2066

### **Die deutsch-dänische Zusammenarbeit muss weiter ausgebaut werden**

2068 Obwohl die deutsch-dänische Zusammenarbeit in den letzten Jahren bereits sehr verstärkt  
2069 wurde gibt es noch viele Herausforderungen in der alltäglichen Praxis sowohl für die Bürgeri-  
2070 nen und Bürger als auch für die Unternehmen. Dabei der Ausbau der deutsch-dänischen Zu-  
2071 sammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich die strategische Perspektive für die heimi-  
2072 schen Unternehmen. Insbesondere vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Herausfor-  
2073 derungen in den großen Märkten in den USA und China. Denn eine Studie des Institut für  
2074 Weltwirtschaft hat ergeben, dass insbesondere in Dänemark und Skandinavien ein großes  
2075 ungenutztes wirtschaftliches Potential für die schleswig-holsteinsichen Unternehmen liegt.  
2076 Voraussetzung dass dieses Potential genutzt werden kann ist eine Vertiefung der grenzüber-  
2077 schreitenden Zusammenarbeit vor Ort und bessere Rahmenbedingungen für den gemeinsa-  
2078 men Arbeitsmarkt und für die Unternehmen. Hierbei sollten vertrageliche Regelungen für die

- 2079 deutsch-französische Zusammenarbeit Vorbild für den Bund auch für unsere Grenzregion  
2080 sein.
- 2081 • Wir wollen, dass bei neuen Bundesgesetzen im **Steuer- und Sozialversicherungsbereich**  
2082 grundsätzlich auch die Folgen für Pendler\*innen im deutschen Grenzgebiet untersucht und  
2083 berücksichtigt werden.
- 2084 • Wir wollen die **wirtschaftliche Kooperation mit Dänemark** und anderen nordischen Län-  
2085 dern und eine gemeinsame industriepolitische Ausrichtung vorantreiben.
- 2086 • Wir wollen eine **Normalisierung des Lebens** für die Bewohner\*innen des Grenzlandes.  
2087 Dazu gehört die Abschaffung der Grenzkontrollen.
- 2088 • Wir wollen eine gemeinsame **deutsch-dänische Polizei-Task-Force**, die nach dem Vor-  
2089 bild der Zusammenarbeit Hamburg-Schleswig-Holstein arbeitet, um gemeinsam die grenz-  
2090 überschreitende Kriminalität zu bekämpfen.
- 2091 • Wir wollen ein neues **deutsch-dänischen Katastrophenschutzabkommen**, um den  
2092 grenzüberschreitenden Zivil- und Bevölkerungsschutz zu modernisieren. Bestehende grenz-  
2093 überschreitende Kooperationen im Zivil- und Bevölkerungsschutz wie z.B. DanGer 112 müs-  
2094 sen verstetigt werden.
- 2095 • Wir wollen, dass die Maßnahmen im **Deutsch-Dänischen Aktionsplan** von 2022 kontinu-  
2096 ierlich umgesetzt werden und der Plan daher mit Zieldaten ergänzt wird.
- 2097 • Wir wollen, dass auch der Bund sich an der **Finanzierung der deutsch-dänischen Pend-**  
2098 **ler\*innenberatung** beteiligt, damit diese wichtige Arbeit auch in Zukunft fortgesetzt und auf  
2099 die Fehmarnbeltregion ausgeweitet werden kann.
- 2100 • Wir wollen, dass **vergleichbare Berufe** schneller und leichter in Deutschland und Däne-  
2101 mark anerkannt werden.
- 2102 • Wir wollen, dass weitere grenzüberschreitende **deutsch-dänische Ausbildungen** und Stu-  
2103 diengänge eingeführt werden. Zudem müssen die bestehenden grenzüberschreitenden Stu-  
2104 diengänge und Ausbildungen beibehalten werden.
- 2105 • Wir wollen, dass für Schüler\*innen aus Schleswig-Holstein, die eine **Ausbildung in Däne-**  
2106 **mark** absolvieren, der Zugang zur Berufsausbildungs-Förderung ermöglicht wird. Beste-  
2107 hende Barrieren sind abzubauen.
- 2108 • Wir wollen, dass der Bund sich für eine Fortsetzung der **deutsch-dänischen Interreg-För-**  
2109 **derung** auf hohem Niveau einsetzt. Der SSW setzt sich zudem im Bund für eine Fortführung  
2110 der grenzüberschreitenden EU-Strukturhilfen auch nach 2027 ein.
- 2111 • Wir wollen, dass der Bund sich über bestehende Ansätze hinaus für die Organisation eines  
2112 gemeinsamen regionalen **deutsch-dänischen Arbeitsmarkts** mit einem grenzüberschrei-  
2113 tenden Vermittlungs- und Informationssystem stark macht.
- 2114 • Wir wollen, dass **Konzepte für lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung** und Nach-  
2115 haltigkeit im deutsch-dänischen Grenzland enger untereinander abgestimmt werden. Grenz-  
2116 überschreitende Anhörungsverfahren sollen ermöglicht werden. Dies sichert eine starke und  
2117 nachhaltige Entwicklung im Grenzland.
- 2118 • Wir wollen **grenzüberschreitende Hochschul- und Wissenschaftskooperationen** stär-  
2119 ker im Verbund mit der Wirtschaft denken. Gemeinsame Studiengänge sollen gemessen an  
2120 regionalen Stärkenpositionen und der regionalen Nachfrage an qualifizierter Arbeitskraft ge-  
2121 stärkt und ausgeweitet werden.
- 2122 • Wir wollen, dass das neue **Flensburger Fördeklitorium Katharinen-Hospital** als Chance  
2123 für eine Deutsch-Dänische medizinische Versorgungsregion genutzt wird. Hierfür bedarf es  
2124 zunächst einer grenzüberschreitenden Kooperation bei der Versorgungsplanung und der

- 2125 Ausbildung des medizinischen Fachpersonals. Langfristig fordern wir ein grenzüberschrei-  
 2126 tendes Medizinstudium in unserer Region.
- 2127 • Wir wollen die **Cluster-Politik** in norddeutschen und grenzüberschreitenden Wirtschaftsbe-  
 2128 reichen durch finanzielle Fördermaßnahmen und den Abbau rechtlicher Barrieren fördern  
 2129 und gezielt auf unsere Stärkepositionen setzen: Erneuerbare Energien, Wasserstoff, Ernäh-  
 2130 rungswirtschaft, Tourismus und Erlebniswirtschaft, Maritime Wirtschaft, Gesundheitswirt-  
 2131 schaft, Logistik.
- 2132 • Wir wollen den "**Jütland-Korridor**" von Hamburg bis Skagen durch politische Vereinbarun-  
 2133 gen und infrastrukturelle Investitionen in Bahn und Straße stärken. Dazu gehört, dass der  
 2134 Bund und Dänemark gemeinsame Infrastruktur planen, bedarfsgerecht ausbauen und unter-  
 2135 halten.
- 2136 • Wir wollen, dass der Bund mehr Ressourcen für eine Umsetzung der **EU-Ostsee-Strategie**  
 2137 zur Verfügung stellt. Dazu gehört, dass die Kooperationen in den Bereichen Wissenschaft,  
 2138 Forschung und Innovation gefördert werden sowie die Weiterentwicklung in den Bereichen  
 2139 der Kultur- und Kreativwirtschaft vorangebracht wird.
- 2140 • Wir wollen die Nordsee im Sinne des Nachhaltigkeitsziels SDG 14 „Leben unter Was-  
 2141 ser“ erhalten und nachhaltig nutzen. Hierzu bedarf es einer Umsetzung der **EU-Meeresbe-**  
 2142 **ckenstrategie Nordsee**. Ein Europäischer Green Deal in enger Abstimmung mit Dänemark  
 2143 ist für uns dabei zielführend. Dass Dänemark die Öl- und Gasförderung in der Nordsee bis  
 2144 2050 komplett beenden will, ist beispielhaft.
- 2145 • Wir wollen, dass der Bund sich, gemeinsamen mit der Landesregierung SH, für eine ge-  
 2146 meinsame Strategie mit Dänemark für die Rettung der Flensburger Förde einsetzt. Das däni-  
 2147 sche Verbot der Muschelfischerei war zwar ein erster Schritt, nun braucht es jedoch einen  
 2148 gemeinsamen Einsatz, um den ökologischen Kollaps der Förde zu verhindern.
- 2149 • Wir wollen, dass der Bund beim vertraglich zwischen Dänemark und Deutschland verein-  
 2150 barten **Bau der Fehmarnbeltquerung** alles dafür tut, um Umweltbelastungen zu minimieren  
 2151 und die Kosten in einem angemessenen Rahmen zu halten. Investitionen in die Fehmarn-  
 2152 beltquerung als neue Verkehrsachse dürfen nicht dazu führen, dass der Norden des Landes  
 2153 bei der Verkehrsförderung des Bundes abgehängt wird.
- 2154 • Wir wollen, dass der Bund ein **gemeinsames Digitalisierungsprojekt** mit Dänemark star-  
 2155 tet, um sich von der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Skandinavien inspirieren  
 2156 lassen und die Digitalisierung von Angeboten der Bundes- und Landesbehörden in Schles-  
 2157 wig-Holstein schneller voranzubringen.
- 2158 • Wir wollen ermöglichen, dass **wirtschaftliche Bundesförderprogramme** bis zu 20 % auch  
 2159 grenzüberschreitend, d. h. über das Bundesgebiet hinaus, eingesetzt werden dürfen.
- 2160 • Wir wollen am **deutsch-dänischen Doppelbesteuerungsabkommen** festhalten. Es darf  
 2161 nicht durch ein europäisches ersetzt werden. Überflüssige Bürokratie muss abgebaut wer-  
 2162 den.
- 2163 • Wir wollen ein Bundesförderprogramm für den **grenzüberschreitenden ÖPNV**.

2164  
 2165

## 2166 **Regionale Investitionen, Strukturhilfen, Fördergelder für Forschung und Ent-** 2167 **wicklung**

- 2168 Strukturhilfen sind keine Almosen, sondern Zukunftsinvestitionen, die uns Nutzen bringen.  
 2169 Dies gilt insbesondere im Land Schleswig-Holstein, das durch seine mittelständische Wirt-  
 2170 schaftstruktur geprägt ist. Kleine und mittlere Betriebe sind gerade in den Regionen das  
 2171 Fundament und das Rückgrat der Wirtschaft.
- 2172 Ab diesem Jahr sind die regionalen Strukturhilfen der EU nach zähen Brexit-Verhandlungen

2173 endlich bis 2027 gesichert. Im Bund wird derzeit verhandelt, wie diese Mittel verteilt werden  
 2174 sollen. Auch wenn dieses Förderinstrument auf europäischer Ebene immer wieder politisch  
 2175 angefochten wird, ist für den SSW ganz klar, dass es auch nach 2027 in den wirtschaftlich  
 2176 schwächeren Regionen Deutschlands noch Bedarf an regionaler Strukturpolitik geben wird.  
 2177 Zudem ist ersichtlich geworden, wie unabdingbar die Kernbereiche Forschung und Entwick-  
 2178 lung für unsere Gesellschaft sind. Es wird viele Umstrukturierungen bei Firmen und Ge-  
 2179 schäftsmodellen geben müssen. Da die Herausforderungen weltweit gleich sind, sind alle  
 2180 Gesellschaften gefragt, ein Umdenken bei den jetzigen Produktionsverfahren bis hin zur Pro-  
 2181 duktionsplanung einzuleiten. Die jetzige Situation bietet somit auch eine Chance der Neu-  
 2182 ausrichtung gesamtgesellschaftlicher Strukturen.

2183

2184 • Wir wollen, dass die **regionale Strukturhilfe**:

2185 - bessere Bedingungen insbesondere für **kleinere und mittlere Betriebe** schafft;

2186 - innovative und nachhaltige schleswig-holsteinische wirtschaftliche Cluster wie Energie, Le-  
 2187 bensmittel, Maritimes, Gesundheit und Tourismus besonders berücksichtigt;

2188 - überwiegend nach dem Prinzip eines engen Zusammenspiels zwischen Unternehmen,  
 2189 Hochschulen und den regionalen **öffentlichen Förderungsgesellschaften** ausgerichtet ist  
 2190 (Triple-Helix-Prinzip);

2191 - durch Nachhaltigkeit geprägt ist – bei der Förderung sollen die **17 UN-Nachhaltigkeitsziele**  
 2192 ein unumgänglicher Maßstab werden.

2193 • Wir wollen, dass der Bund für strukturell unterfinanzierte oder neuentstehende innovative  
 2194 und nachhaltig prosperierende Bereiche gezielt weitere Investitionen und Strukturhilfe aus  
 2195 eigenen Bundesmitteln zur Verfügung stellt. Der Bund darf sich bei der **regionalen Struktur-**  
 2196 **hilfe** nicht allein auf die EU-Fonds verlassen.

2197 • Wir wollen uns im Bund dafür stark machen, dass die bestehenden strukturpolitischen  
 2198 **Handlungsmöglichkeiten** auch nach dem Auslauf der kommenden EU-Programme im Jahr  
 2199 2027 erhalten bleiben.

2200 • Wir wollen die **Forschung und Entwicklung** in allen Bereichen stärker fördern, um not-  
 2201 wendige Restrukturierungen zu durchdenken, planen und umzusetzen, z.B. Globalisierungs-  
 2202 prozesse zu überdenken. Die Förderung muss unbürokratisch und zeitnah geschehen und  
 2203 auf Sicht verstetigt werden.

2204

2205

## 2206 **Unternehmen stärken, Arbeitsplätze sichern**

2207 Kleine und mittlere Unternehmen bilden die Basis unserer erfolgreichen Wirtschaft. Sie sind  
 2208 Treiber von Innovationen, stellen in hohem Maß Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit und  
 2209 spielen gerade in ländlichen Räumen auch eine bedeutende soziale, gesellschaftliche und  
 2210 kulturelle Rolle. Hierin wollen wir sie noch stärker unterstützen, beispielsweise durch den Ab-  
 2211 bau von unnötiger Regulierung und Bürokratie. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass die  
 2212 Industriebetriebe im Land mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen weiterhin Wachstum  
 2213 schaffen und Arbeitsplätze sichern.

2214 Unternehmen benötigen Planungssicherheit. Eine konsistente Gesetzgebung und transpa-  
 2215 rente Entscheidungsprozesse sind notwendig, um Investitionen in grüne Technologien und  
 2216 nachhaltige Praktiken zu fördern.

- 2217 • Wir wollen die **wirtschafts- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen** so setzen,  
2218 dass kleinere und mittlere Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen erhalten.
- 2219 • Wir wollen eine **nachhaltige Wirtschaftstransformation**, die nicht nur ökonomisches  
2220 Wachstum fördert, sondern auch soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit ge-  
2221 währleistet.
- 2222 • Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die sowohl **quantitative als auch qualitative** Nachhaltig-  
2223 keitsstandards integriert.
- 2224 • Wir wollen unsere **Unternehmen bei der Digitalisierung** der Wirtschaft und auf dem Weg  
2225 zu mehr Klimaschutz begleiten und unterstützen.
- 2226 • Wir wollen, dass Unternehmen Anreize erhalten, ihre Produkte und Dienstleistungen so zu  
2227 gestalten, dass sie **sozial gerecht und umweltfreundlich** sind.
- 2228 • Wir wollen eine **nachhaltige Industriepolitik** und setzen uns dafür ein, den industriellen  
2229 Bereich als maßgeblichen Treiber von Forschung und Entwicklung auszubauen.
- 2230 • Wir wollen die **Innovationsberatung** stärken, mehr Beratungsangebote für Unternehmen  
2231 zu Forschung und Entwicklung schaffen und Kooperationen mit der Wissenschaft erleichtern.
- 2232 • Wir wollen den **Technologie- und Wissenstransfer** zwischen Forschung und Wirtschaft  
2233 ankurbeln – durch Forschungsförderung, aber auch durch neue Kompetenzzentren und au-  
2234 ßeruniversitäre Forschungseinrichtungen erhalten bleiben.
- 2235
- 2236
- 2237 **Den Tourismus fördern**
- 2238 Der Tourismus ist eines der stärksten wirtschaftlichen Standbeine unseres Landes. Wir se-  
2239 hen hier unverändert großes Potenzial und wollen diesen Wirtschaftszweig auch in Zukunft  
2240 tatkräftig unterstützen. Langfristiges Ziel der Tourismusförderung muss es sein, eine wettbe-  
2241 werbsfähige und nachhaltige Wirtschaftsstruktur zu entwickeln. Das schafft und erhält Ar-  
2242 beitsplätze und erhöht die Attraktivität vor Ort. Investitionen des Landes in die touristische  
2243 Infrastruktur ziehen oft private Investitionen im Gastronomie- und Hotelgewerbe nach sich.  
2244 Genau diese Dynamik wollen wir fördern und damit nicht zuletzt auch unsere Wettbewerbs-  
2245 position weiter verbessern.
- 2246 • Wir wollen das **Sonderförderprogramm Tourismus** auch über das Jahr 2025 hinaus ver-  
2247 stetigen. Damit können wir langfristig die touristische Infrastruktur, einzelbetriebliche Vorha-  
2248 ben, nichtinvestive Vorhaben und den Tourismus im ländlichen Raum stärken und den Fach-  
2249 kräften eine echte Perspektive bieten.
- 2250 • Wir wollen eine Förderpolitik, welche die **energetische Optimierung** touristischer Infra-  
2251 struktur und die nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen im Blick hat.
- 2252 • Wir wollen einen **nachhaltigen Tourismus** fördern, der ökologische, soziale und  
2253 ökonomische Aspekte in Einklang bringt.
- 2254 • Wir wollen die **grenzüberschreitende Vernetzung** in diesem Bereich unterstützen.
- 2255 • Wir wollen die **Sprachenvielfalt und die Vielfalt der Kulturen** in Schleswig-Holstein als  
2256 Alleinstellungsmerkmal unseres Landes sichtbarer machen.



- 2257 • Wir wollen den **Stellenwert der schleswig-holsteinischen Welterbestätten** (Weltkulturerbe Hansestadt Lübeck und Weltnaturerbe Wattenmeer) festigen, um sie als außergewöhnliche touristische Regionen weiterzuentwickeln.  
2258  
2259
- 2260
- 2261
- 2262 **Technologischen Wandel gestalten, gute Arbeit und Mitbestimmung sichern**
- 2263 Gesunde und motivierte Mitarbeiter:innen sind die wichtigste Ressource unserer Unternehmen. Motivierte Beschäftigte erhöhen die Profitabilität, die Produktivität, das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit. Darum setzen wir uns für gut bezahlte und sichere Arbeit ein. Wir unterstützen Initiativen, welche die Arbeitsbelastung begrenzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Außerdem wollen wir Möglichkeiten für Aufstieg und Weiterbildung verbessern und setzen uns für eine geschlechtergerechte Entlohnung ein. Den technologischen Wandel sehen wir als Chance und wollen sicherstellen, dass das Land zukünftig auch Fortbildungen für die Menschen fördert, deren Arbeitsplätze durch die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft wegfallen könnten. Außerdem wollen wir neue Mitbestimmungsrechte zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Internationalisierung gesetzlich verankern.  
2264  
2265  
2266  
2267  
2268  
2269  
2270  
2271  
2272  
2273
- 2274 • Wir wollen, dass alle unabhängig ihres Geschlechts mit ihrer Arbeit gleich viel verdienen. Den **Gender-Pay-Gap** wollen wir schließen.  
2275
- 2276 • Wir wollen, dass es nicht nur ein Recht für Frauen und Männer geben muss, in Teilzeit arbeiten zu können, sondern ebenso **das Recht, reduzierte Arbeitszeit** wieder in Vollzeit umzuwandeln.  
2277  
2278
- 2279 • Wir wollen, dass die **Wirtschaftsförderung** künftig auch die Kriterien des Konzepts der „Guten Arbeit“ berücksichtigt.  
2280
- 2281 • Wir wollen eine Erweiterung der **Mitbestimmungsmöglichkeiten** von Mitarbeiter:innen, wenn neue Technologien und Verfahren eingeführt werden. Diese Möglichkeiten müssen praxisorientiert sein und Folgeabschätzungen beinhalten.  
2282  
2283
- 2284 • Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung. Den Ansatz des **lebenslangen Lernens** soll stärker in der Arbeitswelt verankert werden.  
2285
- 2286 • Wir wollen in neuen Berufsbildern, in der **Transformation von Berufen** und in der IT-Branche das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit verankern. Mädchen und Frauen müssen besonders gefördert werden, damit alle einen gleichberechtigten Zugang zu neuen Berufen erhalten.  
2287  
2288  
2289
- 2290 • Wir wollen eine **flächendeckende Tarifbindung** und mehr Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten. Um diese Stärke auch in Zeiten des Wandels erhalten zu können, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen vom Gesetzgeber. Für Unternehmen und Beschäftigte sollen Anreize für einen Verbands- bzw. Gewerkschaftsbeitritt geschaffen werden.  
2291  
2292  
2293
- 2294 • Wir wollen Investitionen in **Bildung und Qualifizierungsprogramme**, um die Arbeitskräfte auf die Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft vorzubereiten.  
2295
- 2296 • Wir wollen eine **ressortübergreifende** Innovations-, Forschungs- und Transferstrategie.

- 2297 • Wir wollen **kleinere und mittlere Unternehmen** mit verlässlichen digitalen Strukturen ver-  
 2298 sorgen. Dezentrale Beratungsangebote sind wichtig, um Start-Ups und Co-Working-Modelle  
 2299 vor allem in ländlichen Räumen zu sichern.
- 2300 • Wir wollen die **Finanzierung und Fördermöglichkeiten** für Kultur- und Kreativschaffende  
 2301 ausbauen.
- 2302 • Wir wollen **Innovation fördern und Infrastruktur** für neue Netzwerke wie Long Range  
 2303 Wide Area Network (LoRaWAN) auf öffentlichen Gebäuden zu Verfügung stellen. Diese  
 2304 Netzwerke sind ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung von neuen Technologien für mo-  
 2305 derne Fabriken (Industrie 4.0) und im SmartHome Bereich. LoRaWAN ermöglicht es, mit ei-  
 2306 nem minimalen Energieverbrauch hunderte Sensoren auszulesen und kann ein wichtiger  
 2307 Faktor bei der Sicherung Schleswig-Holsteins als Innovationsland sein.
- 2308 • Wir wollen uns für die **Förderung einer Kreislaufwirtschaft** einsetzen, um Abfall zu redu-  
 2309 zieren und Rohstoffe effizient zu nutzen. Unternehmen sollen Anreize erhalten, um Produkte  
 2310 so zu gestalten, dass sie wiederverwendet oder recycelt werden können.
- 2311 • Wir wollen, dass **Menschenrechte und Umweltstandards** bei der Produktion beachtet  
 2312 und erfüllt werden. Bei Aufträgen oder Anschaffungen aus öffentlicher Hand fordern wir ent-  
 2313 sprechende Selbstverpflichtungen.
- 2314 • Wir wollen einen gesetzlichen Rahmen für Unternehmen, die weltweit produzieren und un-  
 2315 sere Märkte beliefern. Das derzeit geltende **Lieferkettengesetz** geht hier nicht weit genug.
- 2316 • Wir wollen uns verstärkt für das besondere Potenzial der Software- und Spieleindustrie  
 2317 stark machen.
- 2318 • Wir wollen das **Aufstiegs-BAföG** fortlaufend weiterentwickeln, um die Aufstiegsmöglichkei-  
 2319 ten von Beschäftigten in allen Berufen zu fördern.
- 2320 • Wir wollen, dass neue **Arbeitszeit- und Arbeitsortformen** in einen gesetzlichen Rege-  
 2321 lungsrahmen über- führt werden. Dieser muss vor Überforderung und Entgrenzung schützen,  
 2322 aber genügend Freiraum für die individuelle Ausgestaltung der Arbeit lassen.
- 2323
- 2324
- 2325 **Der maritimen Wirtschaft im Norden eine Zukunftsperspektive geben**  
 2326 Die Offshore-Industrie steht vor einem massiven Wachstum, das wir in unserer Region be-  
 2327 sondern deutlich spüren werden. Unsere Häfen werden dabei als logistische Drehscheiben  
 2328 für Offshore-Windkraft eine zentrale Rolle einnehmen. Neben der Erweiterung industrieller  
 2329 Kapazitäten wird auch der Ausbau zusätzlicher Hafenskapazitäten erforderlich sein, um die  
 2330 Anlagen auf See zu errichten und zu versorgen. Wir müssen unsere maritime Wirtschaft be-  
 2331 fähigen, die dringend benötigten Energiehubs bereitzustellen – derzeit gibt es hier noch zu  
 2332 viele Hindernisse.  
 2333 Die Branche hat schmerzhaft Erfahrungen gemacht, als der erste Ausbausub der Offs-  
 2334 hore-Windkraft ins Stocken geriet. Klar ist: Ohne zusätzliche Schwerlast-Hafenflächen wird  
 2335 die Energiewende nicht gelingen. Doch das Wachstum der Offshore-Industrie bietet nicht nur  
 2336 Chancen für die Häfen an der Westküste, sondern auch für unsere Werften. Insbesondere  
 2337 die FSG/Nobiskrug verfügt mit ihrer Belegschaft über enormes Potenzial, um die Erneuerba-  
 2338 ren auf See entscheidend voranzubringen. Nur wenn wir diese Potenziale gezielt nutzen,  
 2339 können wir die maritime Wirtschaft im Norden als wirtschaftlichen Standortfaktor stärken und  
 2340 unseren Häfen eine langfristige Perspektive bieten.  
 2341

- 2342
- 2343
- 2344
- 2345
- 2346
- 2347
- 2348
- 2349
- 2350
- 2351
- 2352
- 2353
- 2354
- 2355
- 2356
- 2357
- 2358
- 2359
- 2360
- 2361
- 2362
- 2363
- 2364
- 2365
- 2366
- Wir wollen die **Hafenstrategie der Bundesregierung** weiterentwickeln und konsequent umzusetzen. Dazu gehört insbesondere die Transformation der Häfen zu Energiehubs und die Schaffung zusätzlicher Schwerlastflächen für den Offshore-Ausbau. Angesichts der nationalen Bedeutung dieser Projekte müssen wir auch die Rolle kleinerer Häfen, insbesondere in Schleswig-Holstein, stärker berücksichtigen.
  - Wir wollen **kritische Werftkapazitäten** für unser Land sichern. Für uns steht fest: Der Bund muss sich an Lösungen für die Zukunft unserer Werften wie der FSG beteiligen, denn diese sind entscheidend für die maritime Industrie und die Energiewende. Es darf keine Einzelentscheidungen mehr geben – die Zukunft der Branche muss strategisch angegangen werden.
  - Wir wollen, dass unsere regionale Wirtschaft vom staatlich geförderten Ausbau der **Offshore-Windkraft** profitiert und dadurch Industriearbeitsplätze im Norden erhalten und geschaffen bleiben. Insbesondere ungenutzte Werftkapazitäten sollten gezielt für den Bau von Offshore-Anlagen und Spezialschiffen genutzt werden. Der Bedarf an solchen Schiffen wird in den kommenden Jahren stark steigen. Während solche Schiffe derzeit vorwiegend im Ausland gebaut werden, müssen wir sicherstellen, dass diese strategisch wichtigen Kapazitäten in Deutschland verfügbar sind. Nur so können wir gewährleisten, dass die benötigten Schiffe rechtzeitig und zuverlässig bereitstehen.
  - Wir wollen, dass die **erneuerbaren Energien** insbesondere an der Westküste noch stärker zum Standortvorteil werden. Wir wollen bei Ansiedlungen von energieintensiven Industrien die direkte Nutzung von Windstrom erleichtern.
  - Wir wollen, dass **wichtige Ausbildungszentren** für die maritime Wirtschaft wie das Maritime Zentrum an der Hochschule Flensburg oder die Seefahrtsschule Flensburg verlässlich gefördert werden.

2367

2368

## 2369 **Digitale Spaltung verhindern, digitale Infrastruktur flächendeckend ausbauen**

2370 Die Digitalisierung prägt wie kaum eine andere Entwicklung das Leben im 21. Jahrhundert.

2371 Hierdurch entstehen neue Chancen, aber auch neue Formen der sozialen Ungleichheit. Es

2372 ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass alle Menschen Zugang zu digitaler Teil-

2373 haben. Für uns ist die digitale Daseinsvorsorge eine öffentliche Aufgabe. Durch die zuneh-

2374 mende Digitalisierung im Wirtschafts- und Privatleben besteht ein großes und drängendes

2375 Bedürfnis, die digitale Infrastruktur erheblich auszubauen. Breitbandversorgung ist ein ent-

2376 scheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden. Gerade im ländlichen

2377 Raum ist die schnelle Internetversorgung bei weitem noch nicht flächendeckend.

- 2378
- 2379
- 2380
- 2381
- 2382
- Wir wollen, dass der Bund seine Anstrengungen verstärkt, den **Ausbau des schnellen Internets** auch in den nächsten Jahren weiter voranzubringen und die Gemeinden dabei zu unterstützen, Lösungen vor Ort zu erarbeiten. Das Recht auf schnelles Internet muss gesetzlich geregelt werden, da es zur Daseinsvorsorge gehört. Auch im **ländlichen Raum** muss eine **flächendeckende Versorgung** sichergestellt sein.

- 2383
- 2384
- 2385
- 2386
- Wir wollen, dass alle Schulen und außerschulischen Lernorte wie Bibliotheken und Volkshochschulen schnellstmöglich mit Glasfaserkabeln an das Breitbandnetz angeschlossen werden. Diese Orte spielen für uns eine besondere Rolle, weil sie Kompetenzen im Umgang mit neuen Medien vermitteln.

- 2387
- 2388
- 2389
- 2390
- Wir wollen den Ausbau von **WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum** überall, wo es sinnvoll ist, fördern. Neben der Unterstützung von WLAN-Zugängen von kommerziellen Anbietern setzen wir uns insbesondere für freie, öffentliche WLAN-Zugänge/Netze wie z. B. die Freifunkinitiative ein.

- 2391 • Wir wollen, dass in und an öffentlichen Gebäuden **kostenloses WLAN** zur Verfügung ge-  
2392 stellt wird. Vor allem an Schulen und in Bibliotheken muss es einen freien WLAN-Zugang ge-  
2393 ben.
- 2394 • Wir wollen, dass der **Bund seine Anstrengungen** verstärkt, den Ausbau des schnellen In-  
2395 ternets auch in den nächsten Jahren weiter voranzubringen und die Gemeinden dabei zu un-  
2396 terstützen, Lösungen vor Ort zu erarbeiten.
- 2397 • Wir wollen eine **weitgehende Digitalisierung** von Verwaltungsprozessen auf allen staatli-  
2398 chen Ebenen, um einen besseren Service zu leisten und mehr Transparenz herzustellen.  
2399 Dabei darf der Datenschutz nicht vernachlässigt werden.
- 2400 • Wir wollen, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung persönlicher Daten im Rahmen  
2401 öffentlicher Aufgaben **nicht privatisiert** wird. Ein verlässlicher Datenschutz ist ebenfalls Teil  
2402 der digitalen Daseinsvorsorge.
- 2403
- 2404
- 2405
- 2406
- 2407
- 2408
- 2409
- 2410
- 2411
- 2412
- 2413
- 2414
- 2415
- 2416
- 2417
- 2418
- 2419
- 2420
- 2421
- 2422
- 2423
- 2424
- 2425
- 2426
- 2427

## 2428 **Regional und Nachhaltig: Wir brauchen eine andere Land-** 2429 **wirtschaftspolitik**

2430 Die Landwirtschaft ist ein prägender Wirtschaftsbereich in Schleswig-Holstein, doch sie steht  
 2431 seit Jahrzehnten unter einem massiven Druck. Das haben auch die Proteste der Bauern An-  
 2432 fang 2024 wieder gezeigt. Der Strukturwandel und das Höfesterben greifen um sich. Wer  
 2433 nicht wachsen will, muss weichen. Dazu kommt der politische und der gesellschaftliche  
 2434 Wunsch nach Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion. Deshalb fühlen sich  
 2435 viele Bauern unter enormen Druck und reagieren sehr emotional auf jeder Verringerung ihrer  
 2436 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

2437 Die Diskussionen um mehr Tierwohl und Umweltbelastungen aus Dünge- und Pflanzen-  
 2438 schutzmitteln schaffen Verunsicherungen in der Landwirtschaft. Auch der Klimawandel wirkt  
 2439 sich insbesondere durch Wetterextreme negativ aus. Gleichzeitig sind die Preise für landwirt-  
 2440 schaftliche Produkte nicht immer auskömmlich. Dieser Druck gipfelte in bundesweiten Pro-  
 2441 testen und Aktionen der Landwirt:innen.

2442 Bei allem Verständnis müssen solche Proteste z.B. bei der geplanten Erhöhung der Diesell-  
 2443 steuer gewaltfrei und innerhalb der demokratischen Rahmen bleiben. Der SSW will zwar  
 2444 eine andere Landwirtschaftspolitik, die regionaler und nachhaltiger ist, aber die Landwirt-  
 2445 schaft muss so aufgestellt sein, dass die Landwirte eine Zukunft in Schleswig-Holstein ha-  
 2446 ben. Für regionale und nachhaltige Landwirtschaftspolitik benötigen wir faire Bedingungen  
 2447 und Anreize für die regionale Produktion unserer Lebensmittel. Statt den LandwirtInnen aktiv  
 2448 und finanziell bei der Existenzsicherung zu helfen, geschieht mit der Streichung der Agrar-  
 2449 dieselvevergütung und der Kfz-Steuerbefreiung genau das Gegenteil. Stattdessen sollten wir  
 2450 gezielte Zuschüsse priorisieren, die der Transformation Schwung verleihen und ein Höfester-  
 2451 ben verhindern.

2452  
 2453 Uns eint das Ziel, die Herausforderungen zu meistern, vor denen die Landwirtschaft steht,  
 2454 und zu klären, wie der Klimawandel und die Biodiversitätskrise bewältigt werden können. Wir  
 2455 wollen so schnell wie möglich eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft, die ressourcenschon-  
 2456 end und nachhaltig arbeitet, Aspekte des Tierwohls, der Biodiversität, des Gewässer- und  
 2457 des Bodenschutzes stärker berücksichtigt und es mit den Herausforderungen des Klimawan-  
 2458 dels und der Wetterextreme aufnehmen kann.

2459 Es muss viel ändern. Maßgeblich ist, dass sich eine neue Bundesregierung sich endlich für  
 2460 eine echte Reform der EU-Agrarförderung einsetzt. Soziale Aspekte und der gesellschaftli-  
 2461 che Wunsch nach mehr Umwelt- und Klimaschutz und Tierwohl müssen in den Fokus der  
 2462 EU-Zahlungen rücken. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, bei dem aber auch klar  
 2463 sein muss: Die Stärkung des Tierwohl wird entsprechende Hilfen für unsere LandwirtInnen  
 2464 benötigen, um eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu sichern.

- 2465 • Wir wollen, dass die **bäuerliche Landwirtschaft** ein wichtiger **Teil unserer Gesell-**  
 2466 **schaft** in Schleswig-Holstein bleibt.
- 2467 • Wir wollen die Düngeeinträge in unsere Gewässer minimieren. Wir wollen eine mo-  
 2468 derne Düngeverordnung und Untersuchungsmethoden sowie Warnstufen, die früh-  
 2469 zeitig anschlagen. Dabei müssen wir auch die Zusammenarbeit mit Dänemark zum  
 2470 Schutz unserer gemeinsamen Förde stärken.
- 2471 • Wir wollen das **Grund- und Oberflächenwasser** besser **schützen**. Dafür benötigen  
 2472 wir Regeln, wie Düngeüberschüsse aus Stickstoff und Phosphat reduziert werden  
 2473 sollen. Die Ausbringung der Nährstoffe muss effizienter werden, um Eutrophierung  
 2474 (Nährstoffüberangebot in Gewässern) zu verhindern. Gleichzeitig müssen die not-  
 2475 wendigen Investitionen der Landwirtschaft in Techniken zur besseren Ausbringung  
 2476 und Einarbeitung von Düngemitteln bezahlbar sein.

- 2477 • Wir wollen den **Vertragsnaturschutz stärken**, um Anreize für landschaftspflegerische Maßnahmen zu schaffen und naturnahe Kulturlandschaften besser zu schützen.  
2478
- 2479 • Wir wollen, dass **Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes finanziell kompensiert** werden, um einen Anreiz für die Landwirt:innen zu schaffen, diese umzusetzen.  
2480
- 2481 • Wir wollen das **Grünland weiter stärken**, auch weil es als biologische CO<sub>2</sub>-Senke einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.  
2482
- 2483 • Wir wollen die **Nutzung von Niederungsbereichen und Moorflächen anpassen** und sie wieder in einen Zustand versetzen, in dem sie ihre Funktion als **CO<sub>2</sub>-Speicher** besser wahrnehmen können. Zum Erhalt dieser Flächen brauchen wir Klimaschutz- und Flächenprogramme.  
2484  
2485  
2486
- 2487 • Wir wollen, dass **Biodiversität in der Landwirtschaft** stärker berücksichtigt wird. Dafür muss das Thema auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung gestärkt werden.  
2488
- 2489 • Wir wollen einen **besseren Insektenschutz**. Programme für Blühflächen müssen verstärkt werden.  
2490
- 2491 • Wir wollen **keinen Einsatz von Glyphosat**, weder im privaten noch im Agrarbereich. Pflanzenschutzmittel dürfen nicht gesundheitsgefährdend sein. Mechanische und ökologische Bewirtschaftungsformen müssen stärker in Betracht gezogen werden.  
2492  
2493
- 2494 • Wir wollen, dass der Einsatz von **Antibiotika, Hormonen und Medikamenten in der Tierproduktion** auf ein verantwortliches Maß **reduziert** wird, denn wir benötigen lebensrettende Reserveantibiotika für die Humanmedizin, um die weitere Zunahme von Resistenzen zu vermeiden.  
2495  
2496  
2497
- 2498 • Wir wollen, dass die **EU-Agrarförderung** sich stärker an **sozialen und ökologischen Standards** orientiert. Dafür brauchen wir eine Reform der EU-Agrarzahlungen.  
2499  
2500
- 2501 • Wir wollen, dass **sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft** unterstützt werden, da beide ihre Berechtigung haben. Die Umstellung hin zu einer ökologischen Landwirtschaft muss verbessert werden.  
2502  
2503
- 2504 • Wir wollen die Wertschöpfung und Wertschätzung landwirtschaftlicher Produkte stärken. Die **regionale Vermarktung** landwirtschaftlicher Produkte muss gestärkt werden. In Vermarktungsstrategien müssen Regionalität, Nachhaltigkeit und fairer Handel berücksichtigt werden.  
2505  
2506  
2507
- 2508 • Wir wollen die **Veredlung landwirtschaftlicher Produkte** in den Regionen fördern. Der Transport von Lebensmitteln muss auf ein Minimum reduziert werden. Dies trägt auch zu mehr Klimaschutz bei und schafft qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort.  
2509  
2510
- 2511 • Wir wollen, dass alle Verbraucher:innen **Zugang zu hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln** haben. Bioprodukte sowie nachhaltig und regional produzierte Nahrungsmittel müssen auch für Geringverdiener erschwinglich sein.  
2512  
2513
- 2514 • Wir wollen, dass der **Verbraucherschutz gestärkt** wird. Deklarationen und Qualitätssiegel auf Lebensmitteln müssen leicht verständlich sein.  
2515
- 2516 • Wir wollen den **Transport von lebenden Tieren** national und international **begrenzen**. Das stärkt die regionalen Veredlungsbetriebe, schafft qualifizierte Arbeitsplätze  
2517

2518 und erhöht das Vertrauen der Verbraucher:innen. Mindeststandards für Lohn- und Ar-  
 2519beitsbedingungen in der Fleischproduktion müssen eingehalten werden – unsoziale  
 2520Beschäftigungsverhältnisse oder Leiharbeit dürfen kein Geschäftsmodell sein.

2521 • Wir wollen, dass die **regionale Produktion** von landwirtschaftlichen Produkten nicht  
 2522unter den **Freihandelsabkommen der EU leiden**. Die Abkommen müssen sicher-  
 2523stellen, dass die in der EU geltenden ökologischen, sozialen, ökonomischen und Ver-  
 2524braucherschutz-Standards eingehalten werden.

2525

2526

## 2527 **Fischerei als Traditionsberuf in Schleswig-Holstein erhalten**

2528 Die schleswig-holsteinische Fischerei ist ein Traditionsberuf und in vielen Küstenstädten ver-  
 2529ankert. Sie ist auch aus touristischer Sicht ein Gewinn für die Standorte. Wir setzen uns wei-  
 2530terhin für den Erhalt der traditionellen und nachhaltigen Fischerei ein. Auch die Fischerei  
 2531muss die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigen. Die Fischer:innen tragen  
 2532auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen zum Schutz von Schweinswalen und tauchenden  
 2533Meeresenten bei.

2534 Gleichwohl müssen die Interessen der Fischerei gewahrt bleiben, damit dieser Wirtschafts-  
 2535zweig nicht verschwindet. Die scharfen Restriktionen und Quotenregelungen sind ein Aus-  
 2536läufer einer jahrzehntelangen verfehlten und falsch gelenkten EU-Fischereipolitik, die nicht  
 2537auf Nachhaltigkeit ausgerichtet war. Heute werden den Fischer:innen knallhart Quoten vor-  
 2538geschrieben, die zum Teil existenzgefährden sind. Wir werden uns im Bundestag für eine  
 2539Änderung der EU-Fischereipolitik einsetzen.

2540

2541 • Wir wollen die handwerkliche und traditionelle **Fischerei sichern und fördern**; ihre  
 2542wirtschaftliche Existenz darf nicht gefährdet werden. Überlebensfähige Fischbe-  
 2543stände sind dafür die Voraussetzung, darum setzen wir uns für nachhaltige Fangme-  
 2544thoden ein und lehnen die industrielle Überfischung ab.

2545 • Wir wollen, dass **Fischbestände** sich **reproduzieren** können. Dafür benötigen wir  
 2546auf einer wissenschaftlichen Grundlage festgelegte Fangquoten, deren Einhaltung  
 2547besser überwacht wird.

2548 • Wir wollen **gemeinsam** mit den Fischereibetrieben und Fischereigenossenschaften  
 2549**tragfähige Lösungen** erarbeiten, um wirtschaftliche Herausforderungen zu überste-  
 2550hen.

2551 • Wir wollen **keine schwere Schleppnetzfischerei** oder anderes schweres Geschirr **in**  
 2552ökologisch **sensiblen Gebieten**.

2553 • Wir wollen, dass die erfolgreiche **freiwillige Vereinbarung zum Schutz von**  
 2554**Schweinswalen und Meeresenten** fortgesetzt wird.

2555 • Wir wollen die **nachhaltige Fischerei** in deutschen Gewässern **stärken**. Das beste-  
 2556hende MSC-Siegel (Marine Stewardship Council) für eine zertifizierte und nachhaltige  
 2557Fischerei muss weiterentwickelt werden.

2558 • Wir wollen die **regionale Vermarktung** von Fischereiprodukten stärken. Das erhöht  
 2559die Wertschöpfung auch für die handwerkliche Fischerei.

- 2560  
2561
- Wir wollen die kontrollierte und nachhaltige Aufzucht von Fischen, Muscheln, Krebsen oder Algen durch **Aquakultur** weiter **stärken**.
- 2562  
2563  
2564
- Wir wollen ein bundesweites und in europäischem Kontext abgestimmtest Kormoranmanagement, um den Schutz von Artenvielfalt und Fischereibeständen zu gewährleisten.
- 2565  
2566  
2567
- Wir wollen die Fischereikomponente des Windenergie auf See Gesetzes sichern. Der Bund muss sicherstellen, dass die Mittel tatsächlich unserer regionalen Fischerei zugute kommen.
- 2568  
2569  
2570  
2571  
2572  
2573  
2574  
2575  
2576  
2577  
2578  
2579  
2580  
2581  
2582  
2583  
2584  
2585  
2586  
2587  
2588  
2589  
2590  
2591  
2592  
2593



## 2594 **Finanzpolitik nicht auf dem Rücken der Schwächsten**

2595 Die Wirtschafts- und Finanzpolitik darf nicht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft ge-  
 2596 hen. Auch der Mittelstand darf nicht weiter finanziell belastet werden. Stattdessen wollen wir  
 2597 das Steuerrecht gerechter machen, indem Großunternehmen und die Vermögendsten durch  
 2598 höhere Beiträge zum Gemeinwesen beitragen, damit Menschen mit kleinen oder mittleren  
 2599 Einkommen entlastet werden.

2600 Die Rente muss zukunftssicher für alle Schichten der Bevölkerung sein. Wir wollen eine ge-  
 2601 rechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für alle. Die Vereinbarkeit von Familie und  
 2602 Beruf muss stark verbessert werden. Dazu gehört u.a. die Finanzierung der Betreuungs-  
 2603 plätze und eine steuerliche Erleichterung des Homeoffice.

2604 Wir stehen für einen modernen und leistungsfähigen Staat, der den Menschen die Dienstleis-  
 2605 tungen und Hilfen anbietet, die sie für das tägliche Leben benötigen. Das Schlüsselwort ist  
 2606 Daseinsvorsorge. Wir wollen und brauchen einen handlungsstarken Staat, der mit den Steu-  
 2607 ergeldern seiner Bürger:innen sorgsam umgeht, in Kooperation mit den Kommunen die Da-  
 2608 seinsvorsorge vor Ort sicherstellt, Investitionen zum Gemeinwohl tätigt und für die Bedürfti-  
 2609 gen soziale Sicherungssysteme bereitstellt.

2610  
 2611

## 2612 **Die arbeitende Mitte entlasten**

2613 Keine weitere finanzielle Belastung der arbeitenden Mitte, sondern höhere Besteuerung der  
 2614 Vermögenden. Die finanzielle Belastung der deutschen Mittelschicht durch Steuern und So-  
 2615 zialabgaben ist erdrückend. Die arbeitende Mitte der Gesellschaft war und ist allen Wahlver-  
 2616 sprechen zum Trotz der Lastesel der Gesellschaft. Auch die unteren Einkommen leiden un-  
 2617 ter Sozialbeiträgen, die nahezu ohne Freibeträge direkt greifen und das Einkommen reduzie-  
 2618 ren.

2619 Zudem hat sich, wie eine Studie des DIW ergeben hat, seit der Jahrtausendwende die  
 2620 Schere zwischen Arm und Reich stark erhöht. Mit 14 Billionen Gesamtvermögen ist die Bun-  
 2621 desrepublik eines der reichsten Länder der Welt. Ein Drittel des Gesamtvermögens der Deut-  
 2622 schen gehört jedoch dem reichsten Prozent der Bevölkerung. Im Gegensatz zu Ländern wie  
 2623 USA, Kanada und Großbritannien gibt es in der Bundesrepublik keine nennenswerte Vermö-  
 2624 gens- und Erbschaftsbesteuerung.

- 2625 • Wir wollen eine konsequente Umsetzung des **Konnexitätsprinzips**. Wenn Bund oder  
 2626 Länder Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie gleichzeitig die Finan-  
 2627 zierung sicherstellen.
- 2628 • Wir wollen **Eltern und Familien bestmöglich entlasten**. Dazu gehört für uns auch  
 2629 die Forderung nach einem 7% Mehrwertsteuersatz auf Baby Produkte. Gerade in Zei-  
 2630 ten, in denen es meistens nur ein Einkommen für Familien gibt, wäre das eine finan-  
 2631 zielle Erleichterung.

2632  
 2633

## 2634 **Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden**

2635 Wir stehen für ein Land, in dem die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Leistun-  
 2636 gen in öffentlicher Hand bleiben muss. Die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wärme und  
 2637 Wohnraum, Öffentlicher Nahverkehr oder die Abfallentsorgung sind Aufgaben, die nicht an  
 2638 private, marktwirtschaftlich arbeitende Unternehmen ohne staatliche Kontrolle und Einfluss-  
 2639 möglichkeiten abgegeben werden dürfen. Zur Daseinsvorsorge gehören auch Sparkassen

2640 oder Genossenschaftsbanken, welche die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen si-  
 2641 chern und wichtige Part- ner:innen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der Region sind.  
 2642 • Wir wollen, dass **Aufgaben der Daseinsvorsorge** nicht weiter privatisiert werden. Dazu  
 2643 gehört für uns auch die Gesundheitsvorsorge. Wir wollen eine deutliche Erhöhung der jährli-  
 2644 chen Fördermittel des Landes nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, damit notwen-  
 2645 dige Investitionen getätigt werden können.  
 2646 • Wir wollen, dass die noch **vorhandenen Krankenhäuser** der Kreise in öffentlicher Hand  
 2647 bleiben, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu sichern. Dabei muss der  
 2648 Bund die Krankenhausfinanzierung adäquat gestalten.  
 2649 • Wir wollen, dass die Energieversorgung überall dort, wo es möglich ist, in öffentliche Hände  
 2650 zurückgebracht wird.  
 2651 • Wir wollen die **öffentlich-rechtliche Sparkassenstruktur** erhalten. Eine Privatisierung des  
 2652 Sparkassenwesens ist für uns nicht akzeptabel.  
 2653 • Wir wollen, dass den Menschen in Schleswig-Holstein **flächendeckend Breitbandverbin-**  
 2654 **dungen (FTTH)** mit einer Datengeschwindigkeit von mindestens 100 Mbit zur Verfügung ste-  
 2655 hen.  
 2656

### 2657

### 2658 **Steuerrecht sozialer gestalten: Großunternehmen und die Vermögendsten hö-**

### 2659 **her besteuern, kleine und mittlere Einkommen entlasten**

2660 Wir wollen das Steuerrecht endlich vereinfachen und gerechter gestalten. Kleinere und mitt-  
 2661 lere Einkommen wollen wir deutlich entlasten, damit sie wieder mehr von ihrem Geld haben,  
 2662 während z. B. Großunternehmen und Superreiche mehr zur Finanzierung des Gemeinwe-  
 2663 sens beitragen können und sollten. Es gilt, insgesamt ein ausgewogenes System zu schaf-  
 2664 fen, um das Gemeinwesen, das allen gehört, für alle da ist und von allen gemeinschaftlich  
 2665 finanziert wird, als einen solidarischen Verbund zu stärken und zu erhalten.  
 2666 • Wir wollen einen **armutsfesten Mindestlohn** in Höhe von **15 Euro**.  
 2667 • Wir wollen, dass niedrige Einkommen bei den **Sozialbeiträgen entlastet** werden, damit es  
 2668 sich lohnt, Arbeit anzunehmen.  
 2669 • Wir wollen zusätzlich zu der Entlastung von den Sozialbeiträgen den **Grundfreibetrag er-**  
 2670 **höhen**, um die unteren Einkommen auch bei die der Rentner bei der Einkommenssteuer zu  
 2671 entlasten.  
 2672 • Wir wollen eine **Reform des Ehegatt:innensplittings**. Die Ehe wird von Seiten des Staa-  
 2673 tes weiterhin begünstigt und gilt immer noch als klassisches Familienmodell. Dies wird be-  
 2674 sonders im Ehegatt:innen- splitting deutlich. Der Splittingvorteil ist gerade für Alleinverdie-  
 2675 ner:innen-Ehen mit hohem Einkommen erheblich größer. Inzwischen gibt es jedoch deutlich  
 2676 vielfältigere Lebensentwürfe, Einkommenssituationen und Familienkonstellationen. Mit einer  
 2677 Reform des Ehegatt:innensplittings hin zu einem Familiensplitting wollen wir dieser Lebens-  
 2678 realität Rechnung tragen und echte Steuergerechtigkeit für alle Familien schaffen.  
 2679 • Wir wollen **extrem hohe Einkommen und Gewinne** angemessen besteuern. Es geht uns  
 2680 nicht um Sozialneid den Vermögendsten gegenüber – ein hohes Vermögen kann durchaus  
 2681 hart erarbeitet worden sein und Respekt verdienen. Aber die Steuersätze für diese Kategorie  
 2682 sollen auf ein angemessenes Niveau angehoben werden, weil starke Schultern mehr tragen  
 2683 können als schwache.  
 2684 • Wir wollen, dass die Staatseinnahmen durch Einführung einer **Vermögenssteuer** erhöht  
 2685 werden. Dies dient der gerechten Verteilung der steuerlichen Belastung und der Einkommen  
 2686 der Bürger:innen. Hier muss es für Bürger:innen angemessene Freibeträge geben.

- 2687 • Wir eine **Erbschaftsteuerreform**, die die Steuerbelastung durch die Erbschaftsteuer ge-  
 2688 rechter gestaltet. Die Privilegierung großer Erbschaften gilt es zu beseitigen. Gleichzeitig ist  
 2689 es wichtig, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen durch großzügige Freibeträge  
 2690 geschützt werden
- 2691 • Wir wollen, dass mindestens in der **EU eine Finanztransaktionssteuer** für sämtliche Um-  
 2692 sätze am Wertpapiermarkt erhoben wird. Sollte eine EU-weite Finanztransaktionssteuer nicht  
 2693 möglich sein, befürworten wir die Einführung dieser Steuer auf nationaler Ebene. Für Klein-  
 2694 sparer:innen muss es einen Freibetrag von mindestens 3.000 € Umsatz jährlich geben.
- 2695 • Wir wollen, dass internationale Konzerne ihre Steuern künftig dort entrichten, wo die Um-  
 2696 sätze er- zielt werden. **Steuerliche Schlupflöcher**, etwa durch Gewinnverschiebung in Steu-  
 2697 eroasen, müssen endlich geschlossen werden. Die daraus entstehenden Steuerschäden  
 2698 sind immens und müssen weltweit angegangen werden. Die Einigung über die Reform der  
 2699 internationalen Unternehmensbesteuerung aus dem vergangenen Jahr ist ein richtiger und  
 2700 wichtiger Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit, auch Deutschland und Schleswig-Holstein  
 2701 müssen aber an diesen Steuereinnahmen beteiligt werden.
- 2702 • Wir wollen Privatanleger:innen bei ihrer **privaten Altersvorsorge** unterstützen, darum wol-  
 2703 len wir die langfristige Anlage in Wertpapiere steuerlich entlasten. Hierfür schlagen wir ers-  
 2704 tens vor, ein privates Altersvorsorgekonto einzurichten. Kursgewinne, Ausschüttungen und  
 2705 Zinserträge innerhalb dieses Kontos bleiben steuerfrei, solange sie nicht vor Renteneintritt  
 2706 entnommen werden. Das Konto wird als nicht verwertbares Vermögen eingestuft, muss nicht  
 2707 für die Grundsicherung aufgelöst werden und ist vor Pfändung geschützt. Zweitens wollen  
 2708 wir den Sparerpauschbetrag deutlich erhöhen. Die voraus- schauenden fleißigen Kleinanle-  
 2709 ger:innen sollen sich für ihre Sparanstrengungen und Vorsorgeleistungen belohnen dürfen  
 2710 und nicht mit hohen Steuersätzen bestraft werden.
- 2711 • Wir wollen **Homeoffice steuerlich besser berücksichtigen** und Homeoffice, Heimarbeits-  
 2712 plätze und Telearbeit als Teil der modernen Arbeitswelt weiterentwickeln. Das Arbeiten im  
 2713 Homeoffice hat sich während der Coronakrise bewährt. Aufwendungen für Heimarbeitsplätze  
 2714 sollen künftig auch dann als Werbungskosten steuerlich berücksichtigt werden, wenn der  
 2715 Heimarbeitsplatz nicht den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit bildet.
- 2716 • Wir wollen qualifizierte Steuerbeam:innen in den unterbesetzten Fachabteilungen einset-  
 2717 zen, beispielsweise in der Steuerfahndung. Zurzeit arbeiten viele speziell ausgebildete Steu-  
 2718 erfachleute in den Geschäftsstellen der Finanzämter, wo sie allgemeine Verwaltungsaufga-  
 2719 ben übernehmen. Obwohl auch dort ein allgemein hoher Bedarf an qualifiziertem Personal  
 2720 besteht, sind die Qualifikation und Fachkenntnisse der Steuerbeam:innen auf diesen Posten  
 2721 nicht optimal eingebracht. Wir wollen durch entsprechende Querversetzungen dafür sorgen,  
 2722 dass die Kompetenz der Fachleute optimal eingesetzt wird und so zu Steuermehreinnahmen  
 2723 führt.
- 2724
- 2725
- 2726 **Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen sozial- und naturverträglich gestalten**
- 2727 Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit; wir müssen entsprechende  
 2728 Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen treffen. Für Schleswig-Holstein mit seinen Küsten  
 2729 und der flachen Landschaft ist dies überlebenswichtig. Wir wollen und müssen dafür sorgen,  
 2730 dass auch kommende Generationen in Schleswig-Holstein gut leben können. Dabei ist klar,  
 2731 dass wir Klimaschutz und Energiewende nur effektiv umsetzen können, wenn dies für Men-  
 2732 schen mit kleinen oder mittleren Einkommen bezahlbar bleibt. Wenn etwa wegen der Erhö-  
 2733 hung der CO<sub>2</sub>-Steuer die Kosten für Autos und Wohnungen steigen, muss Mobilität anders

2734 (etwa durch einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr) gesichert und die Menschen fi-  
 2735 nanziell entlastet werden. Eine soziale Schieflage durch die Kosten von Klimaschutzmaß-  
 2736 nahmen gilt es zu verhindern. Wir stehen dafür, beim Umwelt- und Klimaschutz alle mitzu-  
 2737 nehmen – das geht nur über eine sozialverträgliche Umsetzung.

2738

2739 • Wir wollen **erneuerbare Energien** überall dort fördern, wo es in und für Schleswig-Holstein  
 2740 sinnvoll ist. Wir wollen durch Transparenz und Dialoge auf Augenhöhe Akzeptanz herstellen,  
 2741 z. B. bei Offshore-Windparks, Bürger:innenwindparks oder der Förderung von Wasserstoff-  
 2742 technik.

2743 • Wir wollen den **ÖPNV attraktiver** machen, nicht den motorisierten Individualverkehr unbe-  
 2744 zahlbar. Statt die Kraftstoffpreise über Steuern immer höher zu treiben und die Menschen so  
 2745 in ihrer Mobilität einzuschränken, wollen wir in den massiven Ausbau des ÖPNV-Netzes in-  
 2746 vestieren und schrittweise eine kostengünstige oder gar kostenlose Nutzung ermöglichen.  
 2747 Auf diese Weise wollen wir viele Menschen davon überzeugen, freiwillig auf den klimafreund-  
 2748 lichen ÖPNV umzusteigen.

2749 • Wir wollen vornehmlich die Industrie und die Großunternehmen **zur Kasse** bitten, nicht die  
 2750 Privathaushalte. Der EU-Emissionshandel (EU-ETS) muss sektorenübergreifend und über  
 2751 Staatsgrenzen hinaus (möglichst global) ausgeweitet werden. Über dieses Emissionshan-  
 2752 delssystem sparen diejenigen viel Geld, die in klimafreundliche Technologien investieren und  
 2753 nachhaltig wirtschaften, da sie keine oder nur wenige teure CO<sub>2</sub>-Zertifikate erwerben müs-  
 2754 sen. So werden Anreize geschaffen, um CO<sub>2</sub> im großen Maßstab einzusparen. Artikel 6 des  
 2755 Pariser Klimaschutzabkommens hat hierfür eine rechtliche Basis geschaffen, die auch einen  
 2756 Transfer von Zertifikaten zwischen Staaten ermöglicht und so zur Steigerung der Klima-  
 2757 schutzambitionen einzelner Staaten beitragen soll. Das schafft einen Anreiz, Treibhaus-  
 2758 gasemissionen insbesondere dort zu reduzieren, wo dies zu den geringsten Kosten und der  
 2759 höchsten Effektivität möglich ist.

2760 • Wir wollen **einen effektiven Umwelt- und Klimaschutz**; dieser kann nur international gelin-  
 2761 gen. Wir wollen Gesetzgebung ideologiefrei, technologieoffen und innovationsfördernd ge-  
 2762 stalten und Projekte, Maßnahmen und Technologien fördern, welche die Belastungen für die  
 2763 Umwelt nachweislich gering halten.

2764

2765

### 2766 **Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen**

2767 Infolge der Coronakrise ist das Interesse an „sicheren“ Arbeitsplätzen insgesamt gestiegen.  
 2768 Dies haben auch viele Bereiche des öffentlichen Dienstes an entsprechenden Bewerberzah-  
 2769 len gespürt. Für die Arbeitgeber:innen bietet sich dadurch die Gelegenheit, jetzt verstärkt für  
 2770 eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu werben, um dem Fachkräftemangel in den Ver-  
 2771 waltungen entgegenzuwirken. Gleichzeitig bleibt die allgemeine Wettbewerbssituation natür-  
 2772 lich bestehen. Auch der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein steht im Wettbewerb um gu-  
 2773 tes und gut ausgebildetes Personal – und zwar nicht nur mit der Privatwirtschaft, sondern  
 2774 auch mit der Bundesverwaltung und anderen Landesverwaltungen.

2775 • Wir wollen, dass das **Weihnachtsgeld für Beamt:innen** weiterhin gezahlt wird und sich  
 2776 der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzt, dass auch in den Ländern das  
 2777 Weihnachtsgeld oder eine entsprechende Sonderzahlung weiterhin gezahlt, beziehungs-  
 2778 weise wieder eingeführt wird.

- 2779 • Wir wollen eine weitere **Flexibilisierung der Arbeitszeit** zur besseren Vereinbarkeit von  
 2780 Familie und Beruf umsetzen, die sich an den Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensphasen  
 2781 orientiert.
- 2782 • Wir wollen dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst gerade auch für **Berufseinsteiger:in-**  
 2783 **nen** attraktiv bleibt.
- 2784 • Wir wollen eine **höhere Durchlässigkeit** zwischen den Laufbahngruppen umsetzen.
- 2785 • Wir wollen eine weitere Verbesserung der **Gesundheitsprävention**.
- 2786 • Wir wollen, dass die Kommunen im Sinne der Beschäftigten eine **größere Flexibilität** im  
 2787 Personalmanagement erhalten.

2788  
 2789

### 2790 **Schuldenbremse, Altschuldentilgungsfonds und Bürokratieabbau**

- 2791 • Wir wollen eine **Reform der Schuldenbremse**, um dringend notwendige Investitionen zu  
 2792 ermöglichen, und somit den Sanierungsstau bei landeseigenen Einrichtungen, den Landesstra-  
 2793 ßen, der digitalen Infrastruktur oder im Krankenhausbereich effektiv und kontinuierlich abzu-  
 2794 bauen. Dies könnte geschehen in dem man staatliche Investition in Kernbereichen wie Infra-  
 2795 struktur, Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz von den Beschränkungen der Schulden-  
 2796 Bremse ausnimmt. Sollte eine Grundgesetzänderung zur Anpassung der Schuldenbremse  
 2797 keine politische Mehrheit finden, plädieren wir für eine pragmatische Weiterentwicklung der  
 2798 Konjunkturkomponente. Hierbei sollten Aspekte wie die Ungleichheit der Arbeitsmarktteil-  
 2799 nahme zwischen Frauen und Männern, unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie Langzeitarbeitslosig-  
 2800 keit in die Berechnung des Produktionspotenzials einfließen, um eine realistischere und ge-  
 2801 rechtere Grundlage für finanzpolitische Entscheidungen zu schaffen.
- 2802 • Wir wollen die Diskussion auf Bundesebene um einen **Altschuldentilgungsfonds** wieder  
 2803 aufnehmen. Mit diesem Fonds sollen Zins und Tilgung von Bund, Ländern und Gemeinden  
 2804 gemeinsam übernommen werden. Das Zusammenfassen der Verbindlichkeiten ermöglicht  
 2805 günstige Konditionen für eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt, die auch die Länder- und  
 2806 kommunalen Haushalte entlasten. Die Tilgung der Altlasten ist wichtig, damit sich vor allem  
 2807 Länder und Kommunen aus ihrer Stagnation befreien können. Nur mit einem gemeinsamen  
 2808 Plan zur Schuldentilgung können die öffentlichen Schulden in Deutschland zügig und zielsi-  
 2809 cher beseitigt werden. Der Altschuldentilgungsfonds sollte sich vornehmlich aus zukünftigen  
 2810 neuen Steuereinnahmen speisen.
- 2811 • Wir wollen den **Bürokratieabbau** weiter vorantreiben. So machen wir nicht nur den Men-  
 2812 schen das Leben einfacher, sondern ermöglichen es auch der Wirtschaft, freiwerdende Ka-  
 2813 pazitäten an anderen Stellen gewinnbringend einzusetzen. Dies begünstigt ein schnelleres  
 2814 Wirtschaftswachstum, wovon über Steuern wiederum auch der Staat profitiert.

2815  
 2816

## 2817 **Eine Europäische Union, die nationale Minderheiten** 2818 **schützt und fördert**

2819 In der Europäischen Union gibt es mehr als 60 regionale und Minderheitensprachen. Jeder  
2820 siebte Europäer gehört einer nationalen Minderheit an oder spricht eine Regional- oder Min-  
2821 derheitensprache. Diese Menschen leben das Motto der EU ‚In Vielfalt geeint‘ tagtäglich. Sie  
2822 tragen zur kulturellen Vielfalt bei und müssen dringend gefördert und geschützt werden. Die  
2823 EU muss sich zu ihrer Verantwortung für die nationalen Minderheiten in der EU bekennen  
2824 und hat die Pflicht, ein Umfeld zu schaffen, in dem nationale Minderheiten und ihre Kulturen  
2825 nicht nur akzeptiert, sondern aktiv unterstützt und gefördert werden. Daher setzen wir uns für  
2826 konkrete Maßnahmen ein, die die Anerkennung, den Schutz und die Förderung aller nationa-  
2827 len Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichern. Wir wollen, dass die **Bundesregie-**  
2828 **rung** sich auf **europäischer Ebene** für die folgenden Dinge einsetzt:

- 2829
- 2830 • Wir wollen, dass die **EU-Kommission eine Kommissarin** oder einen Kommissar für  
2831 die nationalen Minderheiten ernannt. Die nationalen Minderheiten brauchen eine di-  
2832 rekte Anlaufstelle in der EU-Kommission an die sie sich wenden können.
- 2833 • Wir wollen, dass die Europäische Union sich zu ihrer **Verantwortung der nationalen**  
2834 **Minderheiten** innerhalb der EU bekennt. Nationalstaaten, die ihre nationalen Minder-  
2835 heiten und Volksgruppe diskriminieren und ihre Rechte verletzen müssen sanktioniert  
2836 werden.
- 2837 • Wir wollen, dass die **Ziele der ‚Minority Safepack Initiative‘** der europäischen Min-  
2838 derheitenorganisationen umgesetzt werden. Der Bund muss sich aktiv und offensiv  
2839 für die Umsetzung der einzelnen Punkte bei der EU-Kommission einsetzen.
- 2840 • Wir wollen uns für eine **EU-Minderheitenpolitik** einsetzen, die die Anerkennung, den  
2841 Schutz und die Förderung aller nationaler Minderheiten und Volksgruppen langfristig  
2842 sichert.
- 2843 • Wir wollen, dass die besondere Minderheitenpolitik des **deutsch-dänischen Grenz-**  
2844 **landes als Vorbild** für andere EU-Grenzregionen genutzt wird.
- 2845 • Wir wollen das **Kompetenzzentrum für Minderheitenfragen** in Flensburg sichtbar  
2846 machen. Die Minderheitenunion FUEV, das Europäische Zentrum für Minderheiten-  
2847 fragen (ECMI) und die Organisationen der dänischen Minderheit bilden dort ein ein-  
2848 maliges Netzwerk zu Minderheitenfragen.
- 2849 • Wir wollen, dass die **Europäische Union ein Europäisches Sprachenzentrum** für  
2850 Regional- und Minderheitensprachen errichtet. Der Landesteil Schleswig bietet sich  
2851 mit seinem geschichtlichen Hintergrund und der vorherrschenden Sprachenvielfalt  
2852 besonders dafür an.
- 2853 • Wir wollen, dass die Bundesregierung sich aktiv für die **gemeinsamen humanisti-**  
2854 **schen Grundwerte und Minderheitenrechte** in allen Mitgliedstaaten der EU ein-  
2855 setzt.
- 2856 • Wir wollen mehr **Flexibilität bei der Aufnahme** von Regional- und Minderheitenspra-  
2857 chen als Amtssprache der EU.
- 2858 • Wir wollen die **Abschaffung des Geoblocking** in der EU im Bereich der audiovisuel-  
2859 len Inhalte, insbesondere in Grenzregionen und in Regionen, in denen nationale Min-  
2860 derheiten ansässig sind.
- 2861 • Wir wollen, dass sich die Bundesregierung aktiv für die Förderung, der sozialen  
2862 Gleichstellung und der Inklusion von **staatenlosen Minderheiten**, wie z.B. der  
2863 Roma, in Deutschland und der EU einsetzt.
- 2864 • Wir wollen, dass politische Vertretungen von nationalen Minderheiten **keiner Sperr-**  
2865 **klausel** bei der Wahl zum Europäischen Parlament unterliegen. Manche Mitglied-  
2866 staaten nutzen die Sperrklausel, um aktiv Parteien von nationalen Minderheiten aus-  
2867 zuschließen.
- 2868

## 2869 **Mehr Demokratie in der Europäischen Union: Für eine starke Wertegemein-** 2870 **schaft**

2871 Die Europäische Union steht an einem entscheidenden Wendepunkt: In Zeiten wachsender  
 2872 populistischer und nationaler Strömungen ist es unerlässlich, unsere demokratischen Werte  
 2873 zu stärken und zu verteidigen. Die Rechtsstaatlichkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten ist  
 2874 da Fundament einer wirkungsvollen Union. Die EU muss sich aktiv dafür einsetzen, diese  
 2875 Werte sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch international zu fördern.

- 2876
- 2877 • Wir wollen, dass die **Europäische Union ihre Werte** innerhalb und außerhalb ihrer  
 2878 Grenzen schützt, fördert und verteidigt. Sie gewährleisten eine Gesellschaft, in der  
 2879 Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität, Nichtdiskriminierung und Gleichheit  
 2880 herrschen.
  - 2881 • Wir wollen, dass die Europäische Union entschlossen für ihre Werte und deren  
 2882 Schutz einsteht. **Verstöße gegen diese Grundwerte** durch Mitgliedstaaten müssen  
 2883 konsequent geahndet werden.  
 2884 Wir wollen eine **Stärkung der Befugnisse** des Ausschusses der Regionen, um regi-  
 2885 onale und lokale Interessen stärker in die Entscheidungsprozesse der EU einzubezie-  
 2886 hen.

- 2887 • Wir wollen, dass das Europäische Parlament ein direktes legislatives **Initiativrecht**  
 2888 erhält. Als einziges vom Europäischen Volke gewählte EU-Organ vertritt es die Inte-  
 2889 ressen der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Eine Ausweitung seiner Befug-  
 2890 nisse stärkt deshalb die demokratische Legitimität der EU.
- 2891 • Wir wollen, dass das in der EU **geltende Einstimmigkeitsprinzip** aufgehoben wird.  
 2892 Es blockiert wichtige Entscheidungen und wird vermehrt aufgrund von nationalen In-  
 2893 teressen ausgenutzt. Stattdessen sollte das Prinzip der qualifizierten Mehrheit einge-  
 2894 führt werden.
- 2895 • Wir wollen, dass die **Europäische Bürgerinitiative reformiert** wird. Erfolgreiche Ini-  
 2896 tiativen müssen die EU-Kommission dazu verpflichten, einen Gesetzesentwurf vorzu-  
 2897 legen. Dies erleichtert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der EU und  
 2898 macht sie demokratischer.

## 2901 Ein Europa der Regionen

2902 Die Europäische Union ist mehr als ein Staatenverbund; sie ist eine dynamische Union von  
 2903 Bürgern und ihren Regionen. Die Regionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Umset-  
 2904 zung vieler EU-Gesetze und sind damit unverzichtbare Akteure in der europäischen Integra-  
 2905 tion. Ihre Stimmen und Bedürfnisse müssen in den politischen Entscheidungsprozessen der  
 2906 EU angemessen berücksichtigt werden. Regionen sind oft die ersten, die die Auswirkungen  
 2907 von EU-Gesetzen spüren und diese vor Ort umsetzen. Sie sind lebendige Räume, in denen  
 2908 europäische Werte und Normen konkret erfahrbar werden. Diese Vielfalt muss gewahrt und  
 2909 gestärkt werden, denn sie ist der Schlüssel zu einem demokratischen und inklusiven Europa.  
 2910 Wenn Regionen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, können sie nicht nur ihre ei-  
 2911 genen Interessen vertreten, sondern auch dazu beitragen, Lösungen zu entwickeln, die allen  
 2912 Europäern zugutekommen.

- 2913
- 2914 • Wir wollen eine **Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** in der EU.  
 2915 Es muss eine Verstärkung und einen Ausbau der Interreg-Mittel im mehrjährigen Fi-  
 2916 nanzrahmen 2028 – 2035 geben.
- 2917 • Wir wollen, dass **EU-Fördermittel so dezentral** wie möglich verteilt werden. Es darf  
 2918 keine Zusammenlegung der Agrar- und Regionalfonds und damit eine Schwächung  
 2919 der Regionen geben.
- 2920 • Wir wollen, dass das **Schengener-Abkommen geschützt** und umgesetzt wird. Of-  
 2921 fene Binnengrenzen sind eine zentrale Errungenschaft der EU. Grenzsicherungen  
 2922 schaden dem innereuropäischen Handel und gefährden die Reisefreiheit der europäi-  
 2923 schen Bürgerinnen und Bürger.

- 2924
- 2925
- 2926
- 2927
- 2928
- 2929
- 2930
- 2931
- Wir wollen, dass **Inseln** in der Europäischen Union einen Sonderstatus in der EU-Gesetzgebung bekommen. Inseln haben besondere geografische, soziale und wirtschaftliche Herausforderungen, die durch einen besonderen Status innerhalb der EU besser gemeistert werden können.
  - Wir wollen, dass der **European Green Deal** weiterhin zielstrebig umgesetzt wird. Da ein Großteil der Maßnahmen von den Regionen der EU umgesetzt wird fordern wir einen dezentraleren Ansatz bei der Durchführung.

2932

### 2933 **Die Europäische Union als Sozialunion**

2934 Die Europäische Union ist weit mehr als eine Wirtschaftsunion; sie ist ein einzigartiges Projekt zur Förderung des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas.

2935 Um in einer zunehmend komplexen Welt zu bestehen, muss die EU ihre soziale Dimension

2936 stärken und zu einer echten Sozialunion werden. Dies bedeutet, dass alle Bürgerinnen und

2937 Bürger, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund, die gleichen Chancen und Rechte genie-

2938 ßen müssen. Wir müssen die sozialen Dimensionen der EU weiterentwickeln, um ein Europa

2939 zu schaffen, das nicht nur für wirtschaftlichen Erfolg steht, sondern auch für soziale Ge-

2940 rechtigkeit und Chancengleichheit. Ein starkes soziales Fundament ist der Schlüssel zu ein-

2941 nem geeinten und stabilen Europa, in dem niemand zurückgelassen wird.

- 2942
- 2943
- 2944
- 2945
- 2946
- 2947
- 2948
- 2949
- 2950
- 2951
- 2952
- 2953
- 2954
- 2955
- 2956
- 2957
- 2958
- Wir wollen, dass die **Europäischen Betriebsräte** im Rahmen der EU-Richtlinie gestärkt werden. Dies fördert die Stärkung der Mitbestimmung bei der dringend notwendigen Transformation hinzu einer klimaneutralen europäischen Wirtschaft.
  - Wir wollen die Verbesserung für **mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** innerhalb der EU. Hierzu gehören die Einführung einer einheitlichen europäischen Sozialversicherungsnummer und Mindeststandard für Unterkünfte.
  - Wir wollen, dass das **EU-Lieferkettengesetz** konsequent umgesetzt wird. Dies sorgt für EU-weite Standards für Arbeitsbedingungen und trägt zu einem fairen Wettbewerb in Europa bei.
  - Wir wollen, dass die EU die Mitgliedstaaten bei der **Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum** unterstützt. Hierzu zählt auch die Umsetzung der EU-Richtlinie zu Kurzzeitvermietungen in besonders touristischen Regionen.
  - Wir wollen die **Erneuerung der EU-Gleichstellungsstrategie**. Der Fokus sollte besonders auf Maßnahmen zur Stärkung der Erwerbsbeteiligung von Frauen liegen.

2959

### 2960 **Eine enge Zusammenarbeit mit Nord- und Ostseeanrainern**

2961 Russlands Aggressionen sind eine große Bedrohung für unsere Ostseeregion. Darauf müs-

2962 sen wir gemeinsam mit unseren Nachbarn reagieren. Wir brauchen eine neue sicherheits-

2963 und umweltpolitische Doktrin für unsere Ostseeregion. Die Bundesregierung muss sich dafür

2964 deutlich stärker in die Ostseekooperation einbringen als bisher.

2965

2966 Auch die Maritime Sicherheit wird in Zukunft eine völlig andere Bedeutung haben. Um den

2967 Schutz unserer kritischen Energieinfrastruktur auf See zu sichern, müssen wir gemeinsam

2968 mit unseren europäischen Partnern mehr tun. Wir brauchen eine neue Ebene der Sicher-

2969 heitszusammenarbeit an der Nord- und Ostsee. Deutschland und Dänemark sollten hier vo-

2970 rangehen

- 2971
- 2972
- 2973
- 2974
- 2975
- Wir wollen, dass das gleichberechtigte Zusammenwirken von regionalen und nationalen Parlamenten der Ostseeanrainer weiter gefördert wird. Dabei wollen wir, dass auch **fraktionslose Abgeordnete** des Deutschen Bundestages an diesen Austausch beteiligt werden können.



- 2976 • Wir wollen, dass die in der Ostsee versenkte **Weltkriegsmunition** aus dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenarbeit mit den anderen Ostseeanrainern geborgen wird.
- 2977
- 2978 • Wir wollen, dass der Bund mehr **Ressourcen für eine Umsetzung** der EU-Ostsee-Strategie zur Verfügung stellt. Dazu gehört, dass die Kooperation in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation
- 2979
- 2980
- 2981 • Wir wollen, dass gerade vor dem Hintergrund des **EU-Austritts Großbritanniens** neben der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit auch eine verstärkte kulturelle Zusammenarbeit angestrebt wird.
- 2982
- 2983
- 2984
- 2985

### **Eine EU für junge Menschen: Zukunftschancen und Mitbestimmung sichern**

Die Zukunft Europas liegt in den Händen der jungen Generation, die mit ihren Ideen, ihrem Engagement und ihrer Energie einen wesentlichen Beitrag zu einer dynamischen und lebendigen Gesellschaft leisten kann. Um sicherzustellen, dass junge Menschen in der EU die besten Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Potenziale erhalten, ist es entscheidend, dass sie aktiv in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden. Es bedarf eines klaren Bekenntnisses der EU, eine nachhaltige und inklusive Politik für junge Menschen zu gestalten, die ihnen die notwendigen Werkzeuge und Ressourcen an die Hand gibt, um ihre Zukunft aktiv zu gestalten und in der europäischen Gesellschaft mitzuwirken. Nur so kann Europa ein Ort sein, an dem junge Menschen nicht nur träumen, sondern auch handeln können.

- 2997
- 2998 • Wir wollen, dass **EU-Austauschprogramme** wie Erasmus+ ausgebaut werden. Es darf keine Haushaltskürzungen in diesen Bereichen geben.
- 2999
- 3000 • Wir wollen, dass der **Europäische Jugendcheck** konsequent in allen Politikbereichen und Ressorts umgesetzt wird. So werden mögliche Auswirkungen von Gesetzen und Maßnahmen auf junge Menschen sichtbar.
- 3001
- 3002
- 3003 • Wir wollen, dass **junge Menschen ab 16 Jahren** in allen Mitgliedstaaten bei der Europawahl ihre Stimme abgeben dürfen
- 3004
- 3005 • Wir wollen, dass **unbezahlte Praktika** innerhalb der EU verboten werden.
- 3006 • Wir wollen, dass die EU junge Menschen dabei unterstützt qualitativ hochwertige Arbeit zu finden. Die Europäische Jugendgarantie muss auch im Finanzrahmen ab 2028 verankert sein.
- 3007
- 3008
- 3009
- 3010
- 3011
- 3012
- 3013
- 3014
- 3015
- 3016
- 3017
- 3018
- 3019
- 3020
- 3021
- 3022
- 3023
- 3024
- 3025
- 3026
- 3027
- 3028

## 3029 **Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschen-** 3030 **rechte müssen die Säulen der deutschen Außenpolitik sein**

3031  
 3032 Als Vertreter der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen fühlt sich der SSW beson-  
 3033 ders der internationalen Minderheitenpolitik verpflichtet. Angesichts unserer politischen, kul-  
 3034 turellen und historischen Erfahrungen aus dem deutsch-dänischen Konflikt sowie den beiden  
 3035 Weltkriegen streben wir an, aktiv zur Förderung des Dialogs und der Verständigung zwi-  
 3036 schen Staaten und Völkern beizutragen – zum Wohle aller Menschen in Europa und der  
 3037 Welt.

3038 Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich in ihrer Außenpolitik an denselben Werten und  
 3039 Prinzipien orientieren, die auch ihre innere Ausrichtung prägen. Frieden, soziale Gerechtig-  
 3040 keit, Demokratie und Menschenrechte müssen die grundlegenden Säulen der deutschen Au-  
 3041 ßenpolitik bilden. In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit innerhalb der Europäi-  
 3042 schen Union sowie mit internationalen Organisationen wie der UNO und der OSZE von ent-  
 3043 scheidender Bedeutung.

3044 Im Kontext der aktuellen Weltlage und einer sich verändernden Weltordnung ist es unerläss-  
 3045 lich, dass die EU als vereinte Stimme auf der globalen Bühne Gehör findet und respektiert  
 3046 wird. Zudem sollten die wertvollen Beiträge und Kompetenzen kritischer Nichtregierungsor-  
 3047 ganisationen (NGOs) anerkannt und genutzt werden.

3048 Der SSW setzt sich dafür ein, dass Deutschland eine positive und friedliche Rolle innerhalb  
 3049 der EU und in der internationalen Politik einnimmt.

3050  
 3051

### 3052 **Weltweiter Einsatz für Frieden**

3053 Angesichts von Kriegen, Krisen und anderen gefährlichen Entwicklungen in vielen Regionen  
 3054 der Welt kann es notwendig sein, dass die deutsche Bundeswehr gemeinsam mit internatio-  
 3055 nalen Partnern und Verbündeten zu Sicherheit und Frieden beitragen muss. Vor dem Hinter-  
 3056 grund der deutschen Geschichte muss dabei sehr zurückhaltend, sensibel und in enger Ab-  
 3057 stimmung mit der internationalen Staatengemeinschaft vorgegangen werden. Die Bundes-  
 3058 wehr ist eine Parlamentsarmee. Wir nehmen die demokratische Kontrolle der Bundeswehr  
 3059 als parlamentarische Aufgabe sehr ernst. Einsätze der Bundeswehr müssen im Einklang mit  
 3060 dem Selbstverständnis geschehen, dass die Bundesrepublik eine positive und friedliche  
 3061 Rolle in der EU und internationalen Politik spielt.

3062

- 3063 • Wir wollen, dass die Bundesrepublik gemeinsam mit ihren internationalen Partnern  
 3064 einen weltweiten Einsatz für **Friedenssicherung** in Krisenregionen leistet sowie wirt-  
 3065 schaftliche und kulturelle Entwicklungshilfe, dort wo es notwendig ist.
- 3066 • Wir wollen, dass der Bundeswehr die **notwendigen Mittel** zur Verfügung gestellt  
 3067 werden, die sie für die Bewältigung friedenssichernder und friedensschaffender Auf-  
 3068 gaben benötigt.

3069  
 3070

### 3071 **Solidarität mit der Ukraine**

3072 Der 24. Februar 2022 war eine Zäsur für Europa. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukra-  
 3073 ine ist völkerrechtswidrig und bedroht die europäische Friedensordnung. Wir verurteilen die  
 3074 russische Invasion aufs Schärfste und lehnen die Instrumentalisierung von Minderheiten im  
 3075 Zusammenhang des Krieges ab. Die EU muss an der Seite der Ukraine stehen, nicht nur um  
 3076 das Völkerrecht und die Freiheit und Selbstbestimmung der Ukrainer\*innen zu verteidigen,  
 3077 sondern auch um die Sicherheit und Freiheit Europas zu gewährleisten.

3078

- 3079 • Wir wollen, dass der Bund in seiner finanziellen, militärischen, politischen und huma-  
 3080 nitären Unterstützung nicht nachlässt. Die **Unterstützung der Ukraine** muss in enger  
 3081 Abstimmung mit unseren europäischen und internationalen Partnern erfolgen.

3082

- 3083 • Wir wollen, dass die Ukraine ihre **Souveränität und volle territoriale Integrität** wie-  
 3084 dererlangt. Friedensverhandlungen ohne Teilnahme der Ukraine sind keine Option.  
 3085 • Wir wollen, dass der Bund zusammen mit europäischen und internationalen Partnern  
 3086 weiterhin **Sanktionen gegen Russland** verhängt und durchsetzt. Diese Sanktionen  
 3087 sollten weniger die russische Bevölkerung und vielmehr die finanziellen und organisa-  
 3088 torischen Strukturen treffen.  
 3089

3090

### 3091 **Israel-Palästina-Krieg – Friedensfördernde Lösungen voranbringen**

- 3092 In einer Welt, die zunehmend von Konflikten und Spannungen geprägt ist, sehen wir uns als  
 3093 Partei in der Verantwortung, für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte einzustehen.  
 3094 Der Krieg zwischen Israel und Palästina ist ein jahrzehntelanger Konflikt, der seit dem Angriff  
 3095 der Hamas auf Israel am 07.10.2023 eine neue Eskalation erlebt. Wir verurteilen den Angriff  
 3096 der Hamas auf Israel auf das Schärfste. Dieser Angriff hat nicht nur das Leiden unzähliger  
 3097 Zivilist\*innen in der Region verstärkt, sondern auch die Sicherheitslage in der gesamten Re-  
 3098 gion destabilisiert. Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Es muss jedoch sichergestellt  
 3099 werden, dass die Ausübung dieses Rechts im Einklang mit dem internationalen Völkerrecht  
 3100 steht. Die Zivilbevölkerung muss geschützt und die Regeln des humanitären Völkerrechts  
 3101 müssen eingehalten werden. Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere  
 3102 Verantwortung gegenüber Israel. Diese Verantwortung verpflichtet uns zu der Bekämpfung  
 3103 von Antisemitismus in all seinen Formen. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass jüdisches Le-  
 3104 ben in Deutschland und in der Welt geschützt wird und dass die Lehren aus der Vergangen-  
 3105 heit nicht vergessen werden. Klar ist, das Existenzrecht Israels darf nicht in Frage gestellt  
 3106 werden. Besonders als Minderheitenpartei sind wir für den Schutz aller Menschen, unabhän-  
 3107 gig von ihrer Herkunft, Religion oder Nationalität sensibilisiert. Die Eskalation des Krieges hat  
 3108 das Leiden der palästinensischen Menschen im Gaza-Streifen und im Westjordanland um  
 3109 ein Vielfaches verstärkt. Das Existenzrecht Israels ist für uns unantastbar, genauso wie das  
 3110 Recht der Palästinenser auf ein Leben in Würde und Sicherheit.
- 3111 • Wir wollen eine **sofortige Waffenruhe** in der Region, um eine verhandlungsbasierte  
 3112 Friedenslösung zu ermöglichen.
  - 3113 • Wir wollen, dass der Bund sich auf internationaler Ebene aktiv für eine **Zweistaaten-**  
 3114 **lösung** einsetzt, wobei die Anerkennung der Unabhängigkeit Palästinas als grundle-  
 3115 gende Voraussetzung dienen muss.
  - 3116 • Wir wollen, dass sich der Bund aktiv für eine **Wiederaufnahme von Verhandlungen**  
 3117 in einem diplomatischen und mehrseitigen Rahmen zur Regelung der Zweistaatenlö-  
 3118 sung einsetzt.
  - 3119 • Wir wollen eine umfassende Aufklärung über **israelbezogenen Antisemitismus**. Kri-  
 3120 tik an der israelischen Politik darf keinesfalls als Vorwand für Antisemitismus miss-  
 3121 braucht werden.  
 3122

3123  
 3124  
 3125  
 3126  
 3127  
 3128  
 3129  
 3130  
 3131  
 3132  
 3133  
 3134

## 3135 **Sachlich und bürgerorientierte Innen- und Rechtspolitik**

3136 Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, bei der die Bürger\*innen und deren  
3137 Rechte im Mittelpunkt stehen. Terrorismus, Einbruchskriminalität und andere Formen  
3138 des strafbaren Handelns müssen konsequent vorgebeugt und wirkungsvoll bekämpft,  
3139 verfolgt und bestraft werden.

3140 Sicherheit findet aber ihre Grenzen, wenn zweifelhafte Verschärfungen,  
3141 Überwachungen und Strafen nichts bewirken oder die Falschen treffen. Neben der  
3142 Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität gilt es auch, unsere demokratische  
3143 Gesellschaft vor Schäden zu bewahren.

3144 Populisten und Extremisten, die unsere parlamentarische Demokratie bekämpfen,  
3145 bekommen Zulauf, und auch in der breiten Bevölkerung macht sich zunehmend  
3146 Unzufriedenheit über unser politisches System breit. Diese Entwicklung dürfen wir  
3147 nicht ignorieren. Vielmehr müssen wir die konkreten Sorgen ernst nehmen und für  
3148 eine Gesellschaft kämpfen, in der sich jeder gehört und zugehörig fühlt.

3149  
3150

### 3151 **Demokratischer und sozialer Rechtsstaat**

3152 Ein bürger\*innennaher Rechtsstaat zur Stärkung der sozialen Gemeinschaft

3153 Als Partei der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe haben wir die  
3154 Vision, eine Gesellschaft zu gestalten, in der sich die Menschen auf Augenhöhe  
3155 begegnen und in der jeder Mensch Vertrauen, Nähe und starken Zusammenhalt  
3156 erleben kann. Der Staat hat deshalb das Leben, die Würde und die persönliche  
3157 Gestaltungsfreiheit jedes einzelnen Menschen zu schützen.

3158 Alle Bürger\*innen haben das Recht, in politischen, religiösen, kulturellen, nationalen  
3159 und persönlichen Bereichen frei zu entscheiden. Der SSW steht für einen  
3160 demokratischen und sozialen Rechtsstaat, der für alle Bürger\*innen da ist. Der  
3161 Rechtsstaat ist die Voraussetzung für ein demokratisches, friedliches und gerechtes  
3162 Zusammenleben. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dafür zu sorgen, dass  
3163 er nicht ausgehöhlt wird.

3164 • Wir wollen sicherstellen, dass bei Einführung, Anpassungen und Veränderungen von  
3165 **Sicherheitsgesetzen** die rechtsstaatlichen Standards weiterhin gewahrt bleiben.

3166 • Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit gegenseitigem Respekt und  
3167 Verständnis für ihre Kultur, ihre sprachlichen Eigenheiten und ihre geschlechtliche  
3168 Ausprägung behandelt werden.

3169 • Wir wollen, dass **Vorurteile**, Fremdenhass, Antisemitismus und Gewalt geächtet und  
3170 mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

3171 • Wir wollen mehr **Transparenz in der Verwaltung**. Dazu gehört auch das Vorabtrei-  
3172 ben der Digitalisierung und die Einführung der E-Akte für Verwaltungsvorgänge, so-  
3173 wie die Möglichkeit der elektronischen/online Einsichtnahme in die Vorgänge durch  
3174 die Bürger, soweit diese Einsichtnahme mit dem Datenschutzrecht vereinbar ist und  
3175 die Verwaltungstätigkeit nicht beeinträchtigt oder den Zweck des Verwaltungsorgans  
3176 gefährdet.

3177 • Wir wollen **keine traditionellen Grenzkontrollen** direkt an unseren Grenzübergän-  
3178 gen. Diese scheinen kaum wirksamer als flexible Hinterland-Kontrollen. Direkte  
3179 Grenzkontrollen im Schengen-Raum sind reine Symbolpolitik.

3180 • Wir wollen, dass eine **Enthaltung im Bundesrat nicht automatisch** als **nein** gewer-  
3181 tet wird.

3182

3183

### 3184 **Jeder Mensch ist gleichberechtigt**

3185 Jeder Mensch soll gleichberechtigt an allen Prozessen teilhaben und sie mitgestalten  
 3186 können – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer oder sozialer  
 3187 Herkunft, Geschlecht oder Alter. Niemand darf aufgrund der Herkunft, des sozialen  
 3188 Status, des Geschlechts, der Religion, des Alters oder der sexuellen Identität  
 3189 benachteiligt werden. Dies erfordert nicht nur, dass Diskriminierung festgestellt und  
 3190 geahndet wird, sondern vor allem, dass der Staat auf allen Ebenen die Teilhabe Aller  
 3191 aktiv fördert.

3192 • Wir wollen eine **inklusive Gesellschaft** mit Toleranz gegenüber der Verschiedenheit  
 3193 der Menschen. Alle Gruppen sollen als gleichberechtigt und schützenswert angese-  
 3194 hen werden, statt zu favorisieren oder gar zu benachteiligen.

3195 • Wir wollen **Menschen integrieren**, nicht assimilieren.

3196

3197

### 3198 **Innen- und Rechtspolitik ohne Symbolik**

3199 Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, die auf oberflächliche Symbolik und  
 3200 vermeintlich einfache Lösungen verzichtet. Bürgerliche Freiheits- und  
 3201 Persönlichkeitsrechte dürfen nur dann zugunsten der Handlungsmöglichkeiten von  
 3202 Sicherheitsbehörden eingeschränkt werden, wenn diese Maßnahmen unbedingt  
 3203 erforderlich sind, es kein anderes geeignetes Mittel zum selben Zweck gibt und die  
 3204 Maßnahmen geeignet sind, ihr Ziel zu erreichen.

3205 • Wir wollen nicht, dass die Bedrohung von Terrorismus und Extremismus dazu führt,  
 3206 dass Bürger\*innenrechte zugunsten vermeintlich notwendiger Sicherheitserforder-  
 3207 nisse eingeschränkt werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Presse-  
 3208 freiheit dürfen nur dort ihre Grenzen finden, wo anderen Menschen dadurch in ihren  
 3209 Rechten beeinträchtigt und geschädigt werden.

3210 • Wir wollen einen **besseren Schutz** von Polizei, Rettungskräften, Feuerwehr, THW  
 3211 und vergleichbaren Rettungskräften bei den Einsätzen und Angriffe auf Einsatzkräfte  
 3212 stärker sanktionieren.

3213

3214

### 3215 **Stärkere Auseinandersetzung mit rassistischem Denken und Handeln** 3216 **vorantreiben**

3217 Wir müssen uns, auch aus einer historischen Verantwortung heraus, gesellschaftlich  
 3218 weiter damit auseinandersetzen, wie wir rassistischem Denken und Handeln etwas  
 3219 entgegensetzen können. Dabei wissen wir, dass Rassismus und Antisemitismus kein Phäno-  
 3220 men des rechten Randes sind, sondern auch dort wirkt, wo wir gerne von der „Mitte der Ge-  
 3221 sellschaft“ sprechen. Wir brauchen ein aktiv antirassistisches, politisches Handeln!  
 3222 Das beinhaltet für uns auch eine bessere Präventionsarbeit. Die Entwicklung von  
 3223 Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz und Menschenrechten ist ohne Frage ein  
 3224 wichtiger Baustein, aber wir müssen auch Menschen außerhalb der Bildungssysteme  
 3225 ansprechen. Wir wollen, dass niemand wegen der Hautfarbe, vermeintlichen Herkunft, ver-  
 3226 muteter Religion oder anderer Zuschreibungen diskriminiert werden darf. Das betrifft sowohl  
 3227 Situationen des Alltagsrassismus, als auch indirekte institutionelle Diskriminierung.

3228

3229 • Wir wollen, dass die **Aktionspläne gegen Rassismus** auf EU-, Bundes- und Lan-  
 3230 desebene unterstützt werden.

3231 • Wir wollen, dass mehr Forschung zum Thema Rassismus und Antisemitismus ge-  
 3232 forscht wird.

3233 • Wir wollen den **Ausbau zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen** und die Stärkung  
3234 von Selbstorganisationen von Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind.

3235 • Wir wollen die Mittel aus dem Bundeshaushalt (BMBF) zum Zwecke der Forschung  
3236 zum **Thema Rassismus und Antisemitismus** aufstocken.

3237

3238

### 3239 **Leistungsfähige und bürger\*innenorientierte Justiz**

3240 Um diese Rechte und Werte zu schützen, braucht es eine leistungsfähige und  
3241 bürger\*innenorientierte Justiz. Eine gut arbeitende Justiz ist von hohem Wert für die  
3242 Menschen, die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Die Unabhängigkeit der  
3243 Justiz ist ein hohes Gut, welches nicht durch politische Vorgaben und Einflussnahme  
3244 ausgehöhlt werden darf. Nur bei guter Ausstattung kann die Justiz die Sicherung  
3245 oder Wiederherstellung des Rechtsfriedens erfolgreich gewährleisten.

3246

3247 • Wir wollen ein **differenziertes Sanktionssystem**, das sich in allen Ausprägungen  
3248 zum obersten Ziel setzt, Kriminalität zu vermeiden und straffällig gewordene Men-  
3249 schen wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

3250 • Wir wollen, dass die Justiz und die polizeilichen **Ermittlungsbehörden** besser aus-  
3251 gestattet werden. Konkret müssen Lösungen gefunden werden, um den Lohnunter-  
3252 schied zwischen öffentlichen und privaten Arbeitsplätzen auszugleichen. Hier kann  
3253 der Bund durch Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes Veränderungen herbei-  
3254 führen und auch die Länder zu solchen motivieren.

3255 • Wir wollen außergerichtliche Formen der **Beilegung von Rechtsstreitigkeiten** – von  
3256 der Mediation bei dem\*der Güterichter\*in bis hin zum Täter\*in-Opfer Ausgleich – als  
3257 wichtige Ergänzungen unseres Rechtssystems weiter stärken.

3258 • Wir wollen verhindern, dass Anwälte **gezielt Abmahnungen** verschicken und damit  
3259 mittelständige Unternehmen oder Privatpersonen in ihrer Berufsausübung beschränkt  
3260 werden. Die neue Gesetzgebung, welche die Abmahnung als Geschäftsmodell ver-  
3261 hindern soll, wollen wir evaluieren und gegebenenfalls verstärken.

3262

3263

### 3264 **Innere Sicherheit als Garant für Freiheit**

3265 Um den bereits beschriebenen Gefahren durch Terrorismus oder organisierte Kriminalität ef-  
3266 fektiv entgegenzutreten zu können, brauchen wir eine wirksame, aber auch  
3267 maßvolle Sicherheitspolitik, die Voraussetzungen für die Bekämpfung von Kriminalität  
3268 schafft, ohne Freiheitsrechte unnötig einzuschränken.

3269 Dafür braucht die Polizei eine geeignete technische Ausrüstung und gute Einsatz  
3270 kräfte. Anstelle von vermeintlich „einfachen“ Lösungen wie der Einschränkung von  
3271 Grundrechten und der Ausweitung von Befugnissen der Sicherheitsbehörden (z. B.  
3272 der Vorratsdatenspeicherung) wollen wir die personellen Möglichkeiten und die Ausstattung  
3273 der Polizei verbessern.

3274 Der Extremismus in seinen verschiedenen Ausrichtungen bedroht unsere freiheitlich  
3275 demokratische Grundordnung. Um unsere demokratische Gesellschaft zu schützen,  
3276 müssen wir Extremismus effektiv bekämpfen. Wir müssen Extremisten entwaffnen  
3277 und verhindern, dass Extremisten Waffen erwerben können.

3278 Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein wichtiger und notwendiger Baustein der inneren Si-  
3279 cherheit. Dabei setzen wir auch hier auf Aufklärung und Bildung, um die Ursachen von Terro-  
3280 rismus zu beseitigen und die Rekrutierung von Nachwuchs durch  
3281 Terrororganisationen zu unterbinden. Weiterhin kann Terrorismusbekämpfung nur

3282 wirksam sein, wenn die Polizei über gut ausgebildetes und gut ausgestattetes Personal ver-  
3283 fügt. Wir müssen auch die Finanzierung von Terrorismus nachhaltig stoppen.

3284 • Wir wollen **die Terrorismusbekämpfung** verbessern, indem die hierfür zu ständigen  
3285 Behörden mit dem benötigten Personal und den erforderlichen technischen Geräten  
3286 ausgestattet werden.

3287 • Wir wollen den Besitz von Waffen **besser und effektiver kontrollieren** und den Er-  
3288werb von Waffenscheinen und Waffen erschweren.

3289 • Wir wollen eine **Intensivierung der politischen Bildung** und vermehrt Mittel für Aus-  
3290steigerprogramme aufwenden.

3291 • Wir wollen **Terrorismus bekämpfen**, indem die bestehende internationale Zusam-  
3292menarbeit ausgeweitet wird und Möglichkeiten geschaffen werden, die Geldflüsse zu  
3293den Terrororganisationen zu kappen.

3294

3295

### 3296 **Sicherheit im Netz**

3297 Wir wollen die Medienkompetenz der Menschen verbessern. Wer sicher im Umgang  
3298 mit Computer, Tablet oder Smartphone ist und die Mechanismen der Online-Medien  
3299 kennt, ist deutlich weniger gefährdet, Opfer von Cyberkriminellen zu werden.

3300 Darüber hinaus wollen wir die Sicherheit der Infrastruktur verbessern und IT-Systeme  
3301 fördern, die weniger anfällig für Cyberattacken und Computerviren sind. Die Polizei  
3302 benötigt IT-Experten, die erstklassig ausgebildet sind und Spezialkenntnisse  
3303 mitbringen.

3304 Speicherungen von personenbezogenen Daten sind für uns nur mit  
3305 Richtervorbehalt vorstellbar und auch nur dann, wenn es hierfür einen konkreten  
3306 Anhaltspunkt gibt. Es ist für uns der falsche Weg, die Freiheit des Internets zu  
3307 beschränken, weil bei den Ermittlern Fachleute und IT-Expert\*innen fehlen.

3308 • Wir wollen, dass die **Polizei mehr IT-Expert\*innen** bekommt. Damit solche Ex-  
3309pert\*innen für den Polizeidienst gewonnen werden können, müssen wir eine der Aus-  
3310bildung angemessene Besoldung dieser Fachkräfte umsetzen und ihnen Zukunfts-  
3311 und Aufstiegsperspektiven bieten.

3312 • Wir wollen **keine Vorratsdatenspeicherung**. Die IP-Adressen der Internetnutzer\*in-  
3313nen werden zu Abrechnungszwecken und aus technischen Gründen schon jetzt bis  
3314zu sieben Tage lang bei den Internet Providern gespeichert. Statt einer darüberhin-  
3315ausgehenden, anlasslosen Vorratsdatenspeicherung, deren Effizienz für die Strafver-  
3316folgung ohnehin umstritten ist, wollen wir die Verbreitung von Kinderpornografie im  
3317Internet und andere Cyberkriminalität durch eine gute IT-Ausstattung der Polizei und  
3318den verstärkten Einsatz von IT-Expert\*innen bekämpfen.

3319 • Wir wollen der Polizei den **Einsatz von KI** ermöglichen, um mit der technischen Ent-  
3320wicklung mithalten zu können und die Ermittlungen effizienter zu gestalten. Wichtig ist  
3321für uns dabei die Beachtung rechtsstaatlicher und datenschutzrechtlicher Vorgaben.

3322 • Wir wollen keinen Einsatz von **Bundestrojanern** und ähnlichen Überwachungsmaß-  
3323nahmen ohne konkreten Einzelfallbezug und Richterbeschluss.

3324 • Wir wollen keinen Einsatz von **automatisierten Uploadfiltern** zur Ahndung urheber-  
3325rechtlicher Verstöße. Stattdessen müssen Betreiber von Internetplattformen dazu ver-  
3326pflichtet werden, vertragliche Vereinbarungen mit Verwertungsgesellschaften zu  
3327schließen. Lizenzgebühren für die Verwendung urheberrechtlich geschützter Werke  
3328sollen nicht pauschal, sondern nach Umsatz gestaffelt erhoben werden, um eine faire  
3329Lastenverteilung zu ermöglichen.

### 3330 **E-Sport besser fördern**

3331 Sport wird längst nicht mehr ausschließlich auf Sportplätzen, in Turnhallen oder  
 3332 Schwimmbädern betrieben, sondern auch an Computern und Konsolen. E-Sport ist  
 3333 längst in der Gegenwart angekommen, wie E-Sport-Ligen, -Vereine und -Weltmeis-  
 3334 terschaften beweisen. Die hohen psychischen Anforderungen an E-Sportler\*innen  
 3335 und die erforderliche körperliche Fitness, um diesen Sport auf hohem Niveau ausfüh-  
 3336 ren zu können, sind Grund genug, E-Sport als Sportart anzuerkennen.  
 3337 Der Ausbau von professionellen Strukturen und die Förderung von E-Sport-Talenten  
 3338 sind notwendig, um E-Sportler\*innen die Möglichkeit zu geben, ihr Talent voll auszu-  
 3339 schöpfen. Hier leisten Bund und Länder mittlerweile einen wichtigen Beitrag durch  
 3340 Förderprogramme, die es zu verstetigen gilt.

- 3341 • Wir wollen, dass **E-Sport als offizielle Sportart** anerkannt wird, um den Weg für För-  
 3342 dermittel und dem Aufbau von professionellen Strukturen freizumachen. Die Defini-  
 3343 tion von E-Sport sollte wettbewerblichen Kriterien folgen und nicht dem Anspruch ei-  
 3344 ner Simulation etablierter Sportarten; wenn Schach ein Sport ist, dann kann ein wett-  
 3345 kampfbares Strategiespiel am Computer es auch sein.
- 3346 • Wir wollen, dass der Aufbau einer transparenten, professionellen und mehr stufigen  
 3347 **Liga- und Turnierstruktur** gefördert wird.
- 3348 • Wir wollen eine Anpassung des § 52 Abs. 2 Abgabenordnung und E-Sport in den  
 3349 Vorschriften über die **Gemeinnützigkeit** verankern.

3350  
 3351

### 3352 **Wir brauchen eine moderne Drogenpolitik**

3353 Die heutige Drogenpolitik erfüllt trotz der Cannabis-Legalisierung ihren Zweck nicht. Wir set-  
 3354 zen weiterhin auf die Drogen- und Suchtprävention, diese muss besonders in Schulen aus-  
 3355 gebaut werden.-Der Import und Konsum illegaler Drogen stellt nicht nur die Bundesrepublik  
 3356 vor eine große Herausforderung - sondern den gesamten europäischen Raum. Härtere Re-  
 3357 pressalien gegenüber Endkonsumenten werden einen weiteren Konsum nicht verhindern.  
 3358 Darum benötigt es daher insbesondere effektivere Mechanismen zur Bekämpfung von illega-  
 3359 len Einfuhren, vor allem an unseren Seehäfen, um das Angebot von illegalen Drogen besser  
 3360 beschränken zu können.

3361 Wir wollen eine Drogenpolitik, die auf soziale Teilhabe und Schadensminimierung abzielt,  
 3362 statt auf Repression. Härtere Strafen lösen keine Probleme – stattdessen brauchen wir den  
 3363 Ausbau von Präventionsangeboten, Beratungsstellen und Hilfsprogrammen für Konsumie-  
 3364 rende und ihre Angehörigen.

- 3365 • Wir wollen, dass Angebote der **Beratung und Drogenprävention**, besonders an  
 3366 Schulen, weiter ausgebaut werden.

- 3367 • Wir wollen die **Gesundheitsversorgung und Hilfsangebote** für Abhängige aus-  
 3368 bauen.

- 3369 • Wir wollen den Ausbau von Hilfs-u. Betreuungsangeboten für **Familienangehörige**  
 3370 von Konsument\*innen vorantreiben.

- 3371 • Wir wollen einen Ausbau der **Ersatzangebote**.

- 3372 • Wir wollen, dass der Bund gesetzliche Rahmenbedingungen schafft, **um Drug-Che-**  
 3373 **cking-Angebote** in ganz Deutschland zu legalisieren und auszuweiten. Diese Pro-  
 3374 gramme sollen Konsumierende vor gefährlichen Substanzen schützen und durch be-  
 3375 gleitende Beratungsangebote einen verantwortungsvolleren Umgang mit Drogen för-  
 3376 dern.



- 3377 • Wir wollen, dass aufgrund der hohen **Mortalität von Opioidkonsument\*innen** eine  
3378 flächendeckende, kontrollierte Abgabe von Naloxon praktiziert wird, wie es bereits in  
3379 anderen europäischen Ländern der Fall ist. Darüber hinaus fordern wir eine nationale  
3380 Ausarbeitung eines Naloxon-Programms.
- 3381 • Wir wollen den **Kampf gegen organisierten kriminellen** Drogenhandel verschärfen.  
3382 Dazu gehört eine verbesserte europäischen Zusammenarbeit zur Durchführung von  
3383 Maßnahmen zur Unterbindung von organisierter Kriminalität.
- 3384 • Wir wollen, dass das **Cannabisgesetz (CanG)**, zum kontrollierten Umgang mit Can-  
3385 nabis, weiterhin Bestand hat. Es hat sich aus unserer Sicht bewährt und ist ein guter  
3386 Einstieg in eine andere Drogenpolitik.

3387  
3388

### 3389 **Geschlechterspezifische Gewalt bekämpfen**

3390 Geschlechterspezifische Gewalt ist keine Randerscheinung, sondern ein systemisches Prob-  
3391 lem, das tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Fast täglich werden Frauen Opfer von  
3392 Gewalt – egal ob in den eigenen vier Wänden und auf offener Straße. Digital physisch und  
3393 psychisch. Unser Ziel ist es nicht nur, Betroffene zu schützen, sondern die Ursachen zu be-  
3394 kämpfen. Wir setzen dabei auf einen ganzheitlichen Ansatz: Wir wollen Täter in den Fokus  
3395 rücken, Präventionsmaßnahmen stärken, Hilfsangebote ausbauen und rechtliche Rahmen-  
3396 bedingungen schaffen, die Frauen und Kinder wirksam schützen. Das Gewalthilfegesetz,  
3397 dass Frauen endlich das Recht auf Schutz vor Gewalt garantiert und die Finanzierung von  
3398 Frauenhäusern sicherstellt muss kommen. Außerdem fordern wir konkrete Maßnahmen von  
3399 der Verbesserung der Kriminalstatistik über verpflichtende Polizeischulungen bis hin zur Ein-  
3400 führung einer elektronischen Fußfessel für Gewalttäter. Ziel ist eine Gesellschaft, in der Ge-  
3401 walt gegen Frauen keine Normalität mehr ist, sondern geächtet und konsequent bekämpft  
3402 wird.

3403

- 3404 • Wir wollen, dass die **Istanbul-Konvention und ihre Maßnahmen** konsequent und  
3405 zielgerichtet umgesetzt werden.
- 3406 • Wir wollen ein **Gewalthilfegesetz**, das das Recht auf Schutz vor Gewalt für Frauen  
3407 und deren Kindern absichert und einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Finanzia-  
3408 rung von Frauenhäusern sicherstellt.
- 3409 • Wir wollen eine **verlässliche und bedarfsdeckende Finanzierung** von **Frauenhäu-**  
3410 **sern** und Frauenberatungsstellen. Der Bedarf an Plätzen in Frauenhäusern ist um ein  
3411 Vielfaches höher als das Angebot. Von Gewalt betroffenen Frauen brauchen ausrei-  
3412 chend Anlaufstellen.
- 3413 • Wir wollen eine **Weiterentwicklung der Kriminalstatistik**, die differenziert und sys-  
3414 tematisch geschlechterspezifische Gewalt wie Femizide erfasst.
- 3415 • Wir wollen, dass der **Fokus** verstärkt auf die **Täter** gerichtet wird. Durch Präventions-  
3416 maßnahmen und einem gesellschaftlichen Umdenken muss die Kernursache des  
3417 Problems bekämpft werden.
- 3418 • Wir wollen die Einführung einer **elektronischen Fußfessel** für Täter. Die Täter soll-  
3419 ten in ihrem Bewegungsradius eingeschränkt werden, nicht die von psychischer und  
3420 physischer Gewalt Betroffenen.
- 3421 • Wir wollen eine verpflichtende **Aus- und Fortbildung** aller **Polizeikräfte** insbeson-  
3422 dere der Bundespolizei.
- 3423 • Wir wollen eine bessere Ausstattung der Fachberatungsstellen, damit Betroffene von  
3424 digitaler Gewalt Technikberatung und Hilfeleistungen erhalten können.

3425  
3426  
3427  
3428

## 3429 **Humane und realistische Asyl- u. Integrationspolitik: Kommunen dürfen nicht alleine gelassen werden**

3430  
3431 In einer Zeit, in der Migration und Asyl zu den drängendsten gesellschaftlichen Themen gehören, setzen wir uns für eine humane, gerechte und zukunftsorientierte Politik ein. Wir stellen uns entschieden gegen die Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts und lehnen jegliche Form von Rassismus und vorurteilsbehafteten Narrativen ab. Unsere Vision basiert auf einem rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden, der die Würde jedes Einzelnen respektiert und schützt.

3432  
3433  
3434  
3435  
3436  
3437 Migration verstehen wir als eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern, die nur durch koordiniertes Handeln bewältigt werden kann. Dabei erkennen wir die Notwendigkeit einer geordneten Migrationspolitik an, um Menschenrechte und humanitäre Standards konsequent einhalten zu können. Der Rechtsschutz für Geflüchtete muss dabei jederzeit gewährleistet sein, mit besonderem Augenmerk auf vulnerable Gruppen.

3438  
3439  
3440  
3441  
3442 Der SSW ist sich den **aktuellen Herausforderungen bewusst**, insbesondere der Belastung der Kommunen durch die Aufnahme von Geflüchteten. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht, unterstützend einzugreifen und die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. Die **Kommunen dürfen** bei der Bewältigung der vielseitigen Aufgaben **nicht alleine gelassen** werden. Denn Migration ist kein vorübergehendes Phänomen. Insbesondere angesichts der Klimakrise und der zu erwartende steigende Zahl von Klimaflüchtlingsen wird Migration eine zentrale gesellschaftliche und politische Aufgabe bleiben. Deshalb ist ein geordnetes und gut funktionierendes System unabdingbar.

3443  
3444  
3445  
3446  
3447  
3448  
3449  
3450  
3451 Unsere Politik fokussiert sich darauf, die Potenziale und Chancen zu erkennen, die Migration für unsere Gesellschaft bietet. In Zeiten des Fachkräfte- und allgemeinen Arbeitskräftemangels können Zuwanderer einen wertvollen Beitrag leisten. Wir betrachten es als moralische Verpflichtung und Selbstverständlichkeit, Menschen in Not zu helfen und ihnen nicht nur Schutz, sondern auch Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben zu bieten. Die deutsche Sprache zu lernen und schnellstmöglich in Arbeit zu kommen, muss ohne viel Bürokratie und lange Wartezeiten möglich sein.

3452  
3453  
3454  
3455  
3456  
3457  
3458 Unser Ziel ist es, eine Willkommenskultur zu etablieren und weiterzuentwickeln, die Geflüchteten und Migranten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Wir stehen für eine Politik, die Verfolgten, Entwurzelten und Geflohenen Schutz bietet - unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Sprache, Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität.

3459  
3460  
3461  
3462  
3463 In diesem Sinne setzen wir uns für eine Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik ein, die unserer humanitären Verantwortung gerecht wird und gleichzeitig die Chancen der Migration für unsere Gesellschaft nutzt. Denn eine Verschärfung der Migrationspolitik bekämpft nicht die Ursache. Wir sind überzeugt, dass eine solche Politik nicht nur moralisch geboten, sondern auch ökonomisch und gesellschaftlich sinnvoll ist.

3468  
3469

## 3470 **Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das Grundrechte wahrt und humanitäre Standards sichert**

3471  
3472 Nach jahrelangem Stillstand haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt, das ist ein Fortschritt. Für den SSW ist jedoch klar, dass dieses System auf den Grundsätzen der Menschenrechte und humanitären Standards basieren muss. Der Zugang zum Asylrecht ist ein fundamentales Recht, das für alle Schutzsuchenden gewährleistet sein muss. Es ist unerlässlich, dass die EU ihren humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt und sicherstellt, dass die Rechte der Schutzsuchenden nicht ausgehöhlt werden. Die Kontrolle der EU-Außengrenzen ist eine notwendige Maßnahme, die weit über das Thema Migration hinausgeht. Es geht dabei auch darum, die Sicherheit und Freiheit innerhalb der Europäischen Union zu wahren. Ein effektives Grenzmanagement ermöglicht es uns, einen Überblick darüber zu behalten, wer in den Schengen-Raum einreist. Das ist entscheidend, um die Binnengrenzen innerhalb Europas offen zu halten. Menschen, die in Europa Schutz suchen, müssen unter menschenwürdigen

3484 Bedingungen versorgt und untergebracht werden. Wir wollen ein System, das sowohl die Si-  
 3485 cherheit der EU gewährleistet als auch die Würde und Rechte aller Asylsuchenden respek-  
 3486 tiert. Nur so kann ein gerechtes und effektives Asylverfahren sichergestellt werden, das den  
 3487 Herausforderungen der Migration gerecht wird.

- 3488 • Wir wollen, dass die Mitgliedstaaten der Europäische Union ihre gemeinsame Verant-  
 3489 wortung für die Ursachen von Flucht und Vertreibung erkennen. Deshalb wollen wir  
 3490 eine gemeinsame Lösung auf europäischer Ebene für Geflüchtete Menschen finden,  
 3491 die von allen Mitgliedstaaten getragen wird. Dazu gehört eine **gerechte Verteilung**  
 3492 **geflüchteter Menschen** innerhalb der EU-Staaten. Nationale Alleingänge und  
 3493 Grenzschießungen der Binnengrenzen sind keine Lösung und gefährden den Zu-  
 3494 sammenhalt der EU.
- 3495 • Wir wollen **keine Aushöhlung des Asylrechts**. Die Asylverfahren an den EU-Au-  
 3496 ßengrenzen und in den EU-Mitgliedstaaten müssen fair und transparent gestaltet  
 3497 werden und Menschenrechtsstandards einhalten. Dazu gehört die Bearbeitung von  
 3498 Asylanträgen in einer angemessenen Zeit und die Einhaltung von humanitären Stan-  
 3499 dards. Die schnelle Bearbeitung der Asylanträge darf nicht zu Rechtsschutzein-  
 3500 schränkungen führen.
- 3501 • Wir wollen **keine pauschal verkürzten Asylverfahren** für sogenannte sichere Her-  
 3502 kunftsstaaten. Das individuelle Recht auf Asyl darf nicht untergraben werden.
- 3503 • Wir wollen, dass besonders vulnerable Gruppen wie Familien mit Kindern vom EU-  
 3504 Grenzverfahren ausgenommen sind.
- 3505 • Wir wollen, dass **illegale Zurückweisungen** sofort eingestellt werden. Illegale Push-  
 3506 Backs verstoßen gegen das Völkerrecht und müssen sanktioniert werden. Zivile See-  
 3507 notrettung, die Menschen auf dem Mittelmeer rettet, darf nicht kriminalisiert werden.

3508  
 3509

### 3510 **Kommunen nicht allein lassen**

3511 Die Kommunen tragen die Hauptlast in der Aufnahme und Versorgung von geflüchteten  
 3512 Menschen. Jedoch kommen viele unserer Kommunen im Land an ihre Belastungsgrenze.  
 3513 Aufnahmeeinrichtungen sind voll, Kitas und Schulen mangelt es an Kapazitäten und das Per-  
 3514 sonal für die Planung und das Management der Unterbringung fehlt. Deshalb ist die Unter-  
 3515 stützung der Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten von zentra-  
 3516 ler Bedeutung, um den Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation gerecht zu wer-  
 3517 den. Es ist unerlässlich, dass der Bund die notwendigen finanziellen und personellen Mittel  
 3518 bereitstellt, damit die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Die Verantwortung für die  
 3519 Aufnahme und Integration darf nicht allein auf den Schultern der Kommunen lasten. Nur  
 3520 durch eine solidarische und koordinierte Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen  
 3521 können wir gewährleisten, dass die positive Grundhaltung der Bevölkerung erhalten bleibt  
 3522 und Geflüchtete die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

- 3523 • Wir wollen, dass der Bund die **Flüchtlingsarbeit von Ländern und Kommunen** an-  
 3524 angemessen finanziert. Die Kommunen dürfen bei der Aufnahme und Integration von  
 3525 geflüchteten Menschen nicht allein gelassen werden.
- 3526 • Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der **Aufnahme von Geflüchteten** viel  
 3527 mehr unterstützt. Wir sehen die Aufnahme von Geflüchteten und die Integration der  
 3528 Menschen als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.
- 3529 • Wir wollen, dass der Bund **endlich genug Wohnraum** zur Verfügung stellt. Der man-  
 3530 gelnde Wohnraum führt dazu, dass Geflüchtete nicht aus Flüchtlingsunterkünften  
 3531 ausziehen können und so keine neuen Kapazitäten frei werden.
- 3532 • Wir wollen, dass der Bund *leerstehende Bundesliegenschaften* zur Verfügung stellt,  
 3533 um Geflüchtete aufzunehmen. Die Immobilien müssen für die Aufnahme von Geflüch-  
 3534 teten geeignet sein.

3535 Wir wollen, dass der Bund die Kooperationen mit den **sicheren Herkunftsstaaten** ausbaut,  
 3536 um die **freiwillige Rückkehr** von Flüchtlingen verstärkt umsetze

3537  
 3538

### 3539 **Geflüchtete unterstützen, Integration in den Arbeitsmarkt fördern**

3540 Die Unterstützung von Geflüchteten und die Förderung ihrer Integration sind zentrale Aufga-  
 3541 ben von Politik und Gesellschaft. Unsere Politik basiert auf der Erkenntnis, dass Migration  
 3542 nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance für unsere Gesellschaft darstellt.  
 3543 In Zeiten des Fachkräftemangels können Zuwanderer einen wertvollen Beitrag zur Stärkung  
 3544 unserer Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Wir setzen uns für eine ganzheitliche Integrati-  
 3545 onspolitik ein, die auf mehreren Säulen ruht. Dazu gehören die schnelle Integration in den  
 3546 Arbeitsmarkt, der Zugang zu Bildung und Spracherwerb, psychosoziale Unterstützung sowie  
 3547 die Schaffung von Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Unser Ziel  
 3548 ist es, Barrieren abzubauen und Geflüchteten den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu eb-  
 3549 nen.

3550

- 3551 • Wir wollen eine möglichst **unbürokratische Arbeitsvermittlung** und Integration in  
 3552 den Arbeitsmarkt der Geflüchteten z.B. durch vermehrte Angebote von Praktika. Vor  
 3553 allem in den Mangelbereichen in der Pflege, im Gesundheits- und im Bildungswesen  
 3554 muss es deutlich leichter werden, eine Arbeit aufzunehmen.
- 3555 • Wir wollen einen **kostenfreien Zugang zu Bildungsangeboten** für alle Altersgrup-  
 3556 pen sicherstellen insbesondere müssen Geflüchtete viel schneller Deutschangebote  
 3557 bekommen.
- 3558 • Wir wollen, dass die **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** voran-  
 3559 getrieben wird
- 3560 • Wir wollen, dass ein **Rechtsanspruch auf niedrigschwellige Hilfen** besteht. Migra-  
 3561 tionssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagog\*innen sowie psychologische Hilfen  
 3562 für Erwachsene, Kinder und Jugendliche müssen für alle erreichbar sein und brau-  
 3563 chen eine dauerhafte Perspektive durch die institutionelle Förderung des Bundes.  
 3564 Junge Menschen, die Jugendhilfemaßnahmen bekommen, müssen auch über das  
 3565 Alter von 18 hinaus an diesen Angeboten teilnehmen können.
- 3566 • Wir wollen, dass Städte und Landkreise vom Bund finanziell so ausgestattet werden,  
 3567 dass sie Asylsuchenden eine **menschenwürdige und integrations- fördernde**  
 3568 Wohnsituation gewährleisten können. Dazu bedarf es auch einer guten sozialpädago-  
 3569 gischen Unterstützung von Geflüchteten und einer zeitlichen Begrenzung der Unter-  
 3570 bringung in Gemeinschaftsunterkünften.
- 3571 • Wir wollen eine **höhere Durchlässigkeit für Asylbewerber**, die sich bis zum Asyl-  
 3572 entscheid eine berufliche und soziale Bleibeperspektive erarbeiten haben. Es kann  
 3573 nicht sein, dass Menschen, die sich gut eingelebt haben und ihren gesellschaftlichen  
 3574 Beitrag leisten, am Ende einfach abgeschoben werden. Diejenigen, deren Anträge  
 3575 auf Asyl rechtskräftig abgelehnt worden sind, müssen zurückgeführt werden, aller-  
 3576 dings nur, wenn in ihrem Heimatland eine sichere, nicht von Gewalt bedrohte Exis-  
 3577 tenz möglich ist. Es ist für uns unerträglich, wenn hierbei die Rechte und Würde des  
 3578 Einzelnen verletzt werden. Vorrangig muss immer eine freiwillige Rückkehr geför-  
 3579 dert werden. Insbesondere darf es keine Abschiebehaft geben.
- 3580 • Wir wollen, dass **mehr Integrationsbeiräte** auf allen politischen Niveaus eingerichtet  
 3581 werden. Um die Integration von Migrant\*innen zu fördern, muss auch die Möglichkeit  
 3582 der politischen Mitgestaltung gegeben sein.
- 3583 • Wir wollen den **bedarfsgerechten Ausbau** und die kontinuierliche Förderung von  
 3584 bundesfinanziertem kostenlosem Deutschunterricht für Geflüchtete. Die Angebote  
 3585 müssen niedrigschwellig erreichbar sein.
- 3586 • Wir wollen, dass das System der **Bezahlkarte für Geflüchtete** wieder abgeschafft  
 3587 wird. Geflüchtete Menschen müssen selbstbestimmt über ihre Ausgaben entschei-  
 3588 den dürfen.

3589

3590

3591

## 3592 **Kinder, Jugendliche und Frauen besonders schützen**

3593 Es ist es von zentraler Bedeutung, besonders schutzbedürftige Gruppen in den Fokus zu rü-  
 3594 cken. Kinder, Jugendliche und Frauen, die oft unter schwierigsten Bedingungen Zuflucht su-  
 3595 chen, benötigen unsere besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Ein verantwortungs-  
 3596 voller Umgang mit diesen vulnerablen Gruppen ist nicht nur eine moralische Verpflichtung,  
 3597 sondern auch ein Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration und zum gesellschaftlichen Zu-  
 3598 sammenhalt. Indem wir gezielt auf die Bedürfnisse dieser Menschen eingehen, schaffen wir  
 3599 die Grundlage für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch die Chance  
 3600 auf ein sicheres und würdevolles Leben hat.

- 3601 • Wir wollen, dass **unbegleiteten Minderjährigen** der Nachzug ihrer Familienangehö-  
 3602 rigen ermöglicht wird.
- 3603 • Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer **Bleibperspektive**  
 3604 das Recht darauf haben Bildungsangebote wahrzunehmen.
- 3605 • Wir wollen, dass besonders **vulnerablen Gruppen** der Zugang zu Sprach- und Integ-  
 3606 rationskursen erleichtert wird. Auch Geflüchtete mit Lernschwierigkeiten müssen  
 3607 passgenaue Angebote wahrnehmen können.
- 3608 • Wir wollen die Möglichkeit der **Integration von geflüchteten Frauen** durch spezifi-  
 3609 sche Beratungs- und psychologische Behandlungsmöglichkeiten stärken, da diese  
 3610 auf dem Fluchtweg häufig traumatisierende Erlebnisse erfahren.
- 3611 • n zu können.

3612

3613

3614

3615

3616

3617

3618

3619

3620

3621

3622

3623

3624

3625

3626

3627

3628

3629

3630

3631

3632

3633

3634

3635

## 3636 Nordisches Demokratieverständnis: Demokratie lebt 3637 vom Mitmachen

3638 Für unsere demokratische Gesellschaft ist es wichtig, dass sich jeder als zu ihr gehörend be-  
3639 trachtet und auch bereit ist, einen Beitrag für sie zu leisten. Deshalb begrüßt und fördert der  
3640 SSW das ehrenamtliche Engagement der Bürger\*innen als unverzichtbares Element des ge-  
3641 sellschaftlichen Miteinanders. Eine lebendige und wehrhafte Demokratie lebt davon, dass  
3642 Menschen mit ehrenamtlichem Engagement die soziale Daseinsvorsorge am Laufen halten.  
3643 Das freiwillige Engagement bildet dabei die Grundlage für eine funktionierende Teilhabe al-  
3644 ler. Nicht zuletzt sind die Freiwilligendienste eine unverzichtbare Stütze vieler Organisationen  
3645 in diesem Land und übernehmen zentrale Aufgaben für den Erhalt unserer offenen Gesell-  
3646 schaft. Für den SSW ist darum klar: Die Grundpfeiler unserer Demokratie dürfen nicht ka-  
3647 puttgesparrt werden. Gerade deshalb müssen wir für unser Land die Freiwilligendienste, das  
3648 Ehrenamt und das soziale Engagement stärken - um damit die notwendigen Investitionen in  
3649 unsere demokratische Resilienz vorzunehmen. Auch die Freiwilligendienste vieler junger  
3650 Menschen sind dabei unverzichtbar, denn sie setzen einen klaren Schwerpunkt auf persönli-  
3651 che Entwicklung und demokratische Bildung. Die Freiwilligen werden früh in Entscheidungs-  
3652 prozesse einbezogen, lernen kritisches Denken und Verantwortung für sich und andere zu  
3653 übernehmen. Darum müssen diese besser finanziell unterstützt werden, um auch in Zukunft  
3654 Bestand haben zu können. Dabei ist es für uns sehr wichtig, dass es sich um freiwillige  
3655 Dienste handelt.

- 3656
- 3657 • Wir wollen eine bessere **Anerkennung und Würdigung** des Ehrenamtes. Die beste-  
3658 henden Freistellungsmöglichkeiten von der Arbeit und Steuervorteile müssen erwei-  
3659 tert werden. Es bedarf einer gerechten Entschädigung, die dem betriebenen Aufwand  
3660 entspricht und das Ehrenamt weiter stärkt. Außerdem müssen sich Ehrenamtliche flä-  
3661 chendeckend vernetzen können und es müssen vermehrt Fortbildungsmöglichkeiten  
3662 geschaffen werden.
- 3663 • Wir wollen, dass das Ehrenamt stärker in **Renten- und Sozialversicherungsanwärt-**  
3664 **schaften** berücksichtigt wird, um eine langfristige soziale Absicherung ehrenamtlich  
3665 tätiger Bürger\*innen zu fördern.
- 3666 • Wir wollen, dass der Bund sich zum Erhalt von **niedrigschwelligen Orientierungs-**  
3667 **möglichkeiten** durch freiwillige Dienste für junge Menschen verpflichtet.
- 3668 • Wir wollen **keine Wiedereinführung** eines Zwangsdienstes in Form der **Wehrpflicht**  
3669 oder des Zivildienstes.
- 3670 • Wir wollen, dass der Bund eine **langfristige Finanzierung** für soziale und kulturelle  
3671 Projekte sichert, die auf ehrenamtlichem Engagement beruhen, um deren Bestand  
3672 unabhängig von kurzfristigen Förderungen zu garantieren.
- 3673 • Wir wollen eine **finanzielle Gleichstellung** von allen, die nach Schule, Ausbildung  
3674 oder Studium einen freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft verrichten. Freiwilliger  
3675 Wehrdienst, Freiwilliges Soziales Jahr und andere Formen des Dienstes an der Ge-  
3676 meinschaft müssen gleich bezahlt werden.
- 3677 • Wir wollen **Bürgerräte** als beratende Organe aus der Mitte der Gesellschaft weiter  
3678 unterstützen, um die demokratische Teilhabe zu stärken. Bürgerräte sind eine sinn-  
3679 volle Ergänzung zu unserer repräsentativen Demokratie.
- 3680

## 3681 3682 Demokratische Teilhabe in einer sozialen Gemeinschaft

3683 Der SSW bekennt sich ausdrücklich zur repräsentativen Demokratie. Die von den Bürger\*in-  
3684 nen gewählten Volksvertreter\*innen verabschieden Gesetze und weitere Normen für alle  
3685 Menschen im Staatsgebiet. Deshalb ist es wichtig, dass weitere Teile unserer Gesellschaft  
3686 die Chance zur demokratischen Teilhabe bekommen. Jugendliche wollen, dass ihre Interes-  
3687 sen politisch vertreten werden und möchten die Politik mitbestimmen. Jugendliche ab 16 sind  
3688 in der Lage, eine reife Entscheidung zu treffen, weshalb sie das Recht haben sollen, auch

3689 bei Bundestagswahlen mitzuentcheiden. Die politischen Entscheidungen, die getroffen wer-  
 3690 den, beeinflussen schließlich auch ihre Zukunft.

3691 • Wir wollen, dass das **Wahlalter** bei allen Wahlen auf 16 Jahre abgesenkt wird.

3692 • Wir wollen die Voraussetzungen für ein **Wahlrecht für Drittstaatenangehörige** zu  
 3693 Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen schaffen.

3694

3695

### 3696 **Gefahren für unsere Demokratie aktiv gegenüberreten**

3697 Unser nordisches Demokratieverständnis ist davon geprägt, dass wir uns immer auch mit Po-  
 3698 sitionen auseinandersetzen müssen, die wir fundamental ablehnen. Dabei dürfen wir nicht  
 3699 blind gegenüber Positionen und Verhaltensweisen sein, die unsere liberale Demokratie ge-  
 3700 gefährden. Für uns ist klar: Demokratiefeinde erkennt man daran, wie sie mit Minderheiten um-  
 3701 gehen. Als Partei nationaler Minderheiten ist dem SSW die Stärke unserer freiheitlichen De-  
 3702 mokratie darum besonders wichtig, denn unser liberal-demokratisches Grundgesetz schützt  
 3703 und fördert gesellschaftliche Vielfalt und Minderheiten. Wenn diese Grundwerte infrage ge-  
 3704 stellt werden, ist es für Demokraten die oberste Aufgabe unsere Verfassung gegen Demo-  
 3705 kratiefeinde zu schützen. Wir sind als Demokraten verpflichtet, alle Instrumente unserer  
 3706 wehrhaften Demokratie zu nutzen. Viele gesellschaftliche Organisationen leisten mit ihrer  
 3707 Aufklärungsarbeit und der Unterstützung von Opfern rechtsradikaler Angriffe einen wichtigen  
 3708 Beitrag für unsere Demokratie. Der SSW ist der Meinung, dass die Politik diese Arbeit nicht  
 3709 als selbstverständlich ansehen sollte und sie in größerem Maße aktiv unterstützen muss.

3710

3711 • Wir wollen ein **Demokratieförderungsgesetz**, durch das gesellschaftliche Organisa-  
 3712 tionen und solche, die sich für die Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie  
 3713 engagieren, in ihrer Arbeit langfristig und angemessen unterstützt werden.

3714 • Wir wollen einen stärkeren Schutz der demokratischen Institutionen, die die freiheitli-  
 3715 chen Prinzipien unseres Grundgesetzes wahren und sich dabei schützend vor die  
 3716 Rechte von Einzelnen stellen.

3717 • Wir wollen unsere Sicherheitsbehörden für die **Bekämpfung von demokratiefeindli-**  
 3718 **chen Bestrebungen** und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken.

3719 • Wir wollen staatliche Gelder für politische Bildung und Demokratieinitiativen gezielt  
 3720 auf Maßnahmen lenken, die sich aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und jede  
 3721 Form der Diskriminierung stellen. Diese Maßnahmen sollten schon frühzeitig und ver-  
 3722 pflichtender Teil der politischen Bildung sein.

3723 • Wir wollen, dass **politische Stiftungen** der nationalen Minderheiten und ihre Aufklä-  
 3724 rungsarbeit gleichberechtigt zu anderen politischen Stiftungen mit Bundesmitteln ge-  
 3725 fördert werden.

3726 • Wir wollen einen Ausbau der **staatlichen Unterstützung** für Opferberatungsstellen,  
 3727 die Personen betreuen, die Opfer von extremistischen Angriffen werden.

3728

3729

3730

3731

3732

3733

3734

3735

3736

3737

## 3738 **Gleichstellungspolitik nach skandinavischem Vorbild**

3739 In einer modernen, gerechten Gesellschaft sollten Chancengleichheit und Selbstbestimmung  
3740 für alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität selbstver-  
3741 ständlich sein. Dass wir von diesem Ideal leider noch weit entfernt sind, zeigt sich ganz konk-  
3742 ret im Gender-Care-Gap und dem Gender-Pay-Gap. Frauen sind nach wie vor häufiger von  
3743 Altersarmut betroffen und in Führungspositionen unterrepräsentiert. Um diese Missstände  
3744 unterstützen wir gezielte Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung und Vielfalt in allen  
3745 Bereichen der Gesellschaft. Dazu gehören eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Be-  
3746 ruf, die Bekämpfung finanzieller Ungerechtigkeiten und eine geschlechtergerechte Gesund-  
3747 heitsversorgung.

3748 Die Stärkung der Rechte von queeren Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.  
3749 Jeder Mensch muss ganz unabhängig von dem Geschlecht oder der Sexualität die gleichen  
3750 Rechte und Möglichkeiten haben. Nur so können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle  
3751 Menschen ihre Potenziale voll entfalten können und die von ihrer Vielfalt profitiert.

- 3752 • Wir wollen die Erfüllung ausgewogener **Geschlechterquoten**.
- 3753 • Wir wollen den Anteil von **Frauen in Führungspositionen** erhöhen.
- 3754 • Wir wollen, dass eine **ausgeglichene Geschlechterparität in Parlamenten** und  
3755 Volksvertretungen als gesellschaftliches Ziel gilt. Für das existierende Missverhältnis  
3756 ist auch die Organisation des politischen Betriebs ausschlaggebend; daher fordern  
3757 wir ein Umdenken im politischen Alltag. Es gilt eine familienfreundlichere Ausgestal-  
3758 tung einzuleiten und zu überdenken, zu welchen Uhrzeiten Gremiensitzungen stattfin-  
3759 den.

3760

## 3761 **Finanzielle Ungerechtigkeiten bekämpfen – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf** 3762 **ermöglichen**

3763 Die wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter ist ein zentraler Grundsatz des SSW.  
3764 Trotz sichtbarer Fortschritte in Bildung und Beruf sind Frauen nach wie vor mit strukturellen  
3765 Benachteiligungen konfrontiert. Ökonomische Ungleichheiten manifestieren sich nicht nur in  
3766 Gehaltsunterschieden, sondern auch in der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit und beruf-  
3767 lichen Entwicklungschancen. Dies hat weitreichende Konsequenzen: Sie begrenzen individu-  
3768 elle Entfaltungsmöglichkeiten, schmälern das volkswirtschaftliche Potenzial und unterstützen  
3769 traditionelle Geschlechterrollen. Wir verstehen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als  
3770 mehr als eine individuelle Herausforderung – sie ist ein gesellschaftliches Strukturproblem.  
3771 Es geht um nichts Geringeres als die Frage, wie wir Arbeit, Carearbeit und persönliche Ent-  
3772 wicklung so gestalten können, dass sie allen Geschlechtern die gleichen Chancen erlauben.  
3773 Für den SSW sind flexible Arbeitsmodelle, eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien-  
3774 und Erwerbsarbeit sowie Rahmenbedingungen, die Selbstverwirklichung jenseits traditionel-  
3775 ler Geschlechternormen ermöglichen unabdingbar für eine moderne und inklusive Gesell-  
3776 schaft.

- 3777
- 3778
- 3779 • Wir wollen den immer noch bestehenden **Gender-Pay-Gap** schließen. Die EU-Richtli-  
3780 nie zur Entgelttransparenz muss im nationalen Recht konsequent umgesetzt werden.  
3781 Das Entgelttransparenzgesetz muss effektiver gestaltet werden durch verpflichtende  
3782 Prüfungen der betrieblichen Gehaltsstrukturen mit zertifizierten Prüfverfahren und  
3783 niedrigeren Hürden für die Durchsetzung des individuellen Auskunftsanspruches.
- 3784 • Wir wollen, dass es zusätzlich **zum Recht auf Teilzeitarbeit** ebenso das Recht gibt,  
3785 reduzierte Arbeitszeiten wieder in Vollzeit umzuwandeln. Die derzeitige Rechtslage  
3786 stellt insbesondere für viele Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein echtes Problem dar und  
3787 erhöht das Altersarmutsrisiko.
- 3788 • Wir wollen, dass die **Möglichkeit des Mandatssplittings** für Eltern ermöglicht wird.  
3789 Auch Abgeordnete sollen ihren Job pausieren können, wenn sie ein Kind bekommen  
3790 haben. Für diese Zeit übernimmt die nächste Person auf der Parteienliste das Man-  
3791 dat.



- 3792 • Wir wollen den **Gender-Care-Gap** schließen. Dafür benötigt es Instrumente, um eine gerechte Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit möglich zu machen.
- 3793
- 3794 • Wir wollen eine **gerechte Aufteilung der Elternzeit** für Mütter und Väter. Die Inanspruchnahme der Elternzeit darf keinen negativen Einfluss auf die berufliche Weiterentwicklung haben. Die Anzahl der Partnermonate muss erhöht werden. Generell sollte Deutschland sich an dem schwedischen Betreuungsmodell orientieren.
- 3795
- 3796
- 3797
- 3798 • Wir wollen alle **diskriminierende Elemente der Steuergesetzgebung** abschaffen, die auf das Modell einer oder eines Vollerwerbstätigen setzen. Wir fordern ein Familiensplitting, damit es zu keiner finanziellen Abhängigkeit der Person kommt, die wenig oder gar nichts verdient. Steuerrechtlich muss es eine größere Rolle spielen, ob Kinder in der Familie leben.
- 3799
- 3800
- 3801
- 3802
- 3803 • Wir wollen eine **familienfreundlichere Unternehmenskultur** schaffen, die es Eltern erleichtert Beruf und Familie zu vereinbaren. Teilzeitmodelle für Führungskräfte, das Recht auf Homeoffice und flexiblere Arbeitszeitmodelle können dabei helfen.
- 3804
- 3805
- 3806 • Wir wollen eine **geschlechtergerechte Haushaltsführung** im Bund. Investitionen und Fördergelder müssen nach geschlechtergerechten Kriterien vergeben werden. In bundespolitischen Entscheidungsprozessen müssen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden.
- 3807
- 3808
- 3809
- 3810
- 3811

### **Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung**

3812 Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. 3813 Trotz medizinischer Fortschritte bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede in der Diag- 3814 nose, Behandlung und Prävention von Krankheiten zwischen den Geschlechtern. Diese Dis- 3815 krepanzen führen nicht nur zu vermeidbaren Kosten im Gesundheitswesen, sondern können 3816 auch schwerwiegende gesundheitliche Folgen für Frauen haben. Eine ganzheitliche Betrach- 3817 tung der Gesundheitsversorgung muss geschlechterspezifische Aspekte berücksichtigen, um 3818 eine optimale medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten. Für den SSW spielt dabei 3819 auch das Recht der Frau auf Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper eine zentrale 3820 Rolle. Wir wollen bestehende Lücken in der Forschung und Versorgung schließen und ein 3821 Gesundheitssystem schaffen, das die Bedürfnisse aller Geschlechter gleichermaßen berück- 3822 sichtigt und respektiert.

- 3823
- 3824
- 3825 • Wir wollen die **Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs**. Frauen müs- 3826 sen die Wahlfreiheit über diese Entscheidungen und ihren eigenen Körper haben. 3827 Statt generell rechtsbrüchigen Schwangerschaftsabbrüchen, die nur unter bestimm- 3828 ten Umständen straffrei bleiben, wollen wir ein generelles Recht auf Schwanger- 3829 schäftsabbruch. Dies sollte sich an Erfahrungen aus anderen nordischen Staaten ori- 3830 entieren.
- 3831 • Wir wollen für einen **sicheren und diskriminierungsfreien Zugang** zu Schwanger- 3832 schäftsabbrüchen sorgen. Statt der Pflichtberatung wollen wir ein Beratungsangebot, 3833 das für alle freiwillig und unkompliziert verfügbar ist.
- 3834 • Wir wollen eine **Verbesserung der Quantität und Qualität** der medizinischen Ver- 3835 sorgung im Falle von Schwangerschaftsabbrüchen, eine echte Freiheit der Informati- 3836 onen und der Methodenwahl und wohnortnahe Versorgungsangebote.
- 3837 • Wir wollen, dass **geschlechterspezifische Unterschiede** in der Gesundheitsversor- 3838 gung mehr Beachtung finden. Es muss fester Bestandteil medizinischer Aus- und 3839 Weiterbildung sein.
- 3840
- 3841 • Wir wollen, dass der **Gender-Data-Gap** durch bessere rechtliche Rahmenbedingun- 3842 gen und eine Intensivierung der Forschung geschlossen wird.
- 3843
- 3844
- 3845

### **Rechte von queeren Menschen und geschlechtliche Vielfalt stärken**

3846 Die Anerkennung und Stärkung der Rechte von queeren Menschen sowie die Förderung ge-  
 3847 geschlechtlicher Vielfalt sind zentrale Anliegen des SSWs. Diese Themen gehören zu einer  
 3848 modernen und inklusiven Gesellschaft. Trotz bedeutender Fortschritte in den letzten Jahr-  
 3849 zehnten erfahren LSBTIQ\*-Personen nach wie vor Diskriminierung und Benachteiligung in  
 3850 vielen Lebensbereichen. Von rechtlichen Ungleichheiten über Barrieren im Gesundheitssys-  
 3851 tem bis hin zu gesellschaftlicher Stigmatisierung und Gewalt – die Herausforderungen sind  
 3852 vielfältig und erfordern ein umfassendes Engagement. Wir wollen die rechtliche und soziale  
 3853 Gleichstellung voranzutreiben und Schutz vor Diskriminierung, eine Kultur der Akzeptanz  
 3854 und Wertschätzung für alle Formen geschlechtlicher und sexueller Identität schaffen. Nur so  
 3855 können wir eine Gesellschaft gestalten, in der jeder Mensch frei und selbstbestimmt leben  
 3856 kann.

- 3857
- 3858 • Wir wollen Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „**sexuelle Identität**“ ergän-  
 3859 zen.
  - 3860
  - 3861 • Wir wollen, dass Paare in **Fragen der Elternschaft** unabhängig von ihrer sexuellen  
 3862 Orientierung gleichgestellt sind. Das Abstammungsrecht muss dahingehend diskrimi-  
 3863 nierungsfrei reformiert werden.
  - 3864 • Wir wollen, dass die **Kosten von Kinderwunschbehandlungen** auch für verschie-  
 3865 dengeschlechtliche Paare anteilig übernommen werden. Die Kostenregelung muss  
 3866 unabhängig von der sexuellen Orientierung der Frau sein.
  - 3867 • Wir wollen ein **inklusives Gesundheitssystem**, das auf die Bedürfnisse von quee-  
 3868 ren Menschen vorbereitet ist. Diskriminierungen und Zugangsbarrieren in der Ge-  
 3869 sundheitsversorgung und Prävention müssen abgebaut werden. Gendermedizin, die  
 3870 geschlechterspezifische Unterschiede hervorhebt, muss fester Bestandteil der Aus-,  
 3871 Fort- und Weiterbildung von medizinischen Berufen sein.
  - 3872 • Wir wollen die **Überarbeitung der geltenden Richtlinien** für gesetzlich krankenver-  
 3873 sicherte trans\*Personen im Sinne einer bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung.  
 3874 Dazu gehört die Kostenübernahme geschlechtsangleichender Operationen, ange-  
 3875 messene medikamentöse Versorgung und das Recht auf Beratung für transidente  
 3876 Menschen.
  - 3877 • Wir wollen ein Bund-Länder-Programm gegen **LSBTIQ\*-feindliche Gewalt**. Dieses  
 3878 soll Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte für die Fort- und Weiterbildung von Po-  
 3879 lizei und Justiz und die Unterstützung von Opferhilfeeinrichtungen beinhalten.
  - 3880 • Wir wollen, dass **geschlechtliche und sexuelle Vielfalt** in allen Lebensbereichen  
 3881 sichtbarer wird, um deren Akzeptanz zu fördern.
  - 3882 • Wir wollen, dass eine **unabhängige Expert\*innen-Kommission** eingesetzt wird, die  
 3883 dem Bundes- tag einen Lagebericht über LSBTI\*-feindliche Hasskriminalität vorlegt  
 3884 und Handlungsempfehlungen ausspricht.
  - 3885
  - 3886
  - 3887

3888

3889

3890

3891

3892

## 3893 **Bildungs- und Ausbildungspolitik muss gleiche Chancen** 3894 **für alle schaffen**

3895 Bildungspolitik als Schlüssel für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
3896 wirtschaftliche Innovation. Angesichts des demografischen Wandels und der globalisieren-  
3897 den Welt braucht Deutschland ein Bildungssystem, das niemanden zurücklässt und allen  
3898 gleiche Chancen bietet – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder finanziellen Mitteln.  
3899 Doch trotz seiner zentralen Bedeutung bleibt Bildung in Deutschland oft begrenzt in den  
3900 Möglichkeiten einzelner Länder und Kommunen.

3901 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund stärker Verantwortung übernimmt: für eine bessere  
3902 Bildungsfinanzierung, einheitliche Mindeststandards und eine konsequente Förderung von  
3903 Aus- und Weiterbildung. Unser Ziel ist ein gerechtes und modernes Bildungssystem, das  
3904 Menschen in jeder Lebensphase die Chance bietet, ihre Potenziale zu entfalten und aktiv an  
3905 der Gesellschaft teilzuhaben.

3906 • Wir wollen, dass der **Bund einen Bildungsfonds** einrichtet, um finanziell schwache  
3907 Kommunen bei der Modernisierung von Schulen, der Digitalisierung und der Ausstat-  
3908 tung zu unterstützen. Bildungschancen dürfen nicht von regionalen Haushaltslagen  
3909 abhängen.

3910 • Wir wollen, dass der **Ausbau von Ganztagsangeboten** vorangetrieben werden, um  
3911 den Rechtsanspruch auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Kin-  
3912 der flächendeckend umzusetzen. Hierbei muss der Bund eine ausreichende Finan-  
3913 zierung sichern.

3914 • Wir wollen **verbindliche Mindeststandards** für Lehrpläne, digitale Infrastruktur und  
3915 Lehrkräfteausbildung, um Bildungsungleichheiten zwischen den Bundesländern zu  
3916 reduzieren.

3917 • Wir wollen, dass der **Bund ein Programm zur Sicherstellung von Ausbildungs-**  
3918 **plätzen** finanziert, damit jede\*r Jugendliche eine berufliche Perspektive hat – unab-  
3919 hängig von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Bundeslandes.

3920 • Wir wollen, dass **Bildung von der Krippe bis zur Hochschule** bundesweit kosten-  
3921 frei ist. Dies schließt auch Weiterbildungsmöglichkeiten wie VHS-Kurse ein.

3922 • Wir wollen eine **Reform des BAföG-Systems** dazu gehört ein elternunabhängiges  
3923 und altersunabhängiges BAföG nach skandinavischem Vorbild, damit alle Menschen  
3924 unabhängig von finanziellen oder familiären Bedingungen Zugang zu Bildung erhal-  
3925 ten.

3926 • Wir wollen eine **Aufwertung von Ausbildungsberufen**. Ausbildungsberufe im Hand-  
3927 werk, der Pflege und anderen Branchen müssen durch höhere Vergütungen, bessere  
3928 Arbeitsbedingungen und stärkere gesellschaftliche Anerkennung attraktiver gemacht  
3929 werden.

3930 • Wir wollen, dass jeder **Jugendliche soll einen Ausbildungsplatz** erhalten. Dazu for-  
3931 dern wir ein bundesweites Programm zur Sicherstellung von Ausbildungsplätzen, ins-  
3932 besondere in Regionen mit Fachkräftemangel.

3933 • Wir wollen, dass der Bund eine **zentrale Einrichtung** aufbaut, die Schulen in allen  
3934 Bundesländern mit moderner Technologie und digitalen Konzepten unterstützt.

- 3935  
3936  
3937
- Wir wollen, dass der Bund dazu beiträgt **demokratische Bildung** ab der 7. Klasse verpflichtend zu machen: Der Umgang mit und in unserer Demokratie soll ein zentraler Bestandteil des Unterrichts werden.
- 3938  
3939  
3940
- Wir wollen, dass der Bund die Maßnahmen eines **Nationalen Aktionsplans** „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN in der gesamten Bildungslandschaft konsequent umsetzt.
- 3941  
3942  
3943  
3944
- Wir wollen, dass Bildungsorganisationen, die durch Seminare oder außerschulische Projekte Wissen vermitteln und den **Austausch von Schülern** fördern, finanziell und strukturell vom Bund gestärkt werden, um die Horizonte der Schüler\*innen auch außerhalb des reinen Unterrichtsinhalts zu erweitern.
- 3945  
3946  
3947  
3948
- Wir wollen, dass Schüler\*innen aus finanziell schwächeren Familien die Teilnahme an Schüleraustauschen und Lernprojekten von Bildungsorganisationen durch das **Einrichten eines Bundesfonds** ermöglicht wird. Kultureller Austausch und die Fotrbildung auch außerhalb der Schule dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
- 3949  
3950  
3951
- Wir wollen, dass der Bund zusammen mit den Ländern **Schüleraustausch-Projekte** zwischen den Bundesländern plant und unterstützt, um Vorurteile zwischen den Ländern abzubauen und die Vernetzung der Schüler\*innen zu fördern.
- 3952  
3953  
3954  
3955  
3956
- Wir wollen, dass der Bund die Steigerung der **möglichen Schüleraustausche** mit unseren **EU-Partnerländern** prüft. Ein Schüleraustausch innerhalb der EU ist nicht nur ein Kultureller Austausch für unsere Schüler, die so eine bessere Vernetzung in und zur EU erhalten, sondern stärkt auch die Partnerschaft Deutschlands zu unseren Partnern.
- 3957
- 3958
- 3959
- 3960
- 3961
- 3962
- 3963
- 3964
- 3965
- 3966
- 3967
- 3968
- 3969
- 3970
- 3971
- 3972
- 3973
- 3974
- 3975
- 3976
- 3977
- 3978

## 3979 **Kulturpolitik ist kein Luxus**

3980 Der SSW versteht sich als Kulturpartei. Wir wollen die Kultur und ihre Bedeutung im öffentli-  
 3981 chen Leben stärken und die kulturellen Impulse aus der dänischen Minderheit verstärkt als  
 3982 Bereicherung in die Kulturlandschaft einbringen. Wir setzen uns dafür ein, die Büchereien zu  
 3983 Kulturzentren weiterzuentwickeln, wie wir es aus Dänemark kennen.

3984 Erinnerungskultur verstehen wir als wichtigen Bestandteil der Kulturarbeit und wünschen uns  
 3985 eine stärkere Aufarbeitung auch der kolonialen Geschichte Deutschlands sowie die Rekon-  
 3986 struktion der Seefestung Friedrichsort als Denkmal und touristischen Anlaufpunkt, an dem  
 3987 die deutsch-dänische Geschichte verdeutlicht und erlebbar werden kann. Weiterhin sollen  
 3988 die dänische Geschichte Schleswig-Holsteins und die Verbindungen zu Skandinavien Be-  
 3989 rücksichtigung finden.

3990 • Wir wollen eine **dauerhafte Förderung für die kulturelle Bildung**, um u. a. politische Bil-  
 3991 dung und die Vermittlung von Medienkompetenz zu stärken. Der Bund muss nachhaltige und  
 3992 dauerhafte Förderszenarien entwickeln.

3993 • Wir wollen die **Infrastruktur der kulturellen Bildung** stärken, indem eine gesonderte För-  
 3994 derung, z. B. für darstellende Künste, gesichert wird.

3995 • Wir wollen **kulturelle Bildung** für alle Generationen, alle Lebensalter und alle Menschen in  
 3996 Deutschland gewährleisten.

3997 • Wir wollen eine **Erhöhung der Fördermöglichkeiten** über die Bundeszentrale für politi-  
 3998 sche Bildung.

3999 • Wir wollen die Vielfalt der **politischen Jugendbildung** fördern. Es muss mittelfristig die  
 4000 Ausstattung für hybride Veranstaltungsformen bereitgestellt werden.

4001 • Wir wollen die fortlaufende Finanzierung des **Bundesprogrammes „Jugend erinnert“**.  
 4002 Gedenkstättenfahrten außerschulischer Träger, auch in Kooperation sollen gefördert werden.  
 4003 Dazu wollen wir mehr grenzüberschreitende Austauschprogramme in Forschung und Bil-  
 4004 dung, die historische Erkenntnisse wachsen lassen und Gedenkort in der Ausgestaltung er-  
 4005 weitern können.

4006 • Wir wollen die **Aufarbeitung der Kolonialgeschichte** verstärken und die Themen laufend  
 4007 in die Lehrpläne und Curricula verankern.

4008 • Wir wollen ein Förderprogramm zur transnationalen Aufarbeitung des kolonialen Erbes. Wir  
 4009 setzen uns für eine **deutsch-dänische Aufarbeitung** der Kolonialgeschichte im Grenzland  
 4010 ein.

4011 • Wir wollen uns für die **Entwicklung dezentraler Lernorte**, Denkmäler und Mahnmale zur  
 4012 Erinnerung an das koloniale Erbe im deutsch-dänischen Grenzland einsetzen.

4013 • Wir wollen uns für Partnerschaften und Vernetzungen mit den Herkunftsgesellschaften  
 4014 stark machen.

4015 Wir wollen uns für die **Sicherung der Kunst- und Meinungsfreiheit** in Europa einsetzen.

4016 Die deutsche Bundesregierung muss die Einhaltung der EU-Grundrechtecharta immer wie-  
 4017 der dort anmahnen, wo sie nicht eingehalten wird.

4018 • Wir wollen, dass der Bund sich für eine deutlich Erhöhung der **EU-Kulturfördermittel** ein-  
 4019 setzt.

4020 • Wir wollen **die künstlerischen Disziplinen fördern**, um Leitbilder für eine nachhaltige Ge-  
 4021 sellschaft vorzudenken. Der Kulturverträglichkeitsprüfung muss ein höherer Stellenwert bei-  
 4022 gemessen werden.

4023 • Wir wollen die **friedensstiftende Wirkung von Kultur** hervorheben. Die UNESCO-Kon-  
 4024 vention „Kulturelle Vielfalt“ muss maßgeblich für kulturpolitisches Wirken angewendet wer-  
 4025 den.

4026 • Wir wollen für eine **bessere Vernetzung** von europäischer und nationaler Zivilgesellschaft  
 4027 den Dialog mit der Zivilgesellschaft stärken. Die Expertise nationaler zivilgesellschaftlicher  
 4028 Organisationen muss in die Sichtbarkeit des strukturierten Dialogs eingebunden werden.

4029 • Wir wollen, dass die **grenzüberschreitende Kulturarbeit** durch den Bund gefördert wird.  
 4030 Grenzüberschreitende Kulturarbeit in den Regionen ist ein Motor für zukunftsweisende Ent-  
 4031 wicklung und stärkt den Zusammenhalt und den Frieden.

4032 • Wir wollen die **Einhaltung des Mindestlohns** in öffentlich geförderten Produktionen und  
 4033 Förderungen.

- 4034 • Wir wollen uns für **Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur** stark machen. Öffentliche  
 4035 Fördergremien müssen paritätisch besetzt werden. Dieser Grundsatz muss von der Bundes-  
 4036 ebene her in allen Bereichen verankert werden.
- 4037 • Wir wollen die Absicherung von **selbständigen Künstler\*innen und Kulturschaffenden**  
 4038 durch das SGB III. Die Regelungen für freiwillige Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müs-  
 4039 sen konkreter gefasst werden, um den besonderen Erfordernissen selbständiger Tätigkeiten  
 4040 im Kulturbereich gerecht zu werden.
- 4041 • Wir wollen die stetige **Anpassung des Bundeszuschusses** für die Künstlersozialkasse.  
 4042 • Wir wollen bei der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk auf ländliche Räume haben.  
 4043 „Kultur macht stark“ muss über 2022 hinaus mit Mitteln aufgestockt und das Programm für  
 4044 ländliche Räume der Bundesregierung ausreichend finanziert werden.
- 4045 • Wir wollen **soziokulturelle Zentren** weiter fördern. Es muss eine Hauptamtlichkeit für sozi-  
 4046 okulturelle Zentren sichergestellt werden. Die Zentren mit ihren Grundsätzen Respekt, Ak-  
 4047 zeptanz, Emanzipation und Empowerment nehmen Einfluss auf den Nahbereich der Bür-  
 4048 ger\*innen.
- 4049 • Wir wollen die **Berufsverbände der Kreativen** unterstützen, um die Kreativwirtschaft und  
 4050 Co-Working vor allem in ländlichen Räumen weiter zu etablieren.
- 4051 • Wir wollen **Beratungsmöglichkeiten** in der Kultur und in den Kreativbereichen unterstüt-  
 4052 zen, die von Kulturschaffenden für Kulturschaffende aufbereitet werden. Zertifizierungshür-  
 4053 den müssen abgebaut werden, um Beratungsleistungen anbieten zu können.
- 4054 Wir wollen baukulturelle Leitbilder entwickeln und fördern. Diese müssen besondere Rück-  
 4055 sicht auf den Charakter und die Identität unserer Städte und Orte nehmen. Der Bund muss  
 4056 die Kommunen ausreichend unterstützen, z. B. durch die Finanzierung von Architekt\*innen-  
 4057 beratungen, um regionale Vielfalt, örtliche Wiedererkennbarkeit und gemeinschaftliche Werte  
 4058 zu sichern.
- 4059 • Wir wollen uns für **öffentliche Räume** für Menschen einsetzen, die einen Mehrwert schaf-  
 4060 fen. Wir fordern gezielte Förderprogramme für die Umgestaltung von städtischen Brach- und  
 4061 Freiflächen, die sich positiv auf die Lebensqualität auswirken.
- 4062 • Wir wollen den Fortbestand von **regionalen und identitätsstiftenden Elementen** sichern  
 4063 und gleichzeitig Möglichkeiten schaffen, um neue bauliche Strukturen zu entwickeln, die  
 4064 auch aus der Sicht kommender Generationen betrachtet werden.
- 4065 • Wir wollen die **Bundesstiftung für Baukultur** ausreichend ausstatten, um baukulturelle  
 4066 Bildungsangebote in Baukulturzentren zu entwickeln, die sich an skandinavischen Modellen  
 4067 orientiert.
- 4068 • Wir wollen die Förderung von online Plattformen für **Kulturangebote** wie virtuelle Museum-  
 4069 sturen .
- 4070 • Wir wollen den Zugang zu **digitalisierten kulturellen** Inhalten für alle Gesellschaftsgrup-  
 4071 pen sicherstellen.
- 4072 • Wir wollen, dass das **kulturelle Erbe** digitalisiert und archiviert wird.
- 4073
- 4074
- 4075
- 4076
- 4077
- 4078
- 4079
- 4080
- 4081
- 4082

## 4083 **Der Bund muss Jugendpolitik stärker in Fokus nehmen**

4084 Die Lebenswirklichkeiten und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sind im politischen  
 4085 Raum unterrepräsentiert. Junge Menschen sind zwar häufig nicht zuletzt von Bundesgesetz-  
 4086 ten direkt betroffen, haben aber gleichzeitig keine direkten Einflussmöglichkeiten auf diese.  
 4087 Auch die Erfahrung der Corona-Pandemie hat klar gezeigt, dass die Lebenswelten junger  
 4088 Menschen selbst in Krisensituationen zu selten bzw. in einem zu geringen Umfang mitge-  
 4089 dacht werden. Viele junge Menschen fühlen sich von der Politik vergessen.

4090 Vor diesem Hintergrund ist es zwingend notwendig, kinder- und jugendpolitische Themen  
 4091 stärker in den Fokus des politischen Handelns zu stellen und sowohl bestehende Teilhabe-  
 4092 möglichkeiten wie Hilfsangebote bedarfsdeckend weiterzuentwickeln.

4093 Wir wollen, dass die Belange und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen konsequent in den  
 4094 Fokus des politischen Handelns genommen werden. Infolge der Corona-Pandemie und vor  
 4095 dem Hintergrund unterschiedlicher Krisen und Herausforderungen haben auch heute noch  
 4096 viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhebliche Nachhol- und Versorgungsbe-  
 4097 darfe. Gleichzeitig schrumpft ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung und ihre politische Teil-  
 4098 habe ist längst nicht überall und auf allen Ebenen sichergestellt.

4099 • Wir wollen, dass die **Gruppe der Kinder und Jugendlichen** stärker bei der Strategie  
 4100 zur Bekämpfung von Einsamkeit und Isolation mitgedacht und adressiert wird.

4101 • Wir wollen, dass die **gesundheitlichen Folgen** von Krisen für Kinder, Jugendliche  
 4102 und deren Familien analysiert und diese durch gezielte Vernetzung bestehender  
 4103 Strukturen und den Aufbau nötiger Infrastruktur abgefedert werden.

4104 • Wir wollen, dass **mentale Gesundheit** als zentraler Bestandteil der Jugendpolitik auf  
 4105 Bundesebene verankert wird, um Prävention und Unterstützung für gefährdete Ju-  
 4106 gendliche zu stärken.

4107 • Wir wollen die **Reform der Schuldenbremse**, um echte Generationengerechtigkeit  
 4108 zu schaffen. Statt künftigen Generationen einen Trümmerhaufen aus Klimakrise und  
 4109 maroder Infrastruktur zu hinterlassen, müssen wir heute in nachhaltigen Klimaschutz,  
 4110 moderne Infrastruktur und zukunftsorientierte Forschung investieren. Gut geplante  
 4111 Investitionen zahlen sich langfristig aus und verhindern noch höhere Kosten in der  
 4112 Zukunft.

4113 • Wir wollen, dass der Bund ein bundesweit gültiges, kostenfreies **Jugendticket** für öf-  
 4114 fentlichen Nah- und Fernverkehr zur Verfügung stellt. Ein kostenloser ÖPNV für junge  
 4115 Menschen stärkt Chancengleichheit, entlastet Familien finanziell, ermöglicht Kindern  
 4116 und Jugendlichen eine größere Unabhängigkeit und trägt gleichzeitig zu einer um-  
 4117 weltfreundlicheren Verkehrswende bei.

4118 • Wir wollen **bezahlbaren Wohnraum**, insbesondere betroffen sind hierbei Schüler\*in-  
 4119 nen, Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende. In Dänemark sor-  
 4120 gen staatlich geförderte Wohnheime und Mietzuschüsse dafür, dass junge Menschen  
 4121 unabhängig von ihren Geldbeuteln, Zugang zu erschwinglichen Unterkünften haben.  
 4122 Deutschland braucht ein ähnliches Modell: Der Bau von günstigen Wohnheimen,  
 4123 nicht nur für Studenten, und die Einführung zielgerichteter Unterstützungsprogramme  
 4124 sind notwendig, um junge Menschen finanziell zu entlasten, Unabhängigkeit von ih-  
 4125 ren Familien zu ermöglichen, ihnen den Zugang zu ihrer Weiterbildung zu fördern und  
 4126 ihnen außerdem soziale und gesellschaftliche Teilhabe und Engagement zu erleich-  
 4127 tern.

4128 • Wir wollen, dass **Jugendliche früh politisch gebildet** werden, damit sie auch früh-  
 4129 zeitig in politische Entscheidungen, die ihre Zukunft maßgeblich beeinflussen, einbe-  
 4130 zogen werden können. Mit 16 übernehmen viele bereits Verantwortung in Schule,  
 4131 Ausbildung oder Gesellschaft. Ein Wahlrecht ab 16 stärkt die Demokratie und fördert

4132 politische Teilhabe von Anfang an, während eine Absenkung des Wahlalters zur Bun-  
 4133 destagswahl einen starken Anreiz für die für die entsprechend frühere Auseinander-  
 4134 setzung mit Demokratie bietet.

4135

4136

### 4137 **Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen und stärker unterstützen**

4138 Unser übergeordnetes Ziel ist und bleibt, Kinder und Jugendliche vor Benachteiligung und  
 4139 Ausgrenzung zu schützen und sicherzustellen, dass sie gesund und frei von Gewalt und Ar-  
 4140 mut aufwachsen. Außerdem müssen alle wichtigen Entscheidungen, die Kinder und Jugend-  
 4141 liche betreffen, gemeinsam mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.

4142 • Wir wollen die Einführung eines **Bundesjugendrat**, der regelmäßig die Interessen  
 4143 von Jugendlichen auf nationaler Ebene vertritt. Der Bundesjugendrat sollte als offizi-  
 4144 elles Beratungsgremium für die Bundesregierung fungieren.

4145 • Wir wollen einen verbindlichen **Jugendcheck** des Bundes: In Zukunft soll eine ex-  
 4146 terne Stelle alle Gesetzesvorhaben und Verordnungen des Bundes auf ihre Auswir-  
 4147 kungen auf Jugendliche überprüfen. Eine solche Gesetzesfolgenabschätzung kann  
 4148 zu mehr Jugendgerechtigkeit beitragen; sie ist wichtig, weil die Gruppe der Minder-  
 4149 jährigen im politischen Raum unterrepräsentiert ist und keine direkten Einflussmög-  
 4150 lichkeiten hat.

4151 • Wir wollen, dass der Bund dazu beiträgt die **demokratischen Mitbestimmungs-**  
 4152 **rechte** der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alltag **stärken** – in  
 4153 Schulen, Freizeiteinrichtungen und Hochschulen.

4154 • Wir wollen, dass die **Jugendfreiwilligendienste und der Bundesfreiwilligendienst**  
 4155 für junge Menschen **attraktiver** werden. Darum setzen wir uns weiterhin für eine an-  
 4156 gemessene Entlohnung, von der Jugendliche leben, eine einheitliche Anerkennungs-  
 4157 praxis an den Universitäten und den vergünstigten Zugang zum ÖPNV sowie zu kul-  
 4158 turellen Angeboten ein. Außerdem wollen wir die Freiwilligendienste für Menschen  
 4159 mit Behinderungen öffnen, z. B. durch Möglichkeiten der Gebärdensprachförderung  
 4160 für gehörlose Menschen.

4161 • Wir wollen die Attraktivität und die fairen Bedingungen für **Jugendfreiwilligen-**  
 4162 **dienste und Bundesfreiwilligendienste** steigern. Darum setzen wir uns für eine Le-  
 4163 benskosten deckende Entlohnung ein. Außerdem wollen wir eine einheitliche Aner-  
 4164 kennung der Dienste an Berufs- und Hochschulen, z. B. durch Anrechnung von War-  
 4165 tessemestern, Modulen oder Qualifikationen.

4166 • Wir wollen **Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr** und bei kulturellen Ange-  
 4167 boten einführen, um die gesellschaftliche Teilhabe und Wertschätzung von Freiwilli-  
 4168 gen zu fördern.

4169 • Wir wollen, dass **Freiwilligendienste** durch flächendeckende Maßnahmen wie Ge-  
 4170 gebärdensprache Förderung und barrierefreie Einsatzmöglichkeiten für Menschen mit  
 4171 Behinderungen zugänglich werden.

4172 • Wir wollen, dass Bund die Verantwortung dafür über übernimmt für Kinder und Ju-  
 4173 gendliche, die **pandemiebedingte Defizite aufholen** müssen. Diese müssen pass-  
 4174 genau auf Kita- wie auf Schulkinder zugeschnitten sein und neben psychologischer  
 4175 Betreuung auch zusätzliche Sport-, Freizeit- und Ferienaktivitäten sowie Unterstüt-  
 4176 zung im Alltag und beim Aufholen von Lernrückständen umfassen.



- 4177 • Wir wollen, dass der Bund Programme finanziert um Jugendliche vor Cybermobbing,  
4178 Datenmissbrauch und schädlichen Inhalten im Internet zu schützen und dass digitale  
4179 Konzept flächendeckend in den Schulen vermittelt werden.
- 4180 • Wir wollen, dass **Schülerinnen und Jugendliche auch den Mindestlohn** bekom-  
4181 men, denn ihre Arbeit ist nicht minder Wert.